

Europa wählt

Zum siebten Mal in der 50jährigen Geschichte des Europäischen Parlaments findet am 7. Juni eine gesamteuropäische Direktwahl statt.



Foto: Europäische Gemeinschaft

Die Flaggen der 27 Mitgliedsstaaten (v.l. und von oben): 1. Reihe: Belgien, Deutschland, Spanien, Irland, Luxemburg, Österreich, Finnland, Großbritannien; 2. Reihe: Estland, Tschechien, Zypern, Lettland, Litauen, Ungarn, Malta, Polen, Slowenien, Slowakei, Rumänien, Bulgarien; 3. Reihe: Dänemark, Griechenland, Frankreich, Italien, Niederlande, Portugal und Schweden.

In allen 27 EU-Mitgliedstaaten haben etwa 1375 Millionen wahlberechtigte Bürgerinnen und Bürger der Europäischen Union die Möglichkeit, die Politik auf europäischer Ebene entscheidend mitzubestimmen, indem sie ihre Abgeordneten in das Europäische Parlament wählen. Auch in Österreich findet die Wahl am 7. Juni 2009 statt, es ist dies nach der ersten Europawahl im Jahr 1996 – ein Jahr nach dem Beitritt Österreichs –

bereits die vierte in Österreich abgehaltene Wahl zum Europäischen Parlament.

Nachdem eine Ratifizierung des Lissabonner Vertrags vor den Europawahlen nicht mehr zu erwarten ist, wird auf der Grundlage des Nizza-Vertrages die Zahl der Europaabgeordneten von derzeit 785 auf 736 verkleinert werden. Österreich wählt dann nur mehr 17 Abgeordnete ins Europäische Parlament. Der Vertrag von Lissabon sieht allerdings

eine neue Zusammensetzung des Europäischen Parlaments vor, nach der Österreich 19 der insgesamt 751 Mandate zustünden. Gemäß einer Erklärung des Europäischen Rates vom Dezember 2008 könnte daher – nach Inkrafttreten des Lissabonner Vertrages – die Zahl der österreichischen Mitglieder im EU-Parlament während der kommenden Legislaturperiode 2009-2014 19 erhöht werden.

Lesen Sie weiter auf der Seite 3 ➤

Die Seite 2



Der neue Außenminister im Interview S 7



Der tschechische EU-Vorsitz S 11



»Rot-Weiß-Rot-Card« S 13



Landtagswahlen in Salzburg und Kärnten S 19



Weltinnovation aus dem Hause Manner S 36

Impressum: Eigentümer und Verleger: Österreich Journal Verlag; Postadresse: A-1130 Wien, Dr. Schöber-Str. 8/1. Für den Inhalt verantwortlicher Herausgeber und Chefredakteur: Michael Mössmer; Lektorat: Maria Krapfenbauer. Jede Art der Veröffentlichung bei Quellenangabe ausdrücklich erlaubt. Fotos S. 1: Europ. Gemeinschaft; HOPI-Media; Europa-Parlament; Bilderbox.biz; SPÖ Sbg.; BZÖ Ktn; Manner; Philipp Schulmeister; IMBA, ÖJ; Museum Joanneum; WienMuseum; Kärnten Werbung GmbH

Aus dem Inhalt

Europa wählt	3
»Ich will auch Bauchgefühle ernst nehmen« Interview mit Außenminister Michael Spindelegger	7
Österreich-Japan-Jahr 2009	9
Prammer trifft japanischen Außenminister Nakasone	10
Der tschechische EU-Vorsitz	11
»Rot-Weiß-Rot-Card«	13
Steuerreform 2009 geht in Begutachtung	16
Ostermayer will ORF-Stiftungsrat neu organisieren	18
Landtagswahlen in Kärnten und Salzburg	19
Mittelfristiges Wachstum durch Finanzkrise gedrückt	30
Österreichs Außenwirtschaft	32
Nomineller Zuwachs im Einzelhandel +2,1%	33
Tourismusekord 2008	34
Jungunternehmer sind krisenfest	35
Weltinnovation aus dem Hause Manner	36
Kärnten 2009 – Wohin gehen wir?	37
Anbindung von A5 an Tschechien vertraglich fixiert	38
Eisbrecher im Wiener Hafen erstmals im Einsatz	40
Kulinarischer Tourismus als Schwerpunkt	42
Schierhuber: »Ritter der französischen Ehrenlegion«	43
Int. Preis für Peter Zoller	44
Schmerz-Gen reguliert Gedächtnis und Gehirnalterung	45
Nano-Optik: Durchbruch in Graz	46
Können Sie eine Nuß aufbeißen?	47
Spezialseide hilft Kinderhaut	48
Das Kunsthistorische Museum	49
Erzherzog Johann-Gedenkjahr	57
Riesenrundgemälde kann auf den Bergisel übersiedeln	59
Stadt der Frauen.	60
Haydns letzte Jahre	61
Salzburger Filmszene ist erfolgreich in aller Welt	64
Serie "Österreicher in Hollywood": diesmal der Autor Fred Schiller	66
Kärnten: Die sanfte Art des Winters	68
Festival des Weins	70



»Ritter der französischen Ehrenlegion« S 43



Schmerzgen reguliert Gedächtnis... S 48



Das Kunsthistorische Museum S 57



Erzherzog Johann-Gedenkjahr S 57



Haydns letzte Jahre S 61



Kärnten: Die sanfte Art des Winters S 68

Österreich und Europa

Mit einer Aktuellen Stunde wurde am 21. Jänner die erste Sitzung des Nationalrats eröffnet, in der Bundeskanzler Werner Faymann (SP) und Außenminister Michael Spindelegger (VP) Erklärungen zur österreichischen EU-Politik abgaben, denen eine rege Europa-Debatte im Schatten der Wirtschaftskrise folgte.

Faymann zeigte sich überzeugt, daß der Kampf gegen die Wirtschaftskrise angesichts der sich abzeichnenden Rezession das Hauptthema der EU in diesem Jahr bleiben werde. Die jüngste Prognose gehe von einem negativem Wirtschaftswachstum in der EU von 1,8 % und im Euro-Raum von 1,9 % aus, erklärte er. Die Arbeitslosenrate für den Euro-Raum werde mit 9,3 % vorausgesagt. Damit droht Faymann zufolge nicht nur ein Zunehmen der Armut, sondern auch eine soziale Disbalance, auf die reagiert werden müsse.

Faymann: Haben unsere Meinung in der EU-Frage nicht geändert

Österreich stehe, so Faymann, mit einem prognostizierten Minus von 1,2 % und einer Arbeitslosenrate von 5,1 % noch verhältnismäßig gut da. Man dürfe damit aber nicht zufrieden sein, mahnte er. Faymann verwies in diesem Zusammenhang auf das „engagierte Konjunkturprogramm“ des Bundes und der Länder, das unter anderem ein Vorziehen von Infrastrukturmaßnahmen und Bildungsbauten auf 2009 und 2010 vorsieht.

Die EU ist nach Ansicht Faymanns gefordert, Genehmigungsverfahren schneller abzuwickeln, um die von Nationalstaaten geschnürten Programme nicht zu verzögern. Auch bei den Maastricht-Kriterien sieht er Flexibilität gefragt. Der Bundeskanzler kann sich vorstellen, diese temporär außer Kraft zu setzen, nachdem es sich bereits jetzt abzeichne, daß sieben oder acht EU-Länder heuer eine Neuverschuldung von mehr als 3 % haben werden.

Verteidigt wurde von Faymann das Bankenhilfspaket. Er gab zu bedenken, daß ein Zusammenbrechen der Finanzmärkte und Bankeninsolvenzen nicht nur jene „mitreißen“ würde, die spekuliert haben, sondern auch Hunderttausende Arbeitsplätze gefährdeten. Mit der unbegrenzten Spareinlagensicherung habe das Vertrauen der Sparer gewonnen werden können, skizzierte Faymann, jetzt gelte es, das Vertrauen der Banken weiter zu festigen, damit diese Klein- und Mittelbetrieben wieder mehr Kredite bewilligen.

Was die Energiepolitik der Europäischen Union betrifft, drängt Faymann auf einen



Am 20. Juli 1979 trat das erstmals direkt gewählte Europäische Parlament zu seiner ersten Session zusammen.
Foto: Europäische Gemeinschaft

verstärkten Einsatz erneuerbarer Energieträger, die Atomenergie dürfe nicht an Bedeutung gewinnen.

Tags darauf erklärte Faymann in einer Fragestunde im Parlament, die SPÖ habe bezüglich der EU ihre Meinung nicht geändert. „Es gibt einen Beschluß, der in mehreren Punkten die Haltung zur Europäischen Union festlegt, und dazu gehört auch, daß die SPÖ als Partei eindeutig der Meinung ist, daß für den Fall eines neuen Vertrags, einer Vertragsänderung, die die Interessen Österreichs berührt, eine Volksabstimmung stattfinden sollte.“ Wenn dieser Fall auftrete, dann müsse mit dem Koalitionspartner VP diskutiert werden, wie man vorgehe. Das Vertrauen in die EU könne durch Transparenz und eine sozialere Politik gestärkt werden, unterstrich der Bundeskanzler.

Um das Vertrauen in die Europäische Union zu stärken, müsse sich die Realität im sozialen und im bürgernahen Bereich grundlegend ändern und die Menschen müssen das Gefühl haben, daß die EU gerade in sozialen Fragen Beschlüsse fasse, dann ändere sich auch die Wahrnehmung. Weiteren Handlungsbedarf sieht Faymann auch in der mangelnden Transparenz politischer Aktivitäten der EU: „Hier ist es unsere Aufgabe, deutlich zu machen wo die Stärken der europäischen Union liegen. Ich sehe das von zwei Seiten, denn eine bessere Politik ermöglicht mehr

Akzeptanz und eine klarere, bessere, deutlichere, geradlinigere Bekanntmachung von positiven Dingen der europäischen Union gehört auf der anderen Seite dazu.“

Spindelegger: Durch Diskussion mit der Bevölkerung begegnen

Außenminister Michael Spindelegger (VP) machte geltend, Österreich könne durch seine Teilnahme an der Währungsunion besser durch die gegenwärtige Krise steuern als andere europäische Länder, welche Währungspekulationen ausgesetzt seien. Auch die Energiekrise zeigt ihm zufolge, daß man ein Mehr an Europa brauche. Es gehe um die Sicherstellung der Energieversorgung und eine bessere Verbindung der Energienetze, betonte er.

Was den Vertrag von Lissabon betrifft, begrüßte Spindelegger die geplante zweite Volksabstimmung in Irland. Durch den Vertrag werde Österreich künftig 19 Abgeordnete im EU-Parlament haben, konstatierte er. Auch sei auf europäischer Ebene vereinbart, daß jedes EU-Land auch weiterhin einen EU-Kommissar stellen werde.

Der verbreiteten EU-Skepsis in Österreich will Spindelegger, wie er ankündigte, durch Diskussionen mit der Bevölkerung begegnen. Er hat sich vorgenommen, „als Außenminister im Inland der EU-Skepsis auf den Grund zu gehen, zu hören, was sich

Österreich und Europa

so im Bauch angesammelt hat. Was immer das sei, es ist nicht leicht faßbar. Und ich habe so das Gefühl, daß wir oftmals aneinander vorbeireden.“ Diejenigen, die mit Europa viel zu tun hätten, die wüßten, wie es gehe, die würden in einer anderen Welt leben. Diejenigen hingegen, die wenig mit Europa zu tun hätten, die würden nicht genug dessen Vorteile spüren und wüßten oft auch nichts Rechtes damit anzufangen. „Man redet schon mal nicht gern darüber. Da müssen wir ansetzen“, so Spindelegger, der daher nicht glaubt, daß es notwendig sei, gleich „mit einer PR-Kampagne zu kommen und auf Plakate zu schreiben, was eigentlich Europa darstellt. Mir ist es wichtiger, darüber zu reden und Erfahrungen auszutauschen, all das kennenzulernen, was einem eigentlich in dieser großen Idee am meisten bedrängt – es aufzusammeln, wie ein Staubsauger durch Österreich.“ Bereits am Abend nach der Nationalratsitzung startete Spindelegger seine „Zuhörtour“ durch die Bundesländer. Niemand habe etwas davon, wenn das Projekt Europa verteufelt werde, aber alle würden davon profitieren, wenn das Projekt Europa erfolgreich sei.

Foto: Bernhard J. Holzner © HOPI-MEDIA



Wintertagung des Europäischen Rates der EU-Staats- und Regierungschefs und Außenminister in Brüssel: Bundeskanzler Werner Faymann (M.) und Außenminister Michael Spindelegger (li.) mit dem französischen Staatspräsidenten Nicolas Sarkozy

Strache: EU-Wahl wird Abrechnung mit Volksabstimmungsgegnern

Heinz-Christian Strache, Klubobmann der FPÖ, warf der Regierung vor, den alten EU-Kurs „den Weg der Bürgerferne und der Bürgerverhöhnung“ fortzuführen. Die Rede von Außenminister Spindelegger habe den Anschein erweckt, als ob in der EU Milch und Honig fließen und den Menschen gebratene Tauben in den Mund fliegen würden, meinte er. Die Wirklichkeit sehe aber anders aus: Es gebe Fehlentwicklungen, über die man offen reden und denen man entgegen treten müsse. Strache forderte erneut eine Volksabstimmung über den EU-Reformvertrag und kritisierte die geplante zweite Volksabstimmung in Irland. Offenbar solle so lange abgestimmt werden, bis man endlich das gewünschte Ergebnis habe, klagte er. Das habe nichts mit direkter Demokratie zu tun.

Strache zeigte sich überzeugt, daß es bei der EU-Wahl im Juni zu einer „Abrechnung“ mit jenen kommen werde, die eine Volksabstimmung in Österreich verhindert hätten. Die FPÖ sei nicht europafeindlich, unterstrich er, ihre Lösung heiße aber: „Österreich zuerst“. Die Völker dürften in der EU „nicht zu Statisten degradiert werden“.

Josef Cap, Klubvorsitzender der SPÖ, fragte sich, was das „blaue Modell“ von

Europa sei. Seiner Meinung nach habe die Finanzkrise gezeigt, wie wichtig die EU sei. Ohne EU würde man die Krise nicht so leicht bewältigen können.

Allerdings sei auch die SPÖ, so Cap, für Verbesserungen und Reformen in der EU. Die Union müsse demokratischer und bürgernäher werden, aber auch sozialer. So müsse sie ihre Schutzfunktion gegen die negativen Auswirkungen der Globalisierung erfüllen. Die Reformen müssten aber so erfolgen, daß die EU „am Ende des Tages stärker und nicht schwächer ist“, betonte Cap.

Die Aufbruchstimmung und der Optimismus, die der neue US-Präsident Barack Obama versprühe, sollten Cap zufolge auch in Europa und in Österreich zum Vorbild genommen werden. Die große Chance sei da, meinte er, es gelte, die Herausforderung anzunehmen.

Stadler: Für Salzstangerl- und Rauchvorschriften brauchen wir keine EU

BZÖ-Abgeordneter Ewald Stadler fordert, daß sich die EU in Zukunft auf das Wesentliche konzentriert und reduziert. Mit wenigen Ausnahmen glaube niemand, daß die Welt besser werde, wenn man die EU zerschlage, meinte er. Die Union solle sich aber vor allem um wichtige Fragen wie das Thema Energiesicherheit kümmern. Mit

Vorstößen, das Salz auf den Salzstangerln aus gesundheitlichen Überlegungen zu normieren, oder vorzuschreiben, wie viel in Gaststätten geraucht werden dürfe, geht sie Stadler zufolge den Leuten jedoch „auf den Nerv“. „Dazu brauchen wir keine EU.“

Zur Lösung der Finanzkrise hat die EU nach Auffassung Stadlers einige vernünftige Ansätze gezeigt. Auch hätten durch den Euro-Raum Währungsspekulationen in großem Stil verhindert werden können. Die EU hätte aber die hohe Energieabhängigkeit einzelner EU-Länder frühzeitig erkennen können und Gegenmaßnahmen einleiten sollen, kritisierte er. Die Frage liege schon seit 10, 15 Jahren auf dem Tisch.

Allgemein hielt Stadler fest, man könne die EU nicht ohne die Bevölkerung bauen, weder in Österreich noch in anderen EU-Ländern. Man müsse die Menschen in Entscheidungsprozesse einbinden, sonst würden sie der Politik die Gefolgschaft verweigern.

Lunacek: EU könnte bei wichtigen Themen gegenüber den USA ins Hintertreffen geraten

Die Grün-Abgeordnete Ulrike Lunacek bekannte sich als begeisterte Europäerin dazu, die Menschen für all das zu gewinnen, was in einem gemeinsamen Europa möglich sei. Den nationalistischen Konzepten der

Österreich und Europa



FPÖ, die Österreich von der EU abkoppeln wollten, erteilte sie eine klare Absage.

Angesichts des politischen Aufbruchs, den der Amtsantritt von Präsident Obama in den USA signalisierte, sah Lunacek die Gefahr, die Europäische Union könnte bei wichtigen Themen gegenüber den USA ins Hintertreffen geraten. Konkret verlangte Lunacek die Voraussetzungen für eine europäische Finanzmarktaufsicht zu schaffen, die Finanzmärkte zu regulieren, Finanzspekulationen zu begrenzen, eine Finanztransaktionssteuer einzuführen und Steueroasen trocken zu legen. Kritik übte die Rednerin an nationalen Regierungen, die ambitionierte Energie- und Klimaschutzprogramme der EU-Kommission verwässerten und Verschrot-

tungsprämien beschließen, statt in die Forschung zukunftssträngiger Verkehrssysteme zu investieren.

Grossmann: Das freie Spiel der Kräfte hat versagt

SPÖ-Abgeordnete Elisabeth Grossmann führte die aktuelle Krise der Weltwirtschaft auf unzureichende Kontrollmechanismen zurück, wodurch nunmehr Kaufkraft, Arbeitsplätze und Wohlstand verloren gehen. Das freie Spiel der Marktkräfte habe versagt, diese Kräfte können nur dann Wohlstand bilden, so Grossmann, wenn sie sich in einem passenden Rahmen entwickeln können. Diese Rahmen zu bilden, sei eine große Herausforderung für die EU. Umso mehr

auch deshalb, weil es Anzeichen dafür gebe, dass auch im „Mekka des freien Marktes“, in den USA, ein Umdenken einsetze.

Unter Bezugnahme auf historische Wendepunkte in den USA setzte die Rednerin auch im Hinblick auf die Nahostpolitik, wo das Leid der Menschen im Gaza-Streifen herzerreißende Ausmaße angenommen habe, auf Veränderung und Erneuerung. Es gelte auf der Grundlage der diesbezüglichen UN-Resolution, einerseits die Angriffe der Hamas einzustellen und andererseits die Blockade des Gaza-Streifens aufzuheben. Österreich sollte seine erfolgreiche Vermittlertätigkeit im Rahmen der internationalen Organisationen fortsetzen, verlangte Grossmann.

Österreich und Europa

Plassnik: Haben große Verantwortung als Mitglied im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen

ÖVP-Abgeordnete Ursula Plassnik dankte dem Außenminister für seine bisherigen Leistungen und erinnerte u.a. daran, daß Österreich seit dem 1. Jänner Mitglied im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen ist.

Damit sei auch eine große Verantwortung verbunden, meinte sie, denn neben Frankreich und Großbritannien sei Österreich nun das einzige andere EU-Land, das in diesem Gremium vertreten ist. Was die europäische Ebene angeht, so stehe die EU vor großen Herausforderungen, war Plassnik überzeugt, denn neben der Bewältigung der Wirtschaft- und Finanzkrise gehe es vor allem um die Weiterentwicklung der inneren Ordnung, wobei der Vertrag von Lissabon einen wichtigen Beitrag leisten wird.

Als weitere wichtige Themen, die die EU-Außenpolitik in der nächsten Zeit bestimmen werden, führte die Rednerin die Ausgestaltung der östlichen Nachbarschaft, die Beziehungen mit der neuen US-Regierung sowie die Verhandlungen über das Partnerschafts- und Kooperationsabkommen mit der russischen Föderation an. Gleichzeitig dürfe man aber nicht zulassen, daß die europäische Integrationsdynamik im süd-osteuropäischen Raum nachläßt, warnte die ÖVP-Mandatarin.

Schließlich ging Plassnik auf die aktuelle Situation im Nahen Osten ein, wo sich derzeit eine menschliche, politische und wirtschaftliche Tragödie abspiele. Sie appellierte an den Gesundheitsminister, Maßnahmen zu überlegen, ob und in welcher Form den verletzten Menschen in Palästina medizinische Soforthilfe von österreichischer Seite geleistet werden könne. Zudem müsse endlich eine neue regionale Sicherheitsarchitektur im Nahen Osten entwickelt werden, um eine dauerhafte, umfassende Friedenslösung zu finden.

Hübner: Die FPÖ stellt die Europäische Union nicht in Frage

Niemand in der FPÖ stelle die europäische Gemeinschaft in Frage, erklärte eingangs deren Abgeordneter Johannes Hübner, aber die Freiheitlichen würden sich sehr genau anschauen, wo die EU gut funktioniert und wo sie Fehlentwicklungen macht. Seiner Partei gehe es auch darum, nichts schön zu reden, sondern die Bevölkerung über die Fakten zu informieren. So sei es etwa falsch, dass die derzeitige Finanzkrise nur dank der EU bzw. der Euro-Zone so gut

bewältigt werden konnte. Richtig sei vielmehr, dass etwa die Rezession in der Euro-Zone um 0,1 % stärker ausfalle als in den übrigen Ländern, stellte Hübner klar. Euro-Länder wie Portugal, Spanien oder Griechenland sind von der Krise mehr betroffen als Staaten außerhalb der Euro-Zone. Was die Weiterentwicklung der EU angeht, so führte Hübner als Beispiel die Schweiz an, denn sie beweise, daß ein multinationales Gebilde funktionieren könne, aber nur dann, wenn es auf Basis des Volkswillens gegründet ist. Deshalb müsse auch der Lissaboner Vertrag bzw. eine Änderung einer Volksabstimmung unterzogen werden, forderte er.

Scheibner: Überlegen, wo die EU tätig werden könnte

Obwohl in der Sitzung vorrangig EU-Themen diskutiert werden sollten, habe man dazu noch wenig gehört, monierte Abgeordneter Herbert Scheibner vom BZÖ. In schwierigen Zeiten wie diesen sollte man sich jedoch ernsthaft darüber Gedanken machen, wo die EU tätig werden sollte und wo in Hinkunft mehr Europa notwendig ist. So warte man etwa noch immer darauf, daß den Spekulationsgeschäften ein strengerer Riegel vorgeschoben, daß eine zumindest befristete Aufhebung der Basel-II-Richtlinien für die Unternehmen beschlossen wird und dass Schritte in Richtung einer gemeinsamen Wirtschafts-, Energie- und Außenpolitik

(z.B. im Nahen Osten) unternommen werden. Was das von Faymann angesprochene Bankenpaket in der Höhe von 100 Milliarden Euro angeht, so bedauerte Scheibner, daß bis jetzt noch nichts passiert sei. Die kleinen und mittelständischen Unternehmen kämpften ums Überleben, aber der Bundeskanzler wolle noch weiter zuwarten, um die Effizienz der Maßnahmen zu beurteilen.

Van der Bellen: Grüne hoffen, daß der Vertrag von Lissabon zustande kommt

Abgeordneter Prof. Alexander Van der Bellen von den Grünen gab seiner Hoffnung Ausdruck, daß der Reformvertrag von Lissabon doch noch zustande kommt, da dieser eine viele bessere Basis für die Arbeit in der EU darstellt als der Vertrag von Nizza. Angesichts der globalen Wirtschafts- und Finanzkrise erwarte er sich nicht nur weitere Zinssenkungsschritte von Seiten der europäischen Zentralbank, sondern vor allem auch eine Reform der europäischen Finanzmarkt- und Bankenaufsicht sowie eine entsprechende Budgetpolitik der einzelnen EU-Mitgliedstaaten. Ein kleines Land wie Österreich könne mit solchen Problemen allein nicht fertig werden, dazu brauche es die gemeinsame Kraft und Koordination der europäischen Länder, war Van der Bellen überzeugt. „Wenn es die Union nicht gäbe, dann müßten wir sie erfinden“, stellte er in Richtung des Abgeordneten Strache fest. ■

Informationen für AuslandsösterreicherInnen

Die nächsten Wahlen, an denen eine Teilnahme im Ausland und durch AuslandsösterreicherInnen möglich ist, sind die Wahlen der Abgeordneten zum Europäischen Parlament (Österreich: 7. Juni 2009). Eine erste Information samt Hinweisen finden Sie unter dem Titel „EP-Wahl 2009: Jetzt Eintragung überprüfen oder beantragen!“

Zu Fragen der Wahlberechtigung klicken Sie bitte links auf der Menüleiste unter „Wahlberechtigung“ und dort auf Punkt 2 („Wahlen zum Europäischen Parlament“). Zu Fragen der Eintragung in die Europa-Wählerevidenz klicken Sie bitte links auf der Menüleiste unter „(Europa-)Wählerevidenz“ und dort auf Punkt 2 („Wahlen zum Europäischen Parlament“).

Zu Fragen der Wahlkarte klicken Sie bitte links auf der Menüleiste unter „Wahlkarte“.

Weitere Informationen, auch für BürgerInnen anderer EU-Staaten, die in Österreich ihren Hauptwohnsitz haben – auch in Fremdsprachen – werden vorbereitet.

Zu österreichischen Landtagswahlen besteht seit Mitte 2007 die Briefwahl-Möglichkeit (auch aus dem Ausland) für alle Wahlberechtigten. Seitens der AuslandsösterreicherInnen können jedoch nur Auslands-NiederösterreicherInnen, Auslands-TirolerInnen und Auslands-VorarlbergerInnen, die ihren Hauptwohnsitz vor weniger als 10 Jahren vor der Landtagswahl ins Ausland verlegt haben, an der Wahl zum Landtag ihres früheren Bundeslandes teilnehmen. Heuer, im Jahre 2009, sind Landtagswahlen in Kärnten und Salzburg (1. März), in Vorarlberg (20. September) und in Oberösterreich (Ende September) geplant.

<http://www.wahlinfo.aussenministerium.at>

»Ich will auch Bauch- gefühle ernst nehmen«

Um das Image der EU aufzupolieren, begibt sich Außenminister Michael Spindelegger (ÖVP) auf »Zuhör-Tour«. Im »Standard«-Interview mit Nina Weißensteiner spricht er über die EU-Skepsis der Österreicher, Maastricht-Kriterien, Barack Obama und die bevorstehende EU-Wahl.

Standard: Für Ihre Vorgängerin Ursula Plassnik waren die Eurobarometer-Studien, die den Österreichern im EU-Vergleich stets eine enorme Skepsis gegenüber der Union attestierten, eine große Bürde. Haben Sie vor der jüngsten Präsentation gut schlafen können?

Spindelegger: Aber ja! Es wäre auch nicht sinnvoll, Umfragen dermaßen an sich heranzulassen, daß man schon davor ins Zittern kommt.

Standard: Aber erleichtert haben Sie die jüngsten Daten auch nicht?

Spindelegger: Das stimmt – weil man nach wie vor von keiner Trendwende sprechen kann.

Standard: Das Ergebnis der Kernfrage, ob die Österreicher die EU für „eine gute Sache“ halten, ist im Vergleich nach wie vor schwach: Nur 39 Prozent glauben das, während dies 53 Prozent der EU-Bürger tun.

Spindelegger: Und genau daraus leite ich für mich den Auftrag ab, auch Bauchgefühle ernst zu nehmen. Deswegen begeben sich jetzt auf eine Zuhör-Tour durch Österreich, um mir ein Bild davon zu machen, was für die Leute die schwierigen Themen sind.

Standard: EU-Touren wie EU-Broschüren gegen die allgemeine Stimmung haben bisher jedoch kaum etwas gebracht, wie man sieht?

Spindelegger: Deswegen möchte ich da auch tiefer gehen. Denn ich glaube, daß für die Leute der ursprüngliche große Sinn, nämlich das Friedensprojekt Europa, längst als Faktum gilt. Darum möchte ich herausfinden, was sich die Bürger von der EU künftig erwarten. Wenn ich mir die Sichtweisen angehört habe, werde ich mir entsprechende Maßnahmen überlegen.

Standard: Immerhin glaubt bereits fast die Hälfte der Bevölkerung, daß die EU das Land „vor negativen Auswirkungen der Globalisierung“ schützt. Wessen Verdienst ist das?



Foto: Bernhard J. Holtzner / HOPI-Media

Begibt sich auf eine Zuhör-Tour durch Österreich: BM Michael Spindelegger

Spindelegger: Natürlich eines der EU insgesamt. Fest steht, dass man die guten Seiten der Globalisierung nützen muß. Gleichzeitig ist uns allen aber klar, daß wir gegen ihre Auswüchse anzukämpfen haben. Und genau das passiert ja jetzt, angesichts der Finanzkrise. Mit einer internationalen Finanzmarktaufsicht wird man alledem viel besser begegnen können.

Standard: Kanzler Werner Faymann forderte angesichts der Wirtschaftskrise im Par-



lament erneut, die Maastricht-Kriterien weiterhin flexibel anzuwenden. Und Sie?

Spindelegger: In dieser Krise geht es nicht darum, starr auf Grenzen zu blicken. Aber man darf auch nicht vergessen, daß die Drei-Prozent-Grenze beim Budgetdefizit einen Sinn hat, nämlich, sich nicht auf irgendwelche Abenteuer einzulassen. In der Krise muß man ein vorübergehendes Überschreiten der Maastricht-Grenze in Kauf nehmen. Für die nächsten Jahre gilt diese Vorgabe sehr wohl.

Standard: Da heißt es dann wieder Nulldefizit?

Spindelegger: Auf Dauer muß das natürlich die Messlatte bleiben. Sonst haben das die kommenden Generationen auszubaden.

Standard: Alle anderen Parteien, also SPÖ, FPÖ, BZÖ, Grüne, planen, in der Wahlschlacht für die anstehende EU-Wahl im Juni auch Versäumnisse der EU – vom nicht in Kraft getretenen Vertrag von Lissabon bis zum Verschleppen einer Sozialunion – anzuprangern. Da kann doch die ÖVP schlecht weiterhin nur die Vorzüge der Union preisen?

Spindelegger: Schönreden werden wir sicher nichts, aber wir werden unsere Grundsätze klar vertreten. Und einer lautet, daß uns Europa schützt und nützt.

Standard: Wer soll schwarzer Spitzenkandidat werden?

Spindelegger: Der- oder derjenige, die es uns ermöglicht, bei der Wahl Erster zu werden – Genauer werden Sie aber erst im März erfahren.

Standard: Schon was von „Krone“-Boss Hans Dichand gehört, wie er bisher mit Ihrer Amtsführung zufrieden ist?

Österreich und Europa

Spindelegger: Nein. Ich habe auch nicht vor, mich in ein Monitoring von einer Zeitung zu begeben. Für ein Gespräch stelle ich mich aber allen Medien gern zur Verfügung.

Standard: Noch ein Blick über den Teich: US-Präsident Barack Obama will das Gefangenenlager Guantánamo schließen. Soll die EU einen Teil der ehemaligen Insassen aufnehmen?

Spindelegger: Österreich und seine Partner in der EU setzen sich dafür ein, daß die Menschenrechte und das humanitäre Völkerrecht bei der Terrorismusbekämpfung berücksichtigt werden. Ich begrüße daher, daß der US-Präsident die Guantánamo-Verfahren ausgesetzt hat. Es liegt aber primär an den USA, humanitäre Lösungen zu finden.

Standard: Würde sich Österreich prinzipiell zur Aufnahme bereit erklären?

Spindelegger: Nein. Wir haben klare Regelungen für die Zuwanderung und für das Asyl. Und diese können wir nicht einfach übergehen.

Außenminister Michael Spindelegger

wurde am 21. Dezember 1959 in Mödling geboren. Er lebt in der Hinterbrühl bei Mödling, ist verheiratet und Vater zweier Söhne.

Nach dem Besuch des Gymnasiums studierte er Rechtswissenschaften an der Universität Wien und schloß sein Studium 1983 ab. Dann folgte ein Jahr Gerichtspraxis, bevor er als Bediensteter des Landes NÖ arbeitete. Nach seiner Tätigkeit als Mitglied des Kabinetts des Verteidigungsministers, von 1990 bis 1993 war er Mitarbeiter der Vereinigung Österreichischer Industrieller, 1993 bis 1994 der Giro-Credit.

Seine politische Tätigkeit begann er 1989 als Europareferent des ÖAAB, zu dessen Bundesobmann-Stv. er 1991 berufen wurde. Von 1992 bis 1993 ist Spindelegger Mitglied des Bundesrates und wechselt

dann in den Nationalrat, dem er vorerst bis 1995 angehört. Dann ist er Mitglied des Europäischen Parlaments, anschließend kehrt er, von 1996 bis 2006, als Abgeordneter und Außenpolitischer Sprecher der ÖVP in den Nationalrat zurück.

Seit 1998 ist er Landesobmann des ÖAAB Niederösterreich.

Von 2000 bis 2007 ist Michael Spindelegger Mitglied, von Jänner 2002 bis Oktober 2006 auch Leiter der österreichischen Delegation der Parlamentarischen Versammlung des Europarates. Währenddessen ist er (bis 2006) auch stv. Obmann des Parlamentsklubs der ÖVP.

Im Oktober 2006 wird er zum Zweiten Präsidenten des Nationalrates gewählt, seit 2. Dezember 2008 ist er Bundesminister für europäische und internationale Angelegenheiten.

<http://www.bmeia.gv.at>

Das Interview führte Nina Weißensteiner, „Der Standard“ – das „Österreich Journal“

dankt dafür, es hier veröffentlichen zu dürfen.
<http://www.derstandard.at>

Darabos und Spindelegger für Fortsetzung des humanitären Einsatzes im Tschad

Außenminister Michael Spindelegger und Verteidigungsminister Norbert Darabos werden demnächst dem Ministerrat die Fortsetzung der humanitären Tschad-Mission des Bundesheeres bis Ende 2009 vorschlagen. Außenminister Spindelegger nützte die heutige Sitzung des Rates für Integrationsfragen und Außenpolitik, um die Parlamentsparteien und Sozialpartner über dieses Vorhaben zu unterrichten. Der Entscheidung muss der Hauptausschuß des Nationalrates mehrheitlich zustimmen.

Darabos: „Eine halbe Million Flüchtlinge im Osten des Tschad braucht weiterhin Schutz und Hilfe. Ohne Militär wären Flüchtlinge und die notleidende Bevölkerung den Banditen und Räuberbanden völlig schutzlos ausgeliefert.“ Der Beschluß des UNO-Sicherheitsrates über die Entsendung einer Blauhelm-Mission sei daher zu begrüßen, so Darabos. „Österreich wird die Augen vor dem humanitären Leid nicht verschließen. Das Bundesheer machte bisher einen ausgezeichneten Job und soll daher sein Engagement für Stabilität und Sicherheit im Tschad bis Ende des Jahres fortsetzen.“

„Nach eingehender Prüfung durch die Fachleute des Außen- und des Verteidigungsministeriums haben Bundesminister Darabos und ich beschlossen, daß sich Österreich an dieser UNO-Mission beteiligen wird. Damit kommen wir auch einem ausdrücklichen Wunsch von UNO-Generalsekretär Ban Ki-moon nach“, so Spindelegger. Der Außenminister verwies auf ein persönliches Gespräch in New York mit dem UNO-Generalsekretär, bei dem das UNO-Ersuchen, den humanitären Auslandseinsatz Österreichs im Tschad auch unter UN-Flagge fortzusetzen, erneuert wurde.

Das derzeitige Mandat für die EUFOR-Mission zum Schutz von Flüchtlingen und Hilfsorganisationen im östlichen Grenzgebiet zur sudanesischen Provinz Darfur läuft am 15. März aus. Nun beschloß der UNO-Sicherheitsrat einstimmig die Entsendung einer UNO-Nachfolgemission MINURCAT, die auch eine Militärkomponente aufweist.

„Wie schon bei der EU-Mission, gehen wir mit Umsicht und großem Verantwortungsbewußtsein in den Einsatz. Die Sicherheit unserer Landsleute, die in der Region für den

Frieden tätig werden, hat oberste Priorität“, so die beiden Minister, die fortfuhren: „Die UNO-Nachfolgemission ist wichtig für die Stabilisierung der gesamten Region. Wir leisten damit einen konkreten Beitrag, um den Menschen wieder eine Zukunftsperspektive zu geben. Gleichzeitig setzen wir unsere viel beachtete und geschätzte Tradition in der Unterstützung der Friedensarbeit der Vereinten Nationen fort.“

Das Mandat der künftigen UNO-Mission umfaßt im Kern dieselben Aufgaben wie die laufende EU-Mission: Schutz von Zivilpersonen, insbesondere von Flüchtlingen und Binnenvertriebenen, Verbesserung der allgemeinen Sicherheitslage, um humanitäre Hilfsleistungen zu erleichtern, Unterstützung der Grundlagen für den langfristigen zivilen Wiederaufbau und von Maßnahmen, die für die freiwillige Rückkehr der Flüchtlinge und Vertriebenen notwendig sind sowie Schutz von Personal, Einrichtungen und Ausrüstung der UNO.

Derzeit sind über 1300 Soldatinnen und Soldaten des Österr. Bundesheeres bei UNO-mandatierten Missionen im Einsatz. ■

Zwischen Tradition und Innovation

Startschuß zum Österreich-Japan-Jahr 2009

Das Jahr 2009 steht sowohl in Österreich wie in Japan im Zeichen des 140. Jubiläums der Aufnahme diplomatischer Beziehungen. Das Festjahr gibt uns die einmalige Chance, die enge und traditionell gute Freundschaft zwischen beiden Ländern weiter zu intensivieren“ so Außenminister

soll“, so der Außenminister und meint weiter „beide Länder verfügen über einen reichen und wertvollen Schatz an Traditionen und sind aber gleichzeitig auch im Bereich der Hochtechnologie, der Forschung bedeutend. Wir wollen im Laufe des Österreich Japan Jahres das kreative Potential Österreichs als

Eine Reihe von Aktivitäten, über das ganze Jahr 2009 verteilt, wird ein vielfältiges Bild der Beziehungen zwischen den beiden Ländern zeichnen. Mehr als 100 Projekte werden Österreich als traditionelles wie innovatives Land in Japan präsentieren und positionieren. So wird zum Beispiel unter dem Namen „GD2D+PD3D – Fresh Air from Pure Austrian Design“ während der Tokyo Design Week im Oktober modernes Design aus Österreich gezeigt, das Kunsthistorische Museum wiederum bringt unter dem Titel „Schätze der Habsburger“ vom September bis November eine umfassende Schau aus seinen Beständen ins National Arts Center in Tokyo und Architektur aus Österreich steht im Mittelpunkt einer von Gustav Peichl kuratierten Ausstellung.

„Österreich und Japan haben eine historisch gewachsene Freundschaft und vertrauensvolle Partnerschaft, die auf einem festen Fundament von gegenseitiger Wertschätzung aufbaut. Unsere Beziehungen sind seit nun 140 Jahren in allen Bereichen und auf allen Ebenen von außerordentlich guter Qualität“, so der Außenminister anlässlich seines Gespräches mit seinem japanischen Amtskollegen Hirofumi Nakasone. Spindelegger hatte in Tokio im Rahmen des rauschenden „Wien-Balles“ das Österreich-Japan Jahr eröffnet.

„Das Festjahr gibt uns die Gelegenheit, unsere Beziehungen vor allem auf den Gebieten Kultur, Wissenschaft und Wirtschaft zu intensivieren und um neue und moderne Facetten zu bereichern. Wir wollen alte Freundschaften stärken und neue Netzwerke knüpfen, damit wir für gemeinsame zukünftige Aufgaben gerüstet sind“, so der Außenminister.

Der Wien-Ball sei ein passender Auftakt des gemeinsamen Jubiläumsjahres: „Wir wollen damit unseren japanischen Freunden einen Teil des Wiener Lebensgefühls möglichst authentisch vermitteln“, so Spindelegger. Zu den Ehrengästen zählen der jüngere Sohn des japanischen Kaisers und seine Ehefrau, Prinz und Prinzessin Akishino, sowie weitere hochrangige Gäste aus der japanischen Politik und Wirtschaft. ■

<http://www.japan-austria2009.org/>



Foto: Bernhard J. Holzner / HOPI-Media

Außenminister Michael Spindelegger (li.) in Tokio mit seinem japanischen Amtskollegen Hirofumi Nakasone bei der Eröffnung des Österreich-Japan-Jahres 2009

Michael Spindelegger zum Auftakt des Österreich Japan Jahres.

Erstmals präsentiert sich Österreich in Japan ein ganzes Jahr lang. Um neue Freunde zu gewinnen aber auch um für gemeinsame zukünftige Aufgaben eine alte Freundschaft zu stärken, soll das traditionell in der japanischen Öffentlichkeit vorherrschende Bild über Österreich vor allem auf den Gebieten Kultur, Wissenschaft und Wirtschaft um neue und moderne Facetten bereichert werden.

„Österreich und Japan wollen ihre Partnerschaft gerade im Kultur- und Wirtschaftsbereich weiter stärken, wobei besonders dem Bereich der Innovation im Rahmen dieses Jubiläums breiter Raum gegeben werden

Ausgangspunkt für die Darstellung eines innovativen Österreichbildes in Japan nutzen“.

Die offizielle Eröffnung des Österreich – Japan Jahres 2009 ist im Rahmen des Wien-Balls am 24. Jänner in Tokio erfolgt.



Prammer trifft japanischen Außenminister Nakasone

Großes Medieninteresse für Besuch der Parlaments-Delegation in Hiroshima

Nationalratspräsidentin Barbara Prammer traf im Rahmen ihres Japan-Besuchs Ende Jänner mit dem japanischen Außenminister Hirofumi Nakasone zusammen. Zentrale Themen des Gesprächs waren die von Prammer ausgehende internationale parlamentarische Initiative gegen Streumunition, der Atomteststoppvertrag, die Zusammenarbeit zwischen Österreich und Japan im UN-Sicherheitsrat sowie der Nah-Ost-Konflikt.

Im Gespräch über Abrüstungsfragen kündigte Nakasone an, den Vertrag von Oslo zur Ächtung von Streumunition noch in dieser Legislaturperiode dem japanischen Parlament vorzulegen, eine Ratifizierung könnte ihm zufolge allerdings noch „einige Monate“ dauern. Prammer und Nakasone waren sich einig, daß es wichtig sei, daß der Atomstoppvertrag in Kraft treten kann. Die Nationalratspräsidentin informierte, daß sie, ähnlich wie bei der Streumunition, die Parlamentarier international für dieses Ziel mobilisieren möchte.

Nakasone berichtete der österreichischen Parlamentarierdelegation darüber hinaus, daß er mit Außenminister Michael Spindlberger eine enge Zusammenarbeit im UN-Sicherheitsrat vereinbart habe. Sowohl Österreich als auch Japan sind in den kommenden beiden Jahren als nicht ständige Mitglieder in diesem Gremium vertreten. Japan werde, so Nakasone, im Sicherheitsrat das Thema Afghanistan übernehmen und sorgfältig beobachten, welche Politik die neue Obama-Regierung in den USA machen werde. Sein Land wolle zudem einen Beitrag im Kampf gegen den Terrorismus im Indischen Ozean leisten. Laut einer Ankündigung des japanischen Verteidigungsministers Yasukazu Hamada wird Japan im Rahmen des internationalen Einsatzes gegen Piraten vor der Küste von Somalia Kriegsschiffe in den Golf von Aden entsenden.

In der Nah-Ost-Frage bedauerten Prammer und Nakasone die hohe Zahl ziviler Opfer der israelischen Militäroperation. Sie stimmten darin überein, daß für einen dauerhaften Frieden der Waffenschmuggel in den Gaza-Streifen unterbunden werden müsse. „Wir diskutieren auch mit dem Iran darü-



Foto: Parlamentsdirektion

Prinzessin Kiko und Prinz Akishino, NR-Präsidentin Barbara Prammer und Österreichs Botschafterin in Japan, Jutta Stefan-Bastl.

ber“, skizzierte der Außenminister. Japan fordere bei jeder Gelegenheit ein, daß der Iran eine verantwortungsvolle Rolle in der Region und in der internationalen Gemeinschaft übernehmen müsse. Nach der Stabilisierung der Lage im Gaza-Streifen gehe es nun, so Nakasone, um den Wiederaufbau. Japan wird seiner Auskunft nach die palästinensische Autonomiebehörde unterstützen und 10 Mio. US-Dollar an humanitärer Hilfe in den Gaza-Streifen schicken. Sehr besorgt ist Japan Nakasone zufolge wegen des Nuklearproblems im Iran. Hier müsse die internationale Gemeinschaft „Druck ausüben und zugleich den Dialog führen“. Hier gelte es mit „sehr viel Geduld“ vorzugehen.

Die bevorstehenden Besuche von Prinz und Prinzessin Akishino in Österreich im Mai und von Bundespräsident Heinz Fischer in Japan im Herbst im Rahmen des 140. Jubiläums der diplomatischen Beziehungen zwischen den beiden Ländern bildeten den Abschluß des Gesprächs.

Die österreichische Parlamentarierdelegation besuchte auch die Stadt Hiroshima. Nach einem Besuch im Gedenkmuseum zum ersten Atombombenabwurf am 6. August 1945 legte Präsidentin Prammer gemeinsam mit Österreichs Botschafterin in Japan, Jutta

Stefan-Bastl, am Mahnmal für die Opfer einen Kranz nieder. Gegenüber zahlreichen erschienenen Medienvertretern betonte Prammer die Wichtigkeit nuklearer Abrüstung sowie der raschen Inkraftsetzung des Atomteststoppvertrages.

Prammer wurde von den Journalisten auf den österreichischen Autor Karl Bruckner und dessen Buch „Sadako will leben“ angesprochen. Bruckner schildert darin das Schicksal eines Mädchens aus Hiroshima, das im Alter von zwei Jahren den Bombenabwurf erlebte und mit zwölf Jahren an den Folgen starb. Sie habe wie viele ÖsterreicherInnen dieses Buch als Jugendliche gelesen, berichtete Prammer, und sei tief beeindruckt, daß sie nun am Denkmal für Sadako stehe.

Ein Höhepunkt der Reise war die Audienz für Präsidentin Prammer bei Prinz und Prinzessin Akishino. Das Prinzenpaar hat die Schirmherrschaft für das „Österreich-Japan-Jahr 2009“ übernommen (siehe unseren Bericht auf der Seite XX), das einen regen politischen und kulturellen Austausch zwischen den beiden Ländern bringen wird. Anlaß sind die seit 140 Jahren bestehenden diplomatischen Beziehungen zwischen den beiden Staaten. ■

Der tschechische EU-Vorsitz

Der tschechische Regierungschef Mirek Topolánek hat am 14. Jänner im EU-Parlament die Prioritäten des tschechischen Ratsvorsitzes vorgestellt.



Foto: Europäisches Parlament 2009

Der tschechische Regierungschef Mirek Topolánek (li.) mit dem Präsidenten des Europäischen Parlaments, Gerd Pöttering, und EU-Kommissionspräsident Manuel Barroso anlässlich einer Pressekonferenz zur tschechischen Ratspräsidentschaft 2009

Der tschechische Regierungschef Mirek Topolánek hat am 14. Jänner im Europäischen Parlament die Prioritäten des tschechischen Ratsvorsitzes vorgestellt. Vor allem der Themen Wirtschaft, Energie und Rolle Europas in der Welt wolle sich Tschechien annehmen. „Wir werden uns während dieser Ratspräsidentschaft schwierigen und wichtigen Herausforderungen stellen müssen“. Tschechien werde Prioritäten setzen, die nicht nur tschechische Interessen, sondern die aller EU-Länder widerspiegeln, so Topolánek.

Eine Ratspräsidentschaft sei „eine besondere Herausforderung“, sagte der Präsident des Europäischen Parlaments, Hans-Gert Pöttering. Nach Slowenien sei dies nun die zweite Präsidentschaft eines der Länder, die der Union 2004 beigetreten sind. „Ein Land mit der politischen Erfahrung des Kommunismus wird nun Repräsentant der Europäischen Union.“ Tschechien habe die volle Unterstützung des Europäischen Parlaments, man wolle alles tun, damit es eine erfolgreiche Präsidentschaft werde.

Die tschechische Republik habe die Ratspräsidentschaft von Frankreich übernommen, „für uns ist das mehr als symbolisch“, so Topolánek. Manche würden ein zweites

seelenloses, technokratisches und bürokratisches Europa sehen. Er jedoch bevorzuge das „erste Europa“, ein Europa der Freiheiten, Rechte und der Regeln. Die EU sei ein Werteuniversum, und die Größe der Mitgliedsstaaten spiele keine Rolle; was zähle sei die Fähigkeit, einer gemeinsamen Idee zu dienen.

„Ich stehe hier nicht als tschechischer Ministerpräsident, sondern als Präsident des Rates“, so Topolánek, in den nächsten sechs Monaten wolle er nicht seine eigenen Ideen vertreten, sondern versuchen, einen Konsens zu erarbeiten. Er persönlich halte den rein tschechischen Ansatz für nicht wichtig, denn „die tschechische Frage sei eine europäische Frage“, genauso wie die tschechische Entwicklung im Einklang mit der Entwicklung aller europäischen Nationen geschehen sei.

Drei Hauptbereiche

Die drei Hauptbereiche der Präsidentschaft seien Wirtschaft, Energie und die Integration in der Welt. „Im Tschechischen stehen für diese drei Themen drei ‚E‘“, sagte Topolánek. Nun seien noch zwei neue Prioritäten hinzugekommen: „Nämlich ‚Gas‘ und ‚Gaza‘“. Im Tschechischen stehe „E“ für

Energie und „G“ für Gravitationsbeschleunigung – „gemeinsam ergibt das eine ziemlich große Belastung für ein unerfahrenes Organ“, stellte Topolánek fest. Doch innerhalb der Verhandlungen mit der Ukraine und Russland und auch im Rahmen der europäischen Delegationen, die humanitäre Korridore im nahen Osten einrichten konnten, habe man bereits Erfolge verzeichnen können.

„Wir werden uns während dieser Ratspräsidentschaft schwierigen und wichtigen Herausforderungen stellen müssen“, sagte Topolánek. Insbesondere die Situationen im Nahen Osten und in Georgien, sowie die Energiesicherheit seien von großer Bedeutung. „Und weitere Überraschungen sind nie ausgeschlossen“, so der tschechische Premierminister. „Wir müssen Prioritäten setzen, die nicht nur tschechische Interessen, sondern die aller EU-Länder widerspiegeln.“

Energiesicherheit

Als ehemaliges Land des Ostblocks könne Tschechien insofern einen Beitrag leisten, als es verstehe, wie wichtig die Energiesicherheit, insbesondere in Sachen Erdgas sei. „Es ist wichtig, daß wir von gewissen Ländern unabhängig sind“, sagte Topolánek.

Europa

Im Hinblick auf die Priorität Energie sei es dringend notwendig, daß ein besserer Energiemix in der EU durchgesetzt werde. Man müsse ernsthaft überlegen, wie die Infrastruktur verbessert werden könne, um einen nachhaltigen Erdgasmarkt für Europa zu schaffen. Die Energiefrage stehe bei den drei Präsidentschaften von Frankreich, der tschechischen Republik und Schwedens ganz weit oben. Auch lasse sich diese nicht von Fragen der Klimaschutzpolitik trennen.

Internationale Politik

International müsse Europa sich für den Ausbau der Infrastruktur in Palästina einsetzen; Frieden sei nicht ohne gegenseitiges Vertrauen und ohne daß Palästina als Staat akzeptiert werde, möglich.

Zudem dürften die dramatischen Ereignisse im Gaza-Streifen nicht davon ablenken, dass auch die Beziehungen zu Israel verbessert und verstärkt werden müssten. Generell müßten die transatlantischen Beziehungen gestärkt werden, „nur so kann die EU sich zu einem starken global player entwickeln“, so Topolánek. Er denke dabei insbesondere an einen intensiven Dialog mit der neuen US-Regierung, vor allem in Sachen Energie und Klima. Auch sei die EU hinsichtlich der Situation in Georgien sehr wichtig; man benötige eine Strategie für diese Region, und auch die Zusammenarbeit mit der Region des Kaukasus sei notwendig.

Priorität »Wirtschaft«

Hinsichtlich der Priorität „Wirtschaft“ müsse die EU Offenheit gegenüber der Weltwirtschaft zeigen. Die aktuelle Krise sei keine Niederlage des Kapitalismus, sondern das Ergebnis von Fehlern und mangelnder Aufsicht. „Nur eine wirtschaftlich starke und einflussreiche EU kann diese Fragen auch wirklich lösen.“

Auch die Umsetzung der vier Freizügigkeiten sei eine Priorität für die tschechische Präsidentschaft. Er wolle dem noch eine fünfte Freizügigkeit hinzufügen: „Wissen“. Man müsse in Bildung und Forschung investieren. Tschechien schließe sich in dieser Hinsicht der Meinung von Martin Schulz an: „Europa kann nicht in Sachen Niedriglöhne mithalten, aber es bietet kompetente Arbeitnehmer, die ein hohes Fachwissen besitzen.“

Zusammenarbeit mit östlichen Nachbarn

Tschechien habe zudem eine moralische Verpflichtung, die Beziehungen zu Nicht-

EU-Staaten zu verbessern: „So wie Frankreich in Richtung Mittelmeer gearbeitet hat, will Tschechien enger mit den östlichen Nachbarländern zusammenarbeiten.“ Auch habe die tschechische Republik bereits in den 90er-Jahren eine Bankenkrise überstanden. Mit den daraus gewonnen Erfahrungen und dem entsprechenden Know-how könne man nun zur Bewältigung der Krise beitragen.

Das Motto der Präsidentschaft laute: „Ein Europa ohne Grenzen“, er wolle dem ein weiteres hinzufügen, nämlich: „Europa der Regeln“. „Nur ein Europa, das das Meiste aus seinem wirtschaftlichen und kulturellen Potential macht, kann im politischen und wirtschaftlichen Wettbewerb mithalten“. Damit dieses Potential voll entwickelt werden könne, müßten interne Hürden abgeschafft werden.

EU-Kommissionspräsident José Manuel Barroso erklärte, Europa werde in den kommenden Monaten auf die Probe gestellt. Insbesondere im Vorfeld der Europawahlen sei es erforderlich, den Bürgern zu zeigen, daß die Europäische Union unerlässlich sei und einen positiven Unterschied mache. Der Vertrag von Lissabon, der zu mehr Effizienz in der EU beitragen solle, werde heute mehr denn je benötigt. Mit der bewiesenen Entschlossenheit bezüglich des Klimapakets, der Finanzkrise und den damit verbundenen Maßnahmen zur Stimulierung der Wirtschaft habe Europa gezeigt, daß es sich erfolgreich an die globalen Veränderungen anpassen könne.

Die Europäische Union müsse jetzt auf die prekäre Energiesituation reagieren und Vorschläge zur Verbesserung der Energiestruktur liefern. Die derzeitige Situation im russisch-ukrainischen Gasstreit sei inakzeptabel und zeige, daß die beiden Staaten nicht in der Lage seien, ihre Verantwortung gegenüber den europäischen Partnern einzuhalten.

Maria Berger (SPÖ) sagte, 2004 habe sie zu denjenigen gehört, die sich besonders für den Beitritt Tschechiens eingesetzt hätten, auch wenn es in Österreich „nicht gerade populär“ gewesen sei, sich hierfür stark zu machen. „Dies ist also nicht nur für Menschen mit tschechischer Staatsbürgerschaft ein besonderer Tag“, so Berger. „Als österreichische Abgeordnete“ wolle sie erste „kleine Patzer“ der Präsidentschaft, wie die einseitige Stellungnahme zu Gaza, nicht auf die Goldwaage legen, sondern Tschechien die volle Unterstützung anbieten.

Die tschechische Ratspräsidentschaft habe „holprig“ begonnen, sagte **Othmar Ka-**

ras (ÖVP), jedoch sei das „ernsthafte Bemühen“ Tschechiens, Verantwortung für die gesamte EU zu übernehmen, spürbar. „Die Vorbereitungen scheinen gut“, so Karas, „die Präsidentschaft steht nun auf dem Prüfstand“. Sie solle aufhören, sich mit innenpolitischen Fragen zu belasten. „Setzen Sie ein Zeichen und ratifizieren Sie den Vertrag von Lissabon“, forderte Karas.

Hartmut Nassauer (CDU) betonte, die tschechische Präsidentschaft sei ein „Ereignis“, das historisch genannt werden könne. Er sicherte die Unterstützung der EVP-ED-Fraktion für die kommenden sechs Monate zu, ungeachtet der „ein oder anderen euroskeptischen Äußerung aus ihrem Land“. Da der Lissabon-Vertrag ein „exzellentes Instrument zur Korrektur von Fehlentwicklungen“ sei, forderte Nassauer auf, den Vertrag in Tschechien möglichst rasch zu ratifizieren.

Miloslav Ransdorf (GUE/NGL, Tschechische Republik) sagte, von der tschechischen Ratspräsidentschaft erhoffe man, dass sie einen Beitrag zur Überwindung der Teilung Europas leiste. Die EU werde – entgegen der Meinung des tschechischen Präsidenten, demzufolge Sozial- und Umweltstandards ein Hindernis für das wirtschaftlich-rationale Handeln darstellten – beweisen, dass die Wirtschaft mit diesen europäischen Standards angekurbelt werden könne. Innovationen seien ein Weg aus der Sackgasse. Europa müsse Einheit und Mut zu Veränderung zeigen.

Vladimír Čelenský (IND/DEM, Tschechische Republik), betonte, die tschechische Präsidentschaft habe sich vernünftige Ziele gesetzt und werde Erfolg haben. Er verwies darauf, dass die Tschechen einen „populären und kompetenten Präsidenten“ hätten, der gegen den Vertrag von Lissabon sei. Tschechien werde beweisen, dass ein kleines Land eine EU-Präsidentschaft kompetent organisieren könne.

Jana Bobošíková (NI, Tschechische Republik) betonte, man sei stolz darauf, mit welcher Entschlossenheit die Tschechische Republik den EU-Ratsvorsitz übernommen habe und wie sich dieses europäische Land im Laufe der Geschichte gegenüber anderen behauptet habe. Die Tschechische Republik solle den Vertrag von Lissabon ablehnen und dadurch Geschichte schreiben. Der Vertrag von Lissabon schmälere den Einfluß der Nationalstaaten. Man solle auf die starke Stimme der Bürger und nicht auf die Beamten hören.■

<http://www.europarl.europa.eu/>

»Rot-Weiß-Rot-Card«

Sozialpartner werden Kriterien für punktgenaue Erfüllung der Erfordernisse des heimischen Arbeitsmarktes entwickeln



Foto: <http://www.bilderbox.biz>

Am 3. Dezember 2008 erklärte Bundeskanzler Werner Faymann in seiner Rede vor dem Nationalrat, die österreichische Bundesregierung bekenne sich zu einer verantwortungsvollen Zuwanderungspolitik – diese müsse sich an den Interessen Österreichs, insbesondere am Arbeitsmarkt, orientieren. Zuwanderung setze ein klares Bekenntnis zur österreichischen Verfassungs- und Rechtsordnung voraus. An Stelle des Quotensystems soll eine „Rot-Weiß-Rot-Card“ eingeführt werden. Dafür sollen Kriterien für die Zuwanderung entwickelt werden, insbesondere die notwendige Qualifikation, die Unbescholtenheit, aber auch die Selbsterhaltungsfähigkeit.

So heißt es im Regierungsprogramm, der Zuzug nach Österreich habe nach dem österreichischen Bedarf und entsprechend festgelegter Kriterien zu erfolgen. „Ziel ist es, zugewanderte Menschen bestmöglich zu integrieren.“ Als Maßnahmen werden dort angeführt:

- Prüfung eines kriteriengeleiteten Zuwanderungssystems, das qualifizierten Personen, die nach Österreich einwandern wollen, auf Basis klarer und transparenter Kriterien (Festlegung der Kriterien durch

eine Kommission unter Beteiligung von Sozialpartnern und Industriellenvereinigung) Zugang zum Arbeitsmarkt sowie Unterstützung bei der Integration ermöglicht,

- Abschaffung der Quote für Schlüsselkräfte,
- Erweiterung der Beschäftigungsmöglichkeiten für Studierende und Absolventinnen und Absolventen,
- aufenthaltsrechtliche Verbesserungen für Top-ManagerInnen, WissenschaftlerInnen und KünstlerInnen und
- Arbeitsmarktzugang/Integration von niedergelassenen Drittstaatsangehörigen.

Nun, knapp zwei Monate nach der Ankündigung des Bundeskanzlers im Hohen Haus hat Innenministerin Maria Fekter den Start der Entwicklung der „Rot-Weiß-Rot Card“ für Österreich bekanntgegeben. „Die Erfordernisse des österreichischen Arbeitsmarktes müssen noch treffsicherer als bisher berücksichtigt werden, denn im Rahmen des bisherigen Quotensystems sind bisher nicht nur jene zu uns gekommen, deren Qualifikationen tatsächlich gebraucht werden“, so Fekter am 26. Jänner. „Ich habe die Sozialpartner, sowie die Industriellenvereini-

gung gebeten, gemäß dem Regierungsprogramm eine Kommission zu bilden, die Kriterien und Parameter für dieses neue Modell zu erarbeiten.“ Ziel ist ein kriteriengeleitetes Modell, um den Interessen Österreichs noch besser gerecht zu werden. „Insbesondere bei wirtschaftlich schwierigen Vorzeichen gewinnt dieses Vorhaben zusätzlich an Bedeutung. Wesentlich ist das Modell so flexibel zu gestalten, daß auf die Bedürfnisse des Arbeitsmarktes und gleichzeitig auf die Leistungsfähigkeit der Wirtschaft Bedacht genommen werden kann“, betonte Fekter. Ein weiterer Punkt, den es zu berücksichtigen gilt, sind die besonderen Interessen und Bedürfnisse von Studierenden und in Folge hoch ausgebildeten jungen Menschen, sowie Forschern aus Drittstaaten. „Ich habe daher die Sozialpartner und die Industriellenvereinigung ersucht auch die ‚Österreichische Universitätenkonferenz‘, vor allem bei dieser Frage, mit einzubinden und in der Entwicklung der Kriterien zu berücksichtigen“, so die Innenministerin. Auch die Thematik der Erntehelfer und Saisoniers soll mit bedacht werden.

Das neue System der „Rot-Weiß-Rot Card“ soll mit 1. Jänner 2010 in Kraft treten und damit die jährlich zu erlassende Nieder-

Innenpolitik

Foto: BM.I - E. Weissheimer



Innenministerin Maria Fekter gibt den Start der Entwicklung der »Rot-Weiß-Rot Card« für Österreich bekannt.

lassungs-Verordnung ablösen. Die „Rot-Weiß-Rot Card“ soll einen umfassenden Arbeitsmarktzugang mit befristetem Aufenthalt darstellen und auf drei Ebenen entwickelt werden:

- Die Entwicklung der Grundlagen des Verfahrens erfolgt durch das Bundesministerium für Inneres in Abstimmung mit den betroffenen Ressorts,
- die Entwicklung der Kriterien erfolgt durch eine Kommission der Sozialpartner und der Industriellenvereinigung,
- die Erhebung des Bedarfs und der Möglichkeiten am Arbeitsmarkt wird vom Wirtschafts- und Arbeitsministerium vorgenommen.

Kickl: Keine Vermantschung von Zuwanderung und Beschäftigung

„SPÖ und ÖVP versuchen offenbar ihre Absicht, den Zuzug nach Österreich ungehindert zu fördern, mit angeblichen Notwendigkeiten des Arbeitsmarktes zu begründen. Dabei ist klar, daß Zuwanderung einerseits und die Möglichkeit zur Beschäftigung in Österreich andererseits zwei völlig getrennte Paar Schuhe sein müssen. Wer außerdem Österreich mit Amerika vergleicht, der verkennet die Tatsache, daß zweiteres im Gegensatz zu ersterem ein Einwanderungsland ist“, sagte FPÖ-Generalsekretär und Arbeitnehmersprecher Herbert Kickl zum Zusammen treten der ministeriellen Arbeitsgruppe zur sogenannten „Rot-Weiß-Rot-Card“. In Wahrheit stecke hinter diesen Regierungsbe-

mühungen einmal mehr die leicht durchschaubare Absicht, statt in die Qualifizierung der heimischen Arbeitskräfte zu investieren, statt das Bildungs- und Ausbildungsniveau in allen Bereichen zu verbessern und statt durch eine aktive Familienpolitik dafür Sorge zu tragen, daß in Österreich selbst mittel- und langfristig genügend Arbeitskräfte vorhanden sind, lieber den einfachen Weg auf Kosten der Österreicherinnen und Österreicher zu gehen und Arbeitskräfte in Form von Zuwanderern zu importieren. „Ein Irrweg, der etwa im Bereich der Pflege schon bisher zu einer dramatischen Situation geführt hat. SPÖ und ÖVP ist offenbar überdies entgangen, daß unser Land unter einer Rekordarbeitslosigkeit leidet und genügend Österreicherinnen und Österreicher auf Beschäftigung warten“, so Kickl.

Die FPÖ bekenne sich dazu, überhaupt nur dann Arbeitsbewilligungen auf Zeit auszustellen, wenn der Bedarf an Arbeitskräften im Inland kurz- und mittelfristig nicht gedeckt werden könne. Die Betonung liege aber im Unterschied zu den Regierungsparteien und den Grünen auf dem Begriff „Gast“. SPÖ und ÖVP würden dagegen die Absicht verfolgen, im Interesse der Industrie durch billige Arbeitskräfte weiter das Lohnniveau zu senken und die heimischen Arbeitnehmer einem massiven Verdrängungswettbewerb auszusetzen. „Neben der Asylschiene, die Rot und Schwarz schon längst in eine Zuwanderungsschiene umfunktioniert haben, soll jetzt auch der Arbeitsmarkt dafür

herhalten. Für die FPÖ steht dagegen fest, daß Österreich kein Zuwanderungsland ist und alle Kraftanstrengungen dahingehend unternommen werden müssen, den heimischen Arbeitskräftebedarf auch mit Österreicherinnen und Österreichern abdecken zu können. Auf diesem Auge sind SPÖ und ÖVP allerdings chronisch blind“, schloß Kickl.

Strutz: Arbeitsplätze für Österreicher statt für Ausländer sichern

„Das Boot ist voll – Österreich ist kein Einwanderungsland“, so die Antwort von BZÖ-Generalsekretär Martin Strutz auf die Pläne von Innenministerin Maria Fekter, mittels einer „Rot-Weiß-Rot-Card“ die Zuwanderung nach Österreich zu erleichtern und zu erhöhen. „Österreich droht durch die Wirtschaftskrise eine Rekordarbeitslosigkeit und die Regierung will durch mehr Ausländer den Druck am Arbeitsmarkt noch weiter verstärken. Diese Karte ist eine Einladung zur Zuwanderung und eine staatliche Förderung des Verdrängungswettbewerbs am Arbeitsmarkt mit einer Unterstützung des damit verbundenen Lohndumpings“, erteilt Strutz den Fekter Plänen eine klare Absage.

Strutz verlangt von der Regierung, besser darauf zu achten, daß Österreicher in Arbeit bleiben können und bei Arbeitslosigkeit besser qualifiziert werden. „Das BZÖ steht dafür, Österreicher besser zu qualifizieren, anstatt Arbeitslosigkeit zu importieren. Wir wollen Arbeit und bessere Chancen für Österreicher“, so Strutz, der eine diesbezügliche Arbeitsplatz- und Qualifizierungsoffensive fordert.

Korun: Fordern Erwerbszuwanderung mit Hilfe eines Punktesystems

„Die Rot-Weiß-Rot-Card muß zu einer grundlegenden Neuausrichtung der Einwanderungspolitik führen, andernfalls droht sie zu einem weiteren Flop wie der Bleiberechtsentwurf zu werden“, erklärt die Integrationssprecherin der Grünen, Alev Korun. „Wenn Ministerin Fekter wirklich langsam einsieht, daß Einwanderung eine Tatsache ist und auch in Zukunft wichtig sein wird, wäre das ein Fortschritt. Denn das aktuelle Einwanderungsrecht ist völlig unbrauchbar und schafft noch dazu in vielen Fällen menschliches Leid“, so Korun.

Doch bisher wurde außer einer dünnen Ansage im Regierungsprogramm nichts zur „Rot-Weiß-Rot-Card“ bekannt. Es entstand der Eindruck, daß nur das bestehende Schlüsselkraftmodell einen neuen Namen bekom-

Innenpolitik

men soll. Also jenes Modell, das versagt hat, ausreichend Fachkräfte nach Österreich zu holen. Zu kompliziert ist das Verfahren, zu eng die Kriterien. Es werden auch keine Anreize für Interessierte geschaffen, wie zum Beispiel eine mit der Einwanderung verbundene Aufenthaltssicherheit.

Das Einwanderungsmodell der Grünen dagegen ist ein ausgereifter Vorschlag, wie Erwerbszuwanderung fair und sinnvoll mit Hilfe eines Punktesystems geregelt werden soll. „Dabei werden mitgebrachte Qualifikationen bestmöglich umgesetzt und gefördert. Gleichsam ist es unerlässlich, auch für die Integration etwas zu tun. Hier muß, egal ob gut oder weniger qualifiziert, endlich Chancengleichheit geschaffen werden“, so Korun. Fekter sollte diese Überlegungen aufgreifen und sich auch von ExpertInnen etwas sagen zu lassen. „Andernfalls sind die plötzlich signalisierten Bemühungen um die ‚Rot-Weiß-Rot-Card‘ ein reines Ablenkungsmanöver von den Fehlritten der letzten Tage“, schließt Korun.

Leitl: Derzeit wandern die besten Köpfe häufig an Österreich vorbei

„Um international wettbewerbsfähig zu sein und zu bleiben, braucht Österreich qualifizierte Arbeitskräfte. Dieser Bedarf wird in Zukunft – und zwar trotz der aktuell schwierigen Wirtschaftssituation – noch wachsen. Es besteht in Sachen Zuwanderung nach Österreich nach wie vor Handlungsbedarf“, sagte Christoph Leitl, Präsident der Wirtschaftskammer Österreich (WKÖ), nach dem Auftakt der Gespräche zur geplanten sogenannten „Rot-Weiß-Rot-Card“. Dabei ist die Abkehr von einer Quoten-basierten Zuwanderung hin zu einem Modell vorgesehen, das auf klar nachvollziehbaren Kriterien basiert.

„Derzeit wandern die besten Köpfe leider häufig an Österreich vorbei“, warnte Leitl. Österreich rangiere innerhalb der OECD-Länder beim Qualifikationsniveau der Zuwanderer an letzter Stelle. Um diesen Wettbewerbsnachteil wettzumachen, hat die Wirtschaftskammer gemeinsam mit der Industriellenvereinigung und der internationalen Organisation für Migration unter dem Titel „Zuwanderung gestalten“ ein umfassendes Migrationsmodell ausgearbeitet. „Wir bringen unsere Vorschläge und unsere Expertise dazu gerne ein“, so Leitl.

Erklärtes Ziel müsse es sein, die Zuwanderung nach Österreich nach transparenten Maßstäben zu regeln. Besonderes Augenmerk muß dabei nach Ansicht der WKÖ auf Aspekte wie Integration, Anerkennung von im Ausland erworbenen Qualifikationen sowie eine verstärkte Bewußtseinsbildung über die Chancen, die die Zuwanderung für Österreich bietet, gelegt werden. „Im Mittelpunkt unseres ganz klar an der Realität ausgerichteten Modells steht der gemeinsam mit Sozialpartnern und AMS festgestellte Bedarf am heimischen Arbeitsmarkt. Denn es geht uns primär nicht um mehr, sondern um qualifiziertere Zuwanderung“, betonte der WKÖ-Chef abschließend.

Kaske: ÖGB sieht vor Einführung großen Diskussionsbedarf

Im Vorfeld der ersten Diskussionsrunde im Innenministerium zur Neuregelung der Zuwanderung äußert sich ÖGB-Arbeitsmarktsprecher und vize-Vorsitzender Rudolf Kaske skeptisch zu den bereits bekannt gewordenen Vorstellungen. „Vor Einführung einer sogenannten ‚Rot-Weiß-Rot-Card‘ gibt es aus Sicht der ArbeitnehmervertreterInnen noch großen Diskussionsbedarf. Die Entwicklung am Arbeitsmarkt spricht nicht gerade für einen Mehrbedarf an Zuwanderung.“

„Zuwanderung und Integration gehören eng zusammen. Gerade im Bereich Integration hat das Innenministerium aber viel verabsäumt und deshalb noch viel aufzuholen“, sagt Kaske. Österreich sei zudem nicht mit den immer wieder zitierten „Vorbildern“ USA, Kanada oder Australien vergleichbar. „Im Gegensatz zu diesen Ländern ist in Österreich der Großteil der Zuwanderung nicht durch nationalstaatliche Regeln gestaltbar“, sagt Kaske. Konkret ist rund 80 Prozent der Zuwanderung nicht durch Österreich steuerbar, weil EU-Vorschriften zum Tragen kommen. Eine „Rot-Weiß-Rot-Card“ würde in diesem Bereich keinerlei Änderung bewirken.

Zur Neuregelung der Zuwanderung von qualifizierten Fachkräften aus Nicht-EU-Staaten ist dem ÖGB wichtig, daß dies zu keinem Lohndumping führen dürfe. „Als Mindesteinkommen muß hier auch in Zukunft ein Einkommen von mindestens 2.400 Euro brutto gelten“, verlangt Kaske. Zudem müsse auch weiterhin das Prinzip gelten, dass zuerst der konkrete Bedarf im Inland zu prüfen sei. „Nur wenn der Bedarf nicht durch Arbeit Suchende im Inland abgedeckt werden kann, soll der Bereich für Arbeitskräfte aus Nicht-EU-Staaten aufgemacht werden“, so Kaske abschließend. ■

Zugewanderte in der Bevölkerung nach Alter bei der Einwanderung

	Zugewanderte in der Bevölkerung 2007	
	in 1.000	in %
Insgesamt		
Insgesamt	1.176,1	100,0
0-14 Jahre	297,0	25,3
15-19 Jahre	130,5	11,1
20-24 Jahre	250,6	21,3
25-29 Jahre	207,0	17,6
30-34 Jahre	118,2	10,0
35-44 Jahre	116,7	9,9
45-59 Jahre	42,5	3,6
60 Jahre und älter	13,6	1,2
Männer		
Zusammen	551,9	100,0
0-14 Jahre	145,4	26,3
15-19 Jahre	53,9	9,8
20-24 Jahre	110,5	20,0
25-29 Jahre	101,0	18,3
30-34 Jahre	60,8	11,0
35-44 Jahre	54,3	9,8
45-59 Jahre	19,2	3,5
60 Jahre und älter	6,8	1,2
Frauen		
Zusammen	624,2	100,0
0-14 Jahre	151,6	24,3
15-19 Jahre	76,6	12,3
20-24 Jahre	140,1	22,4
25-29 Jahre	106,0	17,0
30-34 Jahre	57,4	9,2
35-44 Jahre	62,4	10,0
45-59 Jahre	23,3	3,7
60 Jahre und älter	6,8	1,1

Q: STATISTIK AUSTRIA, Mikrozensus-Arbeitskräfteerhebung 2007, - Jahresdurchschnitt über alle Wochen, - Personen in Privathaushalten ohne Präsenz-Zivildienst.

Steuerreform 2009 geht in Begutachtung

Mit dem heutigen Start der Begutachtungsphase der Steuerreform 2009 lösen wir den ersten Schritt unseres Entlastungsversprechens ein. Rückwirkend mit 1. Jänner 2009 senken wir die Lohn- und Einkommensteuer und unterstützen spürbar Familien mit Kindern“, meinte Bundesminister für Finanzen Josef Pröll am 14. Jänner. Mit 2,3 Milliarden Euro wird der Einkommensteuertarif deutlich gesenkt und Familien werden mit 510 Millionen Euro gestärkt. Gemeinsam mit der Entlastung für Selbstständige in der Höhe von 300 Millionen Euro bringt das Paket in Summe 3,2 Milliarden Euro Entlastung. „Das ist unsere Antwort auf die großen Herausforderungen, die vor uns liegen. Wir verstecken uns nicht, sondern handeln indem wir Steuern senken. Mit diesem Entlastungsschub bieten wir der Krise die Stirn“, bekräftigte Pröll.

Die erste Tarifstufe, ab der Steuer eingehoben wird, wird von 10.000 Euro auf 11.000 Euro angehoben. Die Tarifstufen für den Mittelstand werden gesenkt. Die Grenze, ab welcher der Spitzensteuersatz einsetzt, wird von 51.000 Euro auf 60.000 Euro angehoben. Das hat zur Folge, daß Einkommen von Arbeitnehmern bis zu einer Steuerbemessungsgrundlage von mindestens ca. 11.945 Euro vollkommen steuerfrei gestellt werden (11.000 Euro erste Tarifstufe, zuzüglich der Einrechnung von Arbeitnehmer- und Verkehrsabsatzbetrag). Ausgehend von Bruttoeinzügen bedeutet dies, daß Einkommen bis zu mindestens etwa 1.205 Euro/Monat/14x steuerfrei gestellt werden, was einem Jahresbrutto von mindestens rund 16.870 Euro entspricht.

Pröll: „Einerseits setzen wir ein klares Signal in Richtung Mittelstand und Leistungsträger andererseits erhöhen wir die Steuerfreigrenze auf 11.000 Euro. Das bedeutet, daß nun zusätzlich 160.000 Erwerbstätige, Selbstständige und Pensionisten keine Lohn- und Einkommensteuer mehr zahlen müssen.“ Besonders Familien mit Kindern profitieren in erhöhtem Maße von der Steuerreform 2009. Die Entlastungen für Familien umfassen

- die Erhöhung des Kinderabsatzbetrages von 50,90 Euro auf 58,40 Euro monatlich (610 auf 700 Euro pro Jahr) und eine ent-

sprechende Anhebung des Unterhaltsabsatzbetrages auf 29,20 Euro (1. Kind), 43,80 Euro (2. Kind) und 58,40 Euro (ab 3. Kind)

- die Einführung eines Kinderfreibetrages von 220 Euro jährlich pro Kind
- die Absetzbarkeit von Kinderbetreuungskosten bis 2.300 Euro pro Kind und Jahr und
- die Steuer- und Sozialversicherungsfreiheit für Zuschüsse des Arbeitgebers zur Kinderbetreuung bis zu 500 Euro pro Kind und Jahr.

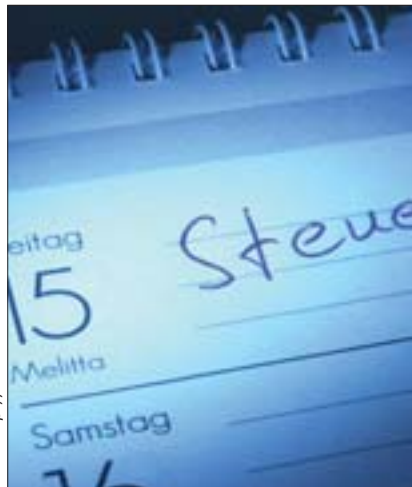


Foto: <http://www.bilderbox.biz>

„Das 15. Einkommen für Familien mit Kindern wird 2009 Realität und wir kommen damit unserem Ziel – Österreich: das familienfreundlichste Land Europas – einen großen Schritt näher“, so der Finanzminister.

Die Steuerreform 2009 sieht auch Maßnahmen zur Stärkung des Wirtschafts- und Unternehmensstandortes vor. Daher wird für Unternehmen der Freibetrag für investierte Gewinne, der bisher nur Einnahmen-Ausgaben-Rechnern zusteht, auf bilanzierende Unternehmen ausgeweitet. Gleichzeitig wird der Freibetrag von 10 Prozent auf 13 Prozent der Bemessungsgrundlage (Gewinn, ausgenommen Veräußerungsgewinne) erhöht.

„Mit dem Freibetrag für investierte Gewinne leisten wir einen weiteren wichtigen Beitrag zur Attraktivierung unseres Wirtschaftsstandortes und forcieren wichtige Investitionen“, so Pröll. „Der Countdown zur Steuerentlastung läuft. Wir haben allen

Grund mit Optimismus und Zuversicht in das neue Jahr zu gehen“, schloß Pröll.

Krainer: Arbeitsplätze sichern, Menschen entlasten

„Mit dem Budgetprovisorium für 2009 werden umfangreiche Maßnahmen gesetzt, um Arbeitsplätze in Österreich zu sichern und die heimische Wirtschaft zu stärken“, erklärte SPÖ-Budgetsprecher Jan Krainer. Als Hauptziele für 2009 definierte Krainer den Kampf gegen die Arbeitslosigkeit, die Entlastung der Familien und das Setzen von Maßnahmen gegen die schwache Wirtschaftsentwicklung. Nach aktuellen Berechnungen des WIFO wird die österreichische Wirtschaft heuer um 0,5 Prozent schrumpfen, die derzeitigen Prognosen erwarten durchschnittlich 45.000 zusätzliche Arbeitslose, im Besonderen davon betroffen sind Frauen und Jugendliche.

„Wir müssen gerade in wirtschaftlich schwierigen Zeiten alle Anstrengungen unternehmen, damit Frauen im Arbeitsprozeß bleiben und Jugendliche Chancen auf sichere Jobs erhalten“, sagte Krainer anläßlich des Budgetausschusses im Parlament. Als weitere Schwerpunkte des Budgets 2009 nennt Krainer die Entlastung der ArbeitnehmerInnen und der Familien sowie zukunftsorientierte Investitionen in den Bereichen Infrastruktur, Bildung und Forschung.

„Die Menschen in unserem Land erwarten sich Antworten der Politik auf die angespannte wirtschaftliche Lage – das Budgetprovisorium 2009 umfaßt die richtigen Schritte in die richtige Richtung: zukunftsorientierte Investitionen in die Konjunktur, notwendige Maßnahmen vor allem für Frauen und Jugendliche und das Nutzen von Sparpotenzialen“, erklärte Krainer. Die geänderte Ministerienstruktur nach der Nationalratswahl am 28. September 2008 machte es außerdem notwendig, dieses Budgetprovisorium zu erstellen, um den neuen Ministerinnen und Ministern den notwendigen Handlungsspielraum zu geben.

Kitzmüller: Die wahren Interessen der Familien werden nicht berücksichtigt

So wie es abzusehen gewesen sei, stünden die Familienentlastungspläne der ÖVP

Innenpolitik

stark unter der wirtschaftspolitischen Zielsetzung des „Barcelonaziels“ und die Eingliederung des Familienressorts in das Wirtschaftsministerium werde nun auch augenscheinlich. In Reaktion auf die ÖVP-Äußerungen erneuerte die Familiensprecherin der FPÖ, Anneliese Kitzmüller, damit ihre Ablehnung der familienpolitischen Zielsetzung der Regierung.

Die Familienpolitik werde durch die ÖVP immer mehr zu einem Lenkungswerkzeug der Wirtschaftspolitik, führt Kitzmüller aus. Sie verweist angesichts der von der ÖVP vorgeschlagenen Maßnahmen darauf, daß beispielsweise eine dringend notwendige Inflationsanpassung der Familienleistungen wieder einmal keinen Eingang in die Planungen und Überlegungen der selbsternannten „Familienpartei“ ÖVP gefunden habe.

Die FPÖ werde sich zudem weiter für das von ihr vorgeschlagene Familiensteuersplitting stark machen, kündigt Kitzmüller an, die davon überzeugt ist, daß diese Maßnahme den Familien eine gerechte Entlastung bringen würde.

Strutz: Steuerreform kein großer Wurf!

„Bei der groß angekündigten ÖVP-Klausur sind wieder einmal Unmengen an heißer Luft ohne konkrete Lösungen produziert worden. Die von Finanzminister Pröll vorgestellte Steuerreform ist kein großer Wurf, denn es geht nicht nur um Tarifreformen und Spendenabsetzbarkeit, sondern eine echte Steuerentlastung mit echten vereinheitlichten Steuersätzen ist notwendiger denn je“, so BZÖ-Generalsekretär Martin Strutz, der hier als Alternativmodell auf das Steuerentlastungskonzept von BZÖ-Klubobmann Josef Bucher verweist. Wenn sich die ÖVP auf ihrer Klausur lieber mit der Wirtschaftskrise im Allgemeinen und der Nahostkrise im Besonderen beschäftige, „ist das zwar eine Beschäftigungstherapie für VP-Funktionäre, löst aber kein einziges der brennenden Probleme vor denen Österreich steht“. Anstatt sich mit Verwaltungsreform, Gesundheitssystem, Energiekrise, ORF-Desaster oder der Sicherheit zu beschäftigen, bleibe die ÖVP weiterhin Lösungen und Antworten schuldig.

Kogler: Kaum konjunkturell wirksam und sozial ungerecht

„Die von Finanzminister Pröll vorgelegte, sogenannte Steuerreform hat ihren Titel nicht verdient. Die Regierung verabsäumt wieder einmal eine strukturelle Änderung des Steuersystems und scheitert damit sogar

am eigenen im Regierungsprogramm verankerten Ziel“, stellt Werner Kogler, stv. Klubobmann und Finanzsprecher der Grünen, fest. Hier würden lediglich Steuern undifferenziert gesenkt. Die auch von WIFO und OECD so oft eingeforderte Nachhaltigkeit des Steuersystems bleibt auf der Strecke! Die Riesenbelastung des Faktors Arbeit müsse endlich reduziert werden, der Anteil der vermögensbezogenen Abgaben im Gegenzug auf EU-Schnitt gebracht werden, so Kogler.

Kritisch sieht Kogler die Steuerreform vor allem auch aus konjunktureller Sicht: „Gerade vor dem Hintergrund der Finanz- und Wirtschaftskrise müssen BezieherInnen kleiner Einkommen stärker entlastet werden. Dort führt die Kaufkraftstärkung zu tatsächlich höherem Konsum. Das wäre zudem sozial gerechter, als die Stärkung oberer Einkommen. In die Liste der sozial unausgewogenen Maßnahmen reiht sich auch der Familienteil, der vor allem Maßnahmen beinhaltet, die höhere EinkommensbezieherInnen entlasten.“

Länder fordern Gespräche zur Steuerreform

„Wir bekennen uns vollinhaltlich zur Umsetzung einer Steuerreform, die den Menschen so schnell wie möglich hilft und gerade in einer konjunkturell schwierigen Situation durch eine Stärkung der Kaufkraft der Wirtschaft den Rücken stärkt. Aber der Bund muß berücksichtigen, daß eine Steuerreform immer auch den Finanzausgleich und das Steueraufkommen in einem föderalen System wie in Österreich entscheidend berührt. Genau deshalb fordern die Länder die rasche Aufnahme von politischen Gesprächen durch den Bund“, erklärten die Vorsitzende der Landesfinanzreferenten-Konferenz, Landeshauptmann-Stellvertreterin Renate Brauner (Wien) und Vorarlbergs Landeshauptmann und Landesfinanzreferent Herbert Sausgruber unisono.

Die Steuerreform müsse zwischen den Gebietskörperschaften optimal akkordiert werden. Darüber hinaus seien die Länder mit zahlreichen neuen Aufgaben konfrontiert, die auf eine vernünftige finanzielle Basis gestellt werden müssten. Brauner und Sausgruber nannten dabei die Finanzierung der Krankenanstalten, die steigenden Aufwendungen im Sozialbereich sowie die Folgekosten des vom Bund geplanten verpflichtenden und kostenfreien Kindergartenjahres der Fünfjährigen als Beispiele.

„Der Bund möchte auch den Stabili-

tätspakt speziell zu seinen Gunsten verändern. Die Länder sind allerdings angesichts hoher Pflichtausgaben und der notwendigen Anstrengungen für die Konjunkturanhebung nicht in der Lage, die zusätzlichen Aufgaben allein zu tragen. Hier muß es einen fairen Interessenausgleich geben“, so Brauner und Sausgruber abschließend.

Tumpel: Steuersenkung muß alle gerecht entlasten

„Das Steuerreformgesetz 2009 bringt eine Entlastung, und das schon heuer: Das ist der positive Aspekt“, bewertet AK Präsident Herbert Tumpel die heurige Steuerentlastung. „Wir haben seit einem Jahr eine rasche Lohnsteuersenkung gefordert, um die Kaufkraft zu sichern und den ArbeitnehmerInnen einen Ausgleich für die Teuerung zu schaffen“, erinnert Tumpel, „und das kommt jetzt.“ Ein durchschnittlicher Arbeitnehmer soll durch die Tarifentlastung 400 Euro mehr im Jahr bekommen. Positiv ist auch, daß die Entlastung rückwirkend mit dem 1.1.2009 eintritt und mit dem April-Gehalt auch rückwirkend ausbezahlt werden soll.

Allerdings: „Nicht alles am Entwurf der Steuerreform ist gelungen – und muß daher nachgebessert werden“, verlangt die AK in ihrer Stellungnahme. Die rückwirkende Auszahlung ist unverständlicherweise als „Kann-Bestimmung“ formuliert. Wenn Unternehmen nicht vorgeschrieben werde, daß sie im Mai die Tarifsenkung einrechnen und rückwirkend aufrollen müßten, wie die AK fordert, „dann ist zu befürchten, daß viele ArbeitnehmerInnen die Senkung erst mit der Arbeitnehmerveranlagung nächstes Jahr bekommen. Das verfehlt den Zweck – Nachfragebelebung durch Kaufkraftstärkung jetzt – völlig“, argumentiert die AK.

„Arbeitnehmer haben üblicherweise ein gesundes Mißtrauen gegenüber Steuersenkungen“, sagt Tumpel, „wir haben zu oft die Erfahrung gemacht, daß den Arbeitnehmern wenig bleibt.“ Diesmal bekommen sie wirklich etwas, aber: Die AK will zusätzlich eine jährliche Anpassung an die Inflation in Form einer automatischen Valorisierung. „Bisher gilt: Eine Steuersenkung wird durch Belastungen und die Progression schnell wieder aufgeessen. Die Anpassung soll die kalte Progression endlich beseitigen“, sagt Tumpel. Die Steuersenkung 2009 würde sonst rasch verpuffen: „Sie gilt das ab, was die ArbeitnehmerInnen in den vergangenen Jahren durch fehlende Entlastungen und steigende Preise verloren haben, „wir wollen aber eine nachhaltiger Entlastung“.

Ostermayer will ORF-Stiftungsrat neu organisieren

Der Medien-Staatssekretär im Gespräch mit »APA«

Der ORF-Stiftungsrat hat in seiner jetzigen Form ein Ablaufdatum. Medienstaatssekretär Josef Ostermayer (SPÖ) sieht sich derzeit verschiedene „Best-Practice-Modelle“ an und will spätestens im Mai oder Juni das ORF-Gesetz ändern, um unter anderem die Grundlage für ein neues ORF-Kontrollgremium zu schaffen. Punkto ORF sei die Politik lediglich für die Rahmenbedingungen zuständig, in ORF-Internas dürfe sie sich aber nicht einmischen, sagte Ostermayer im Interview mit der Austria Presse Agentur (APA).

„Es geht nicht, daß ein Externer dem Generaldirektor oder dem Stiftungsrat sagt, was er zu tun hat“, findet der Staatssekretär. Daß Bundeskanzler Werner Faymann (SPÖ) erst unlängst wieder „tiefgreifende Änderungen“ im ORF einforderte und auch die Möglichkeit personeller Veränderungen an der ORF-Spitze erwähnte, verteidigt Ostermayer damit, daß der Kanzler lediglich „einen Befund getroffen hat, der generell zutrifft“. „Die Aussage war die, daß die Leistung der Geschäftsführung stimmen muß“, gab Ostermayer den Regierungschef wieder. Über Personen und Zukunftskonzepte habe der Stiftungsrat zu entscheiden.

Auf die Frage, was er und Kanzler Faymann sich von dem Strukturkonzept erwarten, das ORF-Generaldirektor Alexander Wrabetz am 2. April vorlegen will, meinte Ostermayer, er erwarte sich ein „Zukunftskonzept, das den ORF dauerhaft sichert“. Was er sich inhaltlich darunter vorstellt, wollte er aber nicht sagen. Schließlich „will ich dem Generaldirektor nicht sagen, was er tun soll“, so Ostermayer. Die Basis für ein Zukunftskonzept habe der Rechnungshof gelegt, außerdem gebe es die Ergebnisse der Unternehmensprüfung durch McKinsey aus dem Jahr 2004.

Zweiteilung des Gremiums vorstellbar

Zuständig fühlt sich der Staatssekretär für die gesetzlichen Rahmenbedingungen. Hier will er tätig werden, sobald die endgültigen Ergebnisse der EU-Prüfung des ORF vorliegen. Das dürfte voraussichtlich im April oder Mai der Fall sein – die Gesetzesänderung findet entsprechend im Mai oder Juni

statt. Hier will Ostermayer eine neue Form des Stiftungsrats verankern. Vorstellbar sei eine Zweiteilung des Gremiums, in einen kleinen Aufsichtsrat, der den Haushalt überwacht und dauerhaft tätig ist, sowie ein größeres Gremium, in dem die Vertreter verschiedener Parteien und Interessensgruppen vertreten sind.



Foto: SPÖ / Johannes Zimmer

Staatssekretär Josef Ostermayer

Wer das Aufsichtsgremium beschicken könnte, stehe noch nicht fest. Eine Entscheidung für ein bestimmtes Modell sei ohnedies noch nicht gefallen. Daran, daß die Betriebsräte im Stiftungsrat vertreten sind, will Ostermayer aber festhalten. Schließlich sei das auch in allen anderen Unternehmen Usus – egal ob Aktiengesellschaft oder GesmbH.

In den Zuständigkeitsbereich des Staatssekretärs fallen auch die Medienförderungen. Zu der seit langem in Aussicht gestellten Förderung für Privatsender äußerte sich Ostermayer allerdings zurückhaltend. „Aufgrund der wirtschaftlichen, budgetären Situation ist für eine Medienförderung im Koalitionsabkommen kein Zeitplan und kein Betrag festgesetzt worden.“ Ob, wie und wann eine Medienförderung kommt, sei Thema der Budgetverhandlungen.

Nicht mehr ganz so rosig wie noch vor einigen Monaten sieht es auch für den Fern-

sehefilmförderungsfonds aus. Hieß es ursprünglich, die Mittel sollen von derzeit rund 7,5 auf 15 Millionen Euro aufgestockt werden, spricht Ostermayer jetzt von einer Aufstockung um zwei bis sieben Millionen Euro. „Wir diskutieren über das Ausmaß, mit dem Ziel zum höheren Betrag zu kommen.“

Darüber, ob der neu zu gründende Presse- rat auch ohne die Mitgliedschaft der Tageszeitung „Österreich“ staatlich unterstützt wird, wollte sich der Staatssekretär nicht festlegen. Im Regierungsprogramm ist festgehalten, daß der Presserat finanzielle Hilfe bekommt, wenn alle „relevanten Titel“ mit an Bord sind. „Österreich“ hält Ostermayer, wie auch die „Krone“ und andere Blätter „für einen relevanten Titel“, sagte er. Vordringlich wichtig ist dem Staatssekretär aber die Einigung mit der Gewerkschaft.

Weißmann: Bekenntnis zum öffentlich-rechtlichen ORF und zu notwendigen Strukturreformen

„Ein Bekenntnis zum öffentlich-rechtlichen ORF, den wir schätzen und den wir unbeschnitten erhalten wollen“ legte der Vorsitzende des ORF-Publikumsrats, Hon.-Prof. Georg Weißmann, in der Plenarsitzung des Gremiums am 26. Jänner ab. Er betonte, der Publikumsrat habe bereits die Ablehnung der Gebührenerhöhung 2008 mit der Forderung nach einem Struktur- und Strategiekonzept verbunden. Der Finanzausschuß des Publikumsrats wird sich mit dem Endbericht des Rechnungshofs im Detail auseinandersetzen.

Zum Rechnungshofbericht erklärten Publikumsräte, daß der Rechnungshof der bisherigen Kritik des Gremiums Recht gebe.

Weißmann informierte das Gremium darüber, daß – vorbehaltlich einer allfälligen Gesetzesänderung – im Dezember 2009, spätestens aber in der ersten Jännerhälfte 2010 die Wahl zum Publikumsrat abzuhalten sei, mit den Vorbereitungen auf die Wahl müsse daher noch im Frühjahr begonnen werden.

Weißmann dankte auch den Publikumsräten Petra Lehner und Hon.-Prof. Helmut Pechlaner, die dem Gremium nicht mehr angehören, für ihre Arbeit und ihre Verdienste für das Publikum. ■

Landtagswahlen in Kärnten und Salzburg

Am 1. März 2009 werden in diesen beiden Bundesländern die Karten neu gemischt. In Salzburg tritt Landeshauptfrau Gabi Burgstaller an, das Land eine weitere Legislaturperiode zu führen. In Kärnten stellt sich Gerhard Dörfler – nach dem Unfalltod von LH Jörg Haider – erstmals der Wahl.

Kärnten wurde seit Beginn der Zweiten Republik meist von SPÖ-Landeshauptleuten regiert, zuletzt von 1974 bis 1988 von Leopold Wagner. Er wurde im Oktober 1988 von einem ehemaligen Schulkollegen angeschossen und lebensgefährlich verletzt, weshalb er sämtliche politische Funktionen zurücklegen mußte. Ihm folgte der damalige Landesparteisekretär Peter Ambrozy, der mit der SPÖ bei den vorgezogenen Landtagswahlen im März 1989 die absolute Mehrheit verlor. Schon damals erreichte die FPÖ den zweiten Platz im Lande und einigte sich mit der ÖVP auf eine Koalition unter LH Dr. Jörg Haider, der sich – etwas mehr als zwei Jahre später – nach einem Mißtrauensantrag von SPÖ und ÖVP zum Rücktritt gezwungen sah.

Ihm folgte der damalige Obmann der ÖVP Kärnten, Christof Zernatto, obwohl dessen Partei über die wenigsten Sitze im Landtag verfügte. Obschon man Zernatto gute Chancen einräumte, verlor er bei der Wahl 1999; der ehemalige Klubobmann der ÖVP im Kärntner Landtag und Abgeordnete zum Nationalrat, Georg Wurmitzer, übersiedelte daraufhin zurück nach Kärnten, wo er mit seiner Fraktion die Wiederwahl Jörg Haiders zum Landeshauptmann ermöglichte und auch Mitglied der Landesregierung wurde.

Für die Landtagswahl am 7. März 2004 war nun die SPÖ mit Ambrozy angetreten, um als stimmenstärkste Partei aus der Wahl hervorzugehen und Haider als LH abzulösen. Bis zuletzt herrschte knisternde Spannung, war man doch von einem Kopf-an-Kopf-Rennen zwischen Haider und Ambrozy ausgegangen. An der ersten Hochrechnung, die vom Institut SORA im Auftrag des ORF erstellt und in einer Sondersendung um Punkt 17 Uhr präsentiert wurde, änderte sich den Abend über kaum etwas: Die FPÖ lag mit 42,5 Prozent 4,1 Prozentpunkte vor der SPÖ (38,4 Prozent), die ÖVP konnte nach einem Verlust von 9,1 Prozentpunkten nur mehr 11,6

Prozent der Stimmen auf sich vereinen und den Grünen gelang es, mit 6,7 Prozent – und aufgrund der im Land geltenden Wahlordnung dank einem Grundmandat in Klagenfurt – erstmals in den Kärntner Landtag einzuziehen. Landeshauptmann Jörg Haider wurde wiedergewählt. Und er hätte wohl die allerbesten Chancen auf eine weitere Legislaturperiode gehabt, wäre er nicht am 11. Oktober 2008, knapp vor 1.30 Uhr in der Früh, in Klagenfurt bei einem Verkehrsunfall ums Leben gekommen.

Die Landtagswahl 2004 in Kärnten brachte für die FPÖ mit 42,43 Prozent einen kleinen Zugewinn (1999: 42,06 Prozent. Damals gab es das 2005 von Jörg Haider gegründete Bündnis Zukunft Österreich, noch nicht), die SPÖ erreichte 38,43 Prozent (1999: 32,87), die ÖVP fand sich nach drastischen Verlusten bei 11,64 Prozent wieder (1999: 20,75), den Grünen gelang mit 6,70 Prozent erstmals der Einzug in den Kärntner Landtag.

Einer Umfrage des Klagenfurter Humaninstituts zufolge („Sonntagsfrage“, gestellt zwischen 5. und 8. Jänner 2008) würden 25 Prozent das BZÖ, 27 die SPÖ, 9 die ÖVP, 8 die FPÖ und 6 Prozent die Grünen wählen. 25 Prozent der Befragten hätten zu diesem Zeitpunkt nicht gewußt, wen sie wählen würden bzw. wollten sich nicht dazu äußern. Nun sieht sich das BZÖ vor der spannenden Frage, ob es Gerhard Dörfler gelingen wird, auch nach der Wahl die Nachfolge Haiders als Kärntens Landeshauptmann zu halten.

<http://www.ktn.gv.at/>

Salzburg wurde seit Beginn der Zweiten Republik von ÖVP-Landeshauptmännern regiert. Der letzte, Franz Schausberger, unterlag bei der Landtag im März 2004 der damaligen LH-Stellvertreterin und Salzburgs SPÖ-Vorsitzenden Gabi Burgstaller. Die ÖVP wurde von den Sozialdemokraten mit 45,4 Prozent um 7,5 Prozentpunkte überholt und

mit 37,9 Prozent auf Platz zwei im Lande verwiesen. Das bedeutete zwar nur einen Verlust von 0,8 Prozentpunkten im Vergleich zu 1999, man hatte es aber nicht geschafft, proportional so zuzulegen, wie dies der SPÖ gelungen war. Die FPÖ mußte sich mit 8,7 Prozent bzw. einem Verlust von 10,9 Prozentpunkten abfinden, die Salzburger Grünen bejubelten einen Zugewinn von 2,6 Prozentpunkten, auch wenn sie mit einem Stimmenanteil von 8,0 Prozent auf Platz vier geblieben waren.

„Frau Landeshauptmann“ Gabriele Burgstaller hatte, so wie sie das schon im Wahlkampf angekündigt hatte, eine Koalition der ÖVP unter deren Landesparteiobmann Wilfried Haslauer gebildet und, so hatte es allgemein den Eindruck, die folgenden fünf Jahre gut zusammengearbeitet. Die Chancen für Burgstaller, auch die nächsten fünf Jahre die Geschicke des Landes Salzburg zu lenken, sind sehr gut, wenn auch eine aktuelle Umfrage des Magazins „Salzburger Fenster“ Verluste sowohl für die SPÖ, als auch für die ÖVP sieht. Demnach könnten FPÖ und Grüne etwas dazugewinnen, das BZÖ könnte mit 2 Prozent in Salzburg erstmals punkten.

<http://www.salzburg.gv.at/>

Um Ihnen Ihre Wahlentscheidung ein wenig zu erleichtern, haben wir die folgenden Seiten den in den beiden Landtagen vertretenen Parteien kostenlos zur Verfügung gestellt, um Ihnen deren Wahlziele vermitteln zu können.

Wir haben um eine bestimmte Textmenge gebeten, nicht alle haben dieses Angebot auch ganz ausgenützt. Die Texte stammen von den Parteien selbst und spiegeln nicht die Meinung der Redaktion wider.

Die Redaktion.

Landtagswahl in Kärnten am 1. März 2009

Gerhard Dörfler, Landeshauptmann, BZÖ Kärnten

In Zeiten wie diesen zählen Sicherheit, Erfahrung, Vertrauen und Verlässlichkeit. In Zeiten wie diesen gilt es, Kärnten treu zu bleiben, Kurs zu halten und das Gute zu bewahren. Dafür steht niemand anderer außer das BZÖ Kärnten. Garantiert.

Gemeinsam mit Landeshauptmann Jörg Haider haben wir im Jahr 1999 begonnen, das moderne Kärnten zu bauen und in all diesen Jahren gezeigt, daß wir dem Land Sicherheit geben, Kärnten auf unsere Erfahrung zählen kann und sich die Menschen auf uns verlassen und auf uns vertrauen können. Nun geht es um die Entscheidung, ob wir den Weg, den wir seit 1999 mit Landeshauptmann Jörg Haider gegangen sind, in seinem Sinn und mit ganzer Kraft für Kärnten weiter gehen können.

Aus zehn Gründen soll das BZÖ mit Gerhard Dörfler auch in Zukunft den Landeshauptmann stellen. Aus zehn Gründen gibt es nur diesen einen Weg, den Weg des BZÖ Kärnten:

1. Weil es zu Landeshauptmann Gerhard Dörfler und dem BZÖ keine Alternative gibt und wir in Zeiten wie diesen Sicherheit, Erfahrung, Vertrauen und Verlässlichkeit brauchen.

2. Weil Landeshauptmann Gerhard Dörfler und das BZÖ gute Arbeit leisten und bewiesen haben, daß sie halten, was sie versprechen.

3. Weil Landeshauptmann Gerhard Dörfler und das BZÖ Arbeitsplätze schaffen und den kleinen und mittleren Kärntner Unternehmen statt den Spekulanten in den Banken helfen.

4. Weil SPÖ und ÖVP ein Aufnahmelager für Asylanten in Kärnten errichten und das nur von Landeshauptmann Gerhard Dörfler und dem BZÖ verhindert werden kann.

5. Weil Landeshauptmann Gerhard Dörfler und das BZÖ gegen Kriminalität, Asyl- und Drogenmißbrauch vorgehen und 300 zusätzliche Polizisten nach Kärnten holen.

6. Weil mit Landeshauptmann Gerhard Dörfler und dem BZÖ alle bestehenden

Krankenhäuser erhalten bleiben und die Pflege in Kärnten weiter ausgebaut wird.

7. Weil Bundeskanzler Faymann und die SPÖ nach der Wahl mehr zweisprachige Ortstafeln aufstellen wollen und es nur mit Landeshauptmann Gerhard Dörfler und dem BZÖ keine zusätzlichen zweisprachigen Ortstafeln geben wird.

8. Weil Landeshauptmann Gerhard Dörfler und das BZÖ die kostenlose Meisterprüfung und 1000 Euro Jugendstartgeld für den Führerschein, Bildung, das erste



Foto: SPÖ/Johannes Zinner

Gerhard Dörfler
Landeshauptmann, BZÖ Kärnten

Fahrzeug oder die erste eigene Wohnung einführen.

9. Weil nur mit Landeshauptmann Gerhard Dörfler und dem BZÖ soziale Maßnahmen wie Teuerungsausgleich, Muttergeld, Babygeld, Gratis-Kindergarten, Pendlergeld, Schulstartgeld und erhöhte Wohnbeihilfe auch in Zukunft gibt.

10. Weil mit Landeshauptmann Gerhard Dörfler und dem BZÖ der „Kärnten-Vorteil“ mit kostenlosen Eintritten und günstigeren Preisen kommt und Kärnten energieunabhängig wird.

Der elfte Grund: Weil wir in Kärnten keine große Koalition von SPÖ und ÖVP wollen, Gerhard Dörfler ehrlich und menschlich ist und im Vergleich zu Reinhart Rohr einfach der bessere Landeshauptmann ist!

<http://www.bzoe-kaernten.at/>

Der vom ÖJ zur Verfügung gestellte Raum wurde vom BZÖ nicht ausgenutzt.

Die Redaktion

Landtagswahl in Kärnten am 1. März 2009

Reinhart Rohr, LH-Stellvertreter, SPÖ Kärnten

Arbeit vor Ort, von der die Menschen leben können

Viele Familien in Kärnten müssen sich trotz Beschäftigung spürbar einschränken. Wegen der Teuerung und wegen des unsicheren Arbeitsplatzes. Auch der Druck auf die Beschäftigten ist deutlich gestiegen.

Das darf nicht sein. Wer arbeitet, muß davon auch leben können, ohne jeden Cent drei Mal umdrehen zu müssen und ohne tägliche Angst vor Jobverlust. Kurzum: Die Menschen müssen von guter Arbeit auch gut leben können. Und zwar vor Ort, wo sie daheim sind.

Wir werden dafür sorgen, daß es wirkungsvolle Maßnahmen für neue Arbeitsplätze gibt. Zum Beispiel durch Investitionen in die Infrastruktur oder ein Vorziehen von Bauprojekten in den Gemeinden (Kraftpaket).

Des Weiteren wollen wir die Vereinbarkeit von Beruf und Familie verbessern, indem wir Frauen gezielt fördern. Die SPÖ will außerdem die Stellung Teilzeitbeschäftigter verbessern, vor allem in den Bereichen Weiterbildung und Qualität des Arbeitsplatzes und gemeinsam mit der Wirtschaft Teilzeitjobs zunehmend in Vollzeit-arbeitsverhältnisse umwandeln.

Beste Ausbildung und Jobs für unsere Jugend

Die SPÖ gibt eine Ausbildungsgarantie für alle Jugendlichen bis zum 18. Lebensjahr – wahlweise berufsbildende Schule, Lehrplatz oder überbetriebliche Lehrwerkstätte. Unsere Jugend soll entsprechend ihren Interessen, und individuellen Fähigkeiten gefördert und ausgebildet werden. Lehre mit Matura und das Nachholen von Bildungsabschlüssen sind weitere Schwerpunkte.

Wir wollen eine flächendeckende Kinderbetreuung (Kindergärten, Kinderkrippen und Betriebskindergärten) sowie einen Rechtsanspruch auf einen kostenlosen Kindergartenplatz bei sozialer Bedürftigkeit. Der Ausbau ganztägiger Kinderbetreuung soll die Vereinbarkeit von Beruf und Familie verbessern.

Kleinere Schulklassen, mehr ganztägige Schulformen und vor allem die „Neue Mittelschule“ sind die Grundlagen für die bestmögliche Förderung der Talente unserer Kinder. Qualitativ hochwertige Jobs vor Ort sollen verhindern, daß immer mehr Jugend-

liche in Städte außerhalb Kärntens abwandern müssen. Wir werden dafür sorgen, daß es wirkungsvolle Maßnahmen zur Schaffung derartiger Arbeitsplätze gibt.

Sozial gerechtes, leistbares tägliches Leben und Wohnen

Immer mehr Menschen spüren die Teuerungen vor allem auch bei Lebensmitteln, Heizstoffen und Wohnen und müssen sich empfindlich einschränken. Mittlerweile leben rund 70.000 Personen in unserem Bundesland an der Armutschwelle.



Reinhart Rohr
LH-Stellvertreter, SPÖ Kärnten

Die SPÖ sagt dazu klar und deutlich: Diese Situation ist für ein Land wie Kärnten ebenso unerträglich wie daß sich Bedürftige um Hilfe anstellen müssen. Unter einem Landeshauptmann Reinhart Rohr wird sich garantiert niemand mehr für finanzielle Unterstützung vorführen lassen müssen und kein Anspruchsberechtigter wird weniger Geldleistung als jetzt erhalten, sondern bei Bedarf mehr.

Zur Entlastung wollen wir eine rasche Senkung der Lohn- und Einkommenssteuer, eine Erhöhung der Heiz- und Fahrtkostenzuschüsse sowie einen Gebühren- und Strompreisstopp. Wie im Kärntner Mindestsicherungsgesetz gilt für uns der Grundsatz „Rechtsanspruch statt Almosen“.

Leistbares Wohnen ist für die SPÖ ein Grundrecht. Deshalb wollen wir eine Obergrenze für Mieten in der Höhe von 30 Prozent des Haushaltseinkommens. Die Stärkung des sozialen Wohnbaus sowie die Aufrechterhaltung der Wohnbauförderung und der Gemeinnützigkeit sehen wir als weitere Garantien für erschwinglichen Wohnraum.

Außerdem wollen wir für Jugendliche und Jungfamilien Startwohnungen inklusive einem Wohnstartgeld von 5000 Euro; eine Ausweitung des Begünstigtenkreises für Wohnbeihilfen; die Einbeziehung der Betriebskosten bei der Wohnbeihilfenbemessung, eine Verdoppelung der Mittel für die thermische Sanierung und den Wohnungsneubau; die Streichung der Baukostenbeiträge für Jungfamilien und Alleinerziehende; eine begünstigte Wohnbauförderungsrückzahlaktion für Einfamilienhausbesitzer sowie die Wiedereinführung der Zweckwidmung und Aufstockung der Wohnbauförderungsmittel.

Gesicherte Pensionen und sorgenfreies Altern

Die ältere Generation hat unser Land aufgebaut und sich ein sorgenfreies Altern verdient. Die SPÖ wird deshalb dafür sorgen, daß die Pensionen auch für die Zukunft gesichert und gerecht sind. Wir sind gegen eine Anpassung der Pensionen durch eine herzlose mathematische Formel, sondern wollen daß sich die Pensionserhöhung jeweils am Pensionistenpreisindex orientiert. Eine Anhebung der Mindestpensionen ist dringend notwendig.

Darüber hinaus werden wir alles tun, damit Pflege legal, wohnortnah, leistbar und menschlich ist. Vor allem sind wir es unseren Eltern und Großeltern schuldig, daß sie solange wie möglich daheim bleiben können, falls sie Pflege brauchen, ohne der Familie zur Last zu fallen. Wichtig sind außerdem eine altersgerechte Gesundheitsversorgung, seniorengerechte Wohnmöglichkeiten sowie ein höchstes Maß an Mobilität und Sicherheit.

Hochwertige Gesundheitsversorgung für alle

Kärnten verfügt über eine hochwertige und leistbare Gesundheitsversorgung. Das soll auch so bleiben. Die SPÖ garantiert alle Krankenhausstandorte und die dazu gehörigen Arbeitsplätze. Die Gesundheitsvorsorge soll ausgebaut werden. Eine Zwei-Klassen-Medizin oder die Privatisierung von Spitälern wird es mit uns nicht geben. Denn nur so kann auf Dauer gesichert werden, daß alle Menschen in Kärnten die beste Gesundheitsversorgung erhalten. Ganz gleich, ob sie wenig oder viel verdienen. ■

<http://www.karnten.spo.at>

Landtagswahl in Kärnten am 1. März 2009

Josef Martinz, Wirtschaftslandesrat, ÖVP Kärnten

Besser wirtschaften – diesmal ÖVP!

Die ÖVP Kärnten setzt auf einen kurzen und intensiven Wahlkampf, der von Sachthemen und nicht etwa von persönlichen Untergriffen dominiert werden soll. Die ÖVP Kärnten hat das Thema, das die Menschen zur Zeit am meisten beschäftigt zu ihrem Hauptwahlkampfthema gemacht: Es geht jetzt ganz klar darum, der Wirtschaftskrise die Stirn zu bieten. Der ÖVP wird hier eindeutig die nötige Wirtschaftskompetenz zugeschrieben und zugetraut, besser für Kärnten zu wirtschaften. Denn besser wirtschaften für Kärnten hat jetzt oberste Priorität und Josef Martinz und die ÖVP Kärnten verstehen etwas vom Wirtschaften.

Nur wer gut wirtschaftet, schafft Arbeitsplätze und Einkommen

Betriebe stärken bedeutet Arbeitsplätze sichern. Wer Arbeitsplätze sichert, schafft Einkommen. Einkommen schaffen bedeutet mehr Geld in den Taschen der Menschen. Mehr Geld in der Tasche bedeutet mehr Konsum und mehr Konsum stärkt die Betriebe und sichert Arbeitsplätze.

Nur wer gut wirtschaftet, kann Familien fördern

Der Gratis-Kindergarten wurde bereits von Landesrat Josef Martinz erfolgreich umgesetzt. Die gesellschaftlich unverzichtbaren Leistungen unserer Mütter sollen auch als Beruf angesehen werden. Anstatt wie bisher von verschiedenen Stellen ausbezahlte Förderungen, soll es künftig unbürokratisch 1.000 Euro Mindesteinkommen für unsere Mütter geben.

Nur wer gut wirtschaftet, kann Senioren fördern

In Kärnten leben derzeit 135.000 Menschen über 60 Jahre, 2050 werden es 195.000 sein. Sie haben unsere Hochachtung verdient, weil sie in einem entbehrungsreichen Leben die Basis für unsere Gegenwart gelegt haben. Josef Martinz setzt sich für den Neubau von seniorengerechten Wohnungen, sowie die Sanierung und Adaptierung bestehender Wohnungen ein. Ebenso für die Freifahrt für alle Pensionistinnen und Pensionisten in öffentlichen Verkehrsmitteln und für mehr Sicherheit und Schutz vor Verbrechen. Alt werden daheim ermöglichen, das bedeutet aber auch, Pflege daheim ermöglichen.

Nur wer gut wirtschaftet, kann Jugend fördern

Josef Martinz und die ÖVP Kärnten sind ein junges Team und lassen die Jugend zu Wort kommen. Die ÖVP hat mit Stephan Tauschitz den jüngsten Abgeordneten im Kärntner Landtag. Josef Martinz will die Jugendlichen nicht mit Einmalzahlungen abspesen oder mit billigen Wahlgeschenken ködern. Er nimmt die Anliegen und Bedürfnisse der Jugend ernst und setzt sich für nachhaltige und zukunftsorientierte Lösungen ein. Denn die Politik darf keine Schulden zu Lasten der Jugend machen.



Foto: SPÖ/Johannes Zinner

Josef Martinz
Wirtschaftslandesrat, ÖVP Kärnten

Nur wer gut wirtschaftet, kann in Gemeinden und Täler investieren

Der ländliche Raum ist ein wesentlicher Bestandteil unserer Gesellschaft – 90 Prozent der Kärntner Fläche werden dazu gezählt, zwei Drittel der Kärntner Bevölkerung leben auf dem Land. Josef Martinz und die ÖVP Kärnten wissen, daß daher eine Chancengerechtigkeit zwischen Stadt und Land gewährleistet werden muß.

Mit Sachverstand, Hausverstand und Anstand für Kärnten arbeiten

Was Kärnten in dieser schwierigen Zeit braucht, ist ein kühler Kopf und eine starke Hand. Beides hat die ÖVP Kärnten anzubieten. Wir stellen uns den Aufgaben und handeln dort, wo rasche Hilfe gefordert ist. Angesichts der Finanz- und Wirtschaftskrise machen sich viele Menschen Sorgen über die Zukunft. Bei der Kärntner Volkspartei können Sie sich darauf verlassen, daß wir mit Sachverstand, mit Hausverstand und –

das ist vielleicht am wichtigsten – mit Anstand für Sie arbeiten werden.

Drei Fragen – eine Antwort:

1. Wer kontrolliert Orange? Die ÖVP Kärnten und Landesrat Josef Martinz!

Wir verstehen uns nicht als Frontalopposition, sondern als konstruktive Kraft der Kontrolle. In Kärnten hat Kontrolle einen Namen: Stephan Tauschitz. Er und die ÖVP Kärnten haben zahlreiche Skandale in Kärnten aufgedeckt: Kärnten Werbung, Styrian Spirit, Wörtherseebühne oder die Geld-Verschwendungen im Kärnten Dorf in Banda Aceh.

2. Wer verhindert zu viel Rot? Die ÖVP Kärnten und Landesrat Josef Martinz!

Wir haben die Zeit der absoluten Regierung noch schlimmer in Erinnerung. Die Arroganz der Macht und Parteibuchwirtschaft stand an der Tagesordnung. Rote Gießkübel-Konzepte wie die Mindestsicherung lehnen wir ab. Derjenige, der nicht arbeitet, darf nicht besser gestellt werden, als derjenige, der jeden Tag fleißig arbeitet.

3. Wer versteht etwas vom Wirtschaften für unser Land? Die ÖVP Kärnten und Landesrat Josef Martinz!

Die Menschen in Kärnten brauchen in diesen schwierigen Zeiten einen verlässlichen Partner. Die ÖVP Kärnten mit Wirtschaftslandesrat Dr. Josef Martinz ist ein verlässlicher Partner. Wir stehen für Stabilität und Kontinuität.

Josef Martinz persönlich

Josef Martinz, Absolvent der Wirtschaftsuniversität Wien, lebt mit seiner Frau Sabine und seinen beiden Söhnen Hannes und Christof als erfolgreicher Unternehmer in Ossiach.

Nach 7 Jahren als Bürgermeister ist er seit 2004 Landesparteiobermann der ÖVP Kärnten und als Landesrat in der Regierung. Privat engagiert sich Josef Martinz bei der Freiwilligen Feuerwehr, dem Sportverein Ossiach, dem Rotary Club Villach und dem Kameradschaftsbund. ■

<http://www.oevpkaernten.at/>

Landtagswahl in Kärnten am 1. März 2009

Mario Canori, Spitzenkandidat, FPÖ Kärnten

Am 1. März wählt Kärnten einen neuen Landtag für die nächsten 5 Jahre. Nach dem tragischen Unfalltod von Landeshauptmann Jörg Haider steht das südlichste Bundesland vor großen Herausforderungen. Landeshauptmann Dörfler, der das politische Erbe Haiders antrat, hat schnell gezeigt, daß ihm die Schuhe für das wichtigste Kärntner Amt viel zu groß sind.

Die Freiheitliche Partei Österreichs stellt mit Mario Canori als Landeshauptmannkandidat den einzigen Herausforderer, der mit seiner beruflichen Erfahrung, mit seiner Persönlichkeit und seinem Programm die wichtige Aufgabe als Landeshauptmann voll erfüllen kann. Kärnten kann mehr! Und Kärnten hat auch etwas Besseres verdient, als eine orangene Landesregierung, die mit den wirtschaftlichen Herausforderungen unserer Zeit völlig überfordert ist. Alleine die unglaubliche Geldvernichtungsaktion beim LKH Klagenfurt, die massive Mißwirtschaft bei der damals noch im Landeseigentum stehenden Hypo-Bank zeigen, daß die derzeitige Landesregierung völlig ungeeignet ist, Kärnten aus seiner derzeitigen Schlussposition im Österreichvergleich wegzuführen.

Die FPÖ tritt in Kärnten mit Mario Canori, der als Präsident des FC-Kärnten österreichweit für Furore gesorgt hat, zur Wahl um den Landeshauptmann an und hat den Wahlkampf auf die wirtschaftlichen Herausforderungen unserer Tage aufgebaut.

Arbeit schaffen – Arbeitsplatzprämie

Kärnten leidet massiv unter der Arbeitslosigkeit. Alleine im Vergleichszeitraum Jänner ist in Kärnten die Arbeitslosigkeit um 21,7 Prozent gestiegen. Die FPÖ will eine Arbeitsplatzprämie. Betriebe, die neue Arbeitsplätze schaffen, sollen für 18 Monate bis zu 20 Prozent des Bruttolohnes erhalten.

Wirtschaft stärken – Geld für

Direktförderungen statt für Banken Die finanzielle Absicherung der Banken im Zuge der Wirtschaftskrise war wichtig und richtig. Aber Steuergeld soll statt nur zu den Banken auch über die Fördertöpfe des Landes direkt in die Betriebe fließen. Für Ganzjahrestourismus, Infrastrukturausbau, erneuerbare Energien etc.

Armut bekämpfen – Am Weg zum Elterngeld

Bestehende Familienleistungen sollen zum Elterngeld nur für Staatsbürger ausgebaut werden. Wir wollen Kärnten als Modelland wie beim Kinderbetreuungsgeld ausbauen. Gerade die Familien brauchen in Zeiten der Krise unseren besonderen Schutz!



Foto: FPÖ Kärnten

Mario Canori
Spitzenkandidat, FPÖ Kärnten

Leistbares Wohnen – Das »Kärntenhaus«

Für leistbaren Wohnraum wollen wir u.a. das »Kärntenhaus«, gebaut von Kärntner Unternehmen für Kärntner Familien. Max. 200 Euro/mtl. pro Wohneinheit für den Mieter soll durch innovative Herstellungsverfahren gewährleistet werden.

S37-Vollausbau verhindern – Verkehrssicherheit erhöhen

Alleine die Diskussion rund um den vom BZÖ geplanten Vollausbau der S37 zeigt, daß der Landeshauptmannpartei die Wünsche, Sorgen und Anliegen der Kärntnerinnen und Kärntner völlig egal sind. Dieses Straßenbauprojekt würde aus der S37 de facto eine Autobahn machen, massives Verkehrsaufkommen für die Anrainer mit sich bringen, den Schwerverkehr in die Region bringen und damit auch die Umweltbelastung massiv steigern. Daher sagt die FPÖ klar und deutlich »Nein« zu diesem völlig sinnlosen Projekt.

Kosten des Landeskrankenhauses

Die Kosten des »LKH neu« explodieren

derzeit völlig. Die Kosten stehen jedoch in keinem Verhältnis zu den Kapazitäten, die viel zu gering bemessen sind. Durch die Kostenexplosion drohen jetzt massive Einsparungen für andere Spitäler in Kärnten, sodaß für die Patienten auch Wartelisten drohen.

Keine Ortstafelentscheidung aus Wien – Kärnten hat Pflicht übererfüllt

SPÖ und ÖVP wollen Kärnten mit zusätzlichen zweisprachigen Ortstafeln überumpeln. Mit uns gibt es keine einzige Tafel mehr. Bevor den Kärntnerinnen und Kärntnern aus Wien neue Ortstafeln »aufs Auge gedrückt werden«, wollen wir eine Minderheitenfeststellung.

Nein zum Asylzentrum in Kärnten – keine Zustände wie in Traiskirchen

SPÖ und ÖVP wollen ein Asylzentrum in Kärnten. D.h. es wird mehr Kriminalität und weniger Sicherheit für die Einheimischen geben. Mit der FPÖ gibt es kein Asylzentrum, dafür mehr Polizei für die Sicherheit der Kärntnerinnen und Kärntner.

<http://www.fpo.at/index.php?id=3751>

Der vom ÖJ zur Verfügung gestellte Raum wurde von der FPÖ nicht ausgenutzt.

Die Redaktion

Landtagswahl in Kärnten am 1. März 2009

Rolf Holub, Spitzenkandidat, GRÜNE Kärnten

Nur wenn es den Menschen gutgeht, geht es auch der Wirtschaft gut

In Zeiten von Wirtschafts- und Finanzkrise ist in Kärnten eine große Unsicherheit zu spüren. Wegen der schlechten Wirtschaftslage steigt die Zahl der armutsgefährdeten Menschen ebenso an wie die Arbeitslosenzahl. Diese Umstände lassen viele Menschen skeptisch in die Zukunft schauen. Rolf Holub, Spitzenkandidat der Grünen Kärnten, setzt sich für gezielte Investitionen zur Entlastung der Haushaltskassen der Menschen sowie Investitionen in neue Arbeitsplätze ein. „Nur wenn es den Menschen gut geht, geht es auch der Wirtschaft gut.“

Bevölkerung muß entlastet werden

Daher muß die Kärntner Bevölkerung massiv entlastet werden. Nicht durch Einmalzahlungen, sondern durch eine Entlastung in den Bereichen soziales Wohnen, Heizen, Gesundheit, Kinderbetreuung, Mobilität, Pflege und vieles mehr“, so Rolf Holub. Die Grünen sprechen sich daher für eine Mindestsicherung aus.

Die Grünen fordern einen bundesweiten Mindestlohn

Die Zahl der armutsgefährdeten KärntnerInnen ist mittlerweile auf über 91.000 angestiegen. Aufgrund von atypischen Arbeitsverhältnissen wie schlechte Bezahlung und unsichere Arbeit sind immer mehr berufstätige Menschen von akuter Armut betroffen. „Wir fordern einen bundesweiten Mindestlohn von mindestens 7,25 Euro pro Stunde“, erklärt Holub. „Niemand soll unter dem Existenzminimum von derzeit ca. 900 Euro pro Monat leben müssen“, so der Landessprecher der Grünen. Die Mindestsicherung fördert den Konsum und kurbelt die Wirtschaft an. Arbeitsplätze werden gesichert und geschaffen.

Investition in Bildung gegen die steigende Armut

Eine andere Maßnahme gegen die steigende Armut ist für die Grünen eine Investition in Bildung. Bildung ist nicht nur ein zentraler Schlüssel gegen Armut sondern dient den Menschen als Grundlage für ein selbstbestimmtes Leben und ist für eine positive Entwicklung unserer Gesellschaft notwendig. Die Grünen machen sich für die Gesamtschule der 6- bis 15jährigen stark. Mit einer gemeinsamen Schule sollen Chan-

cengleichheit und Vielfalt gefördert werden. Zwei- und Mehrsprachigkeit ist eine große Chance. Überhaupt ist die Förderung der Jugendlichen für die Grünen sehr wichtig. Vielen Jugendlichen fehlt es heute an Perspektiven. Daher sind spezielle Beratungsangebote wichtig. Die Grünen stehen für ausreichende Bildungs- und Beratungsangebote und sehen in der Schaffung von Ausbildungsplätzen für jeden Jugendlichen die Sicherung der Zukunftschancen. Rolf Holub kritisiert nicht nur die fehlenden Ausbildungsplätze, sondern auch mangelnde Jugendzentren.



Foto: GRÜNE Kärnten

Rolf Holub
Spitzenkandidat, GRÜNE Kärnten

Mangelnde Jugendzentren mit Sport- und Kreativangeboten

„Eine selbständige, nichtkommerzielle Jugendkultur kann sich nur entwickeln, wenn genügend Freiräume geschaffen werden. Wir brauchen mehr kostenlose Sport- und Kreativangebote, an denen Jugendliche teilnehmen können. Wir müssen den Jugendlichen ihre Zukunftsängste nehmen, indem wir sie sozial absichern. Und wir müssen die Initiativen für eine freie Jugendkultur massiv fördern“, erklärt Rolf Holub.

Stärkung der Frau

Neben der Förderung von Jugendlichen nimmt auch die Stärkung der Frau einen hohen Stellenwert ein. „Die Forderung aus dem Frauenvolksbegehren von 1997, bei der unter anderem gleicher Lohn für gleiche Arbeit gefordert wurde, ist noch immer nicht umgesetzt“, kritisiert Holub. Die Grünen fordern ein bundeseinheitliches Mindestlohngesetz, das Frauen ein existenzsicherndes Einkommen sichert. Außerdem müssen

flexible, flächendeckende Kinderbetreuungseinrichtungen für alle Altersstufen, Betriebskindergärten und flexible Öffnungszeiten von öffentlichen und privaten Kindergärten geschaffen werden. Diese Maßnahmen sind wesentliche Voraussetzungen für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie und eine Entlastung für AlleinerzieherInnen.

Ziel ist auch Energie-Autarkie Kärntens bis zum Jahr 2020

Ein weiteres Ziel der Grünen ist die Realisierung der Energieautarkie Kärntens bis 2020. Derzeit beruht die Energieversorgung Kärntens nach wie vor zu zwei Drittel auf fossilen Energieträgern wie Erdöl, Erdgas und Kohle. Da diese zu 100 Prozent importiert werden müssen, fließen 800 Millionen Euro jährlich ins Ausland. „Für die Grünen steht fest: Es ist höchste Zeit für eine Energiewende. Die notwendigen Investitionen schaffen Tausende neue Arbeitsplätze, beleben die Konjunktur und schützen das Klima“, betont Rolf Holub.

Investitionen in den öffentlichen Verkehr

Ein wichtiger Punkt ist die Investition in den öffentlichen Verkehr. Die Grünen fordern die Einführung eines Nulltarifs bei öffentlichen Verkehrsmitteln für Kinder, Lehrlinge, SchülerInnen und PendlerInnen sowie den Ausbau des öffentlichen Verkehrsnetzes. Dazu zählten neben der Erhaltung und Reaktivierung von Nebenbahnen auch die flächendeckende Erschließung in die Täler und ländlichen Regionen. Zusätzlich soll es eine Förderung für jene Betriebe geben, die die Nutzung von öffentlichen Verkehrsmitteln fördern.

Stopp des Ausbauprojektes S 37 zur Transitstrecke

„Ich fordere auch einen sofortigen Stopp des Ausbauprojektes S 37 zur Transitstrecke, denn Kärnten darf kein Transitland werden“, so Holub. Mittlerweile haben sich schon viele Bürgerinitiativen gegründet, um den Ausbau der S 37 zu verhindern. „Wir haben uns einiges vorgenommen, viele neue Ideen, wie wir Kärnten attraktiver und lebenswerter gestalten können. Wir brauchen eine Alternative zur Wirtschafts- und Finanzkrise, eine Grüne Alternative“, so der Spitzenkandidat Rolf Holub. ■

<http://www.gruene.at/bundeslaender/kaernten/>

Landtagswahl in Salzburg am 1. März 2009

Gabi Burgstaller, Landeshauptfrau, SPÖ Salzburg

Am 1. März 2009 finden im Bundesland Salzburg drei Wahlgänge statt. Der Salzburger Landtag sowie die Bürgermeister als auch die Gemeindevertretungen in den 119 Salzburger Gemeinden werden an diesem Super-Wahlsonntag neu bestellt. Die Salzburger SPÖ startet als klare Nummer Eins in die kommende Wahlbewegung. Denn gerade in schwierigen Zeiten brauchen die Menschen Stabilität und Zuverlässigkeit.

Die Salzburger SPÖ wird die Wahlentscheidung weiterhin auf folgende Frage zuspitzen: Will Salzburg mit Gabi Burgstaller und der SPÖ weiter vorwärts gehen oder will Salzburg mit Haslauer und den Konservativen zurück in die Zeit vor 2004?

Die Salzburger SPÖ hat in den vergangenen Jahren als führende Kraft im Land nicht nur für ausgewogene, stabile Finanzen gesorgt, sondern darüber hinaus auch politische Schwerpunkte gesetzt. Nach dem Prinzip „Ermöglichen statt Verhindern“ hat die Salzburger SPÖ daran gearbeitet, die besten Voraussetzungen für neue Unternehmen im ganzen Land zu schaffen.

Mehr für Gesundheit und Soziales: Die sozialdemokratisch geführte Landesregierung setzte einen besonderen Investitionsschwerpunkt in Gesundheit und Soziales. Seit 2003 investiert Salzburg um 50% (2008: 183 Mio. Euro) mehr in die Gesundheit seiner Bürger. Für die soziale Absicherung gibt Salzburg jährlich 242 Mio. Euro aus. Das entspricht einer Steigerung von fast 70 Mio. Euro bzw. 40% seit 2003.

Mehr Wohnungen, weniger Zinsen: Jedes Jahr wurden seit 2003 1.500 neue Wohnungen gebaut. 2003 waren es deutlich weniger, nämlich 1000 pro Jahr. Der Zinssatz der geförderten Darlehen für neu errichtete Wohnungen im Eigentum konnte durch den Wohnbauförderungsfonds nachdrücklich gesenkt werden, nämlich von 4,8% auf 2,0%.

Ausbau der Kinderbetreuung: Seit 2003 wurden 3.000 neue Betreuungsplätze geschaffen (+16%). Salzburg verfügt heute dadurch über fast 22.000 Kinderbetreuungsplätze. Insbesondere gesteigert werden konnten: Plätze in altersgemischten Gruppen (+70%), ganztägige Schulformen (+140%) und Tagesmütter (+17%).

Kleinere Schulklassen: Die Senkung der Klassenschüler-Höchstzahl ist voll im Gange. Durchgängig durch alle Schultypen sind weniger Schüler in den Klassen. Volksschulen: -7,2%, Hauptschulen: -6%

Der Bildungsgrad der Salzburger steigt: Seit 2003 gibt es 5% mehr Maturanten, 16% mehr Studenten an der Universität Salzburg und mehr als 40% zusätzliche Studenten an der Fachhochschule Salzburg.

Deutliche Steigerung der Ausgaben des Landes für Kultur: Waren es 2003 38 Mio. Euro, sind es 2008 45 Mio. Euro (+ 17%). Die Besucher in den Salzburger Museen haben sich in diesem Zeitraum mehr als verdoppelt.

Weniger Schulden: Trotz der massiven Investitionen des Landes in die Lebensqualität seiner Bürger konnte durch umsichtiges



Foto: SPÖ Salzburg

Gabi Burgstaller
Landeshauptfrau, SPÖ Salzburg

Wirtschaften der Schuldenstand des Landes spürbar gesenkt werden. Betrug dieser 2003 noch 28% (in Prozent des Haushaltes) sind es 2008 22%.

Salzburg auch hat auf die aktuell schwierige Wirtschaftslage rasch reagiert und ein umfassendes Investitionspaket geschnürt, mit dem Ziel Wachstum zu fördern und Arbeitsplätze zu sichern.

Rekord-Investitionspaket für Salzburg

„Wir müssen jetzt alles tun, um die heimische Wirtschaft zu stärken und damit Wachstum zu sichern sowie Arbeitsplätze zu erhalten. Wir haben in den letzten, wirtschaftlich guten Jahren solide gewirtschaftet. Das Geld für das Paket ist vorhanden, wir müssen dafür keine Schulden machen“, betont LH-Stv. David Brenner.

Bildungsoffensive

51 Mio. Euro sollen ab 2009 jährlich in Salzburgs Schulen investiert werden. Die Technikausbildung soll forciert werden.

Einer der Schlüssel für die Sicherung der 51 Mio. Euro ist das Schulbauprogramm für die Pflichtschulen. Es wurde mittlerweile von der Landesregierung einstimmig beschlossen. Bei den technischen Schulen konnte bereits der Neubau der HTL Saalfelden eröffnet werden, weitere Projekte sind ebenfalls in Umsetzung.

»Schlechte-Zeiten-Schutz«

Auf Initiative von Landesrätin Erika Scharer wird für die Arbeitsmarktpolitik ein „Schlechte-Zeiten-Schutz“ eingeführt. Das bedeutet eine Garantie, daß bei steigender Arbeitslosigkeit genug Geld für Qualifizierungsmaßnahmen der Arbeitssuchenden zur Verfügung steht. Der entsprechende Beschluß wurde von der Landesregierung bereits gefaßt. Für jedes Prozent Arbeitslosigkeit steht nun rund 1 Mio. Euro mehr für aktive Arbeitsmarktpolitik zur Verfügung.

Vorgezogene öffentliche Investitionen, der „Schlechte-Zeiten-Schutz“, Verbesserungen bei der Wirtschaftsförderung und beschleunigte Verfahren für neue Projekte sind Bestandteile eines umfangreichen „Salzburg-Pakets für Wachstum und Arbeit“. Diese Maßnahmen sorgen für die richtigen Rahmenbedingungen, um die Wirtschaftskrise in Salzburg nach besten Kräften zu entschärfen.

304 Millionen Euro investieren Land, Gemeinden und Private in den kommenden Jahren in die Salzburger Gesundheitsversorgung. Damit werden durch Bau- und Renovierungsmaßnahmen 2700 Arbeitsplätze im Bau- und Baunebengewerbe gesichert, wie Berechnungen des WIFO belegt haben.

Aktuelle Umfragen zeigen einen soliden Vorsprung der SPÖ vor den Konservativen. „Bei allem Optimismus und aller Zuversicht für die kommende Landtagswahl dürfen wir uns jedoch nicht zurücklehnen“, betont LHF Gabi Burgstaller. Die Wahl ist sicherlich noch nicht gelaufen, es gibt noch sehr viel Bewegung in der Wählerschaft. „Wir müssen daher täglich die Wählerinnen und Wähler von unserer guten und konstruktiven Arbeit für das Land Salzburg überzeugen. Wenn die SPÖ bei der Landtagswahl 2009 wieder erster wird, streben wir eine Koalition mit dem Zweitplatzierten an. Wir erwarten uns, daß die ÖVP reformbereiter als zuletzt sein wird, damit wir zu einem guten Arbeitspaket bis 2014 kommen“, so Burgstaller. ■

<http://salzburg.spoe.at>

Landtagswahl in Salzburg am 1. März 2009

Wilfried Haslauer, LH-Stellvertreter, ÖVP Salzburg

Das Team, das mehr bewegt - getreu diesem Motto setzen Landeshauptmann-Stv. Wilfried Haslauer, Landesrätin Doraja Eberle und Landesrat Sepp Eisl und die ÖVP in ihrem Wahlprogramm auf eine umfangreiche Auswahl an Themen: Neben dem Schwerpunkt Wirtschaft, dem Kampf um jeden Arbeitsplatz sowie Sicherheit, Gerechtigkeit und Familienpolitik sind der Schutz des Eigentums wie auch bessere Rahmenbedingungen bei Pflege und Betreuung seine Eckpfeiler.

Für größtmögliche Entlastung

Der Einsatz der ÖVP in der Familienpolitik gilt der größtmöglichen Entlastung der Familien. Ziel sind Rahmenbedingungen, die es Müttern und Vätern ermöglichen, „Ja“ zur Familie zu sagen. Die ÖVP Salzburg setzt alles daran, Salzburg noch familienfreundlicher zu machen. Besonders wichtig ist der ÖVP Salzburg die Bekundung eines kinder- und familienfreundlichen Salzburgs. Dazu gehören die Wertschätzung und Anerkennung der Familien und ihrer Leistung für die Gesellschaft, höchstmögliche Entlastung bei den Elternbeiträgen für alle Kinder in Betreuung, aber auch Unterstützungen für Kinder in Eigenbetreuung. Forderungen der ÖVP, die Salzburg familienfreundlicher machen, sind: Die Förderung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf, die Unterstützung von familienfreundlichen Betrieben, die Verbesserung des Kinderbetreuungsangebotes zur optimalen Abdeckung des regionalen Bedarfs, der Kündigungsschutz für die gesamte Dauer des Bezugs der Kinderbetreuungsgelder und die Förderung von leistbarem Wohnen für Familien.

Arbeitsplätze und Wirtschaftsstandort

Arbeit zu haben bedeutet Einkommen, soziale Sicherheit und Unabhängigkeit. Bestehende Arbeitsplätze zu sichern und neue zu schaffen, bleibt daher oberstes Ziel der ÖVP Salzburg. Dabei kämpft die ÖVP Salzburg für neue Chancen und mehr Optionen im Land und tritt für die nachhaltige Entlastung der unselbstständig Erwerbstätigen im Zuge einer Steuerreform ein. Die Stärkung der Innovationskraft der Salzburger Wirtschaft ist eine der wirtschaftspolitischen Schwerpunkte der ÖVP Salzburg. Dazu zählen die tatkräftige Unterstützung betrieblicher Forschungsaktivitäten sowie der leichtere Zugang zu Forschungseinrichtungen.

Neben Forschung und Entwicklung sind Aus- und Weiterbildung sowie der Qualität der Infrastruktur wichtige Anliegen der Wirtschaftspolitik der ÖVP.

Miteinander für Leistung und Eigentum

Das klare Bekenntnis der ÖVP gilt der Sicherung des Eigentums. Wer sich durch fleißige Arbeit Eigentum erwirbt, darf nicht steuerlicher Willkür ausgesetzt sein oder gar der Gefahr, sein Eigentum wieder zu verlieren. Für die ÖVP Salzburg gilt nach wie vor der Grundsatz, daß jene Menschen, die sich in einem harten Arbeitsleben einen gewissen



Wilfried Haslauer
LH-Stellvertreter, ÖVP Salzburg

Lebensstandard erwirtschaftet haben und die ihren Beitrag zur Solidargemeinschaft durch ihre Steuern und Abgaben geleistet haben, nicht bestraft werden dürfen, wenn sie im Alter Pflege und Betreuung benötigen. Die ÖVP Salzburg bekennt sich dazu, dass die eigenen vier Wände, das eigene Haus, die eigene Wohnung in der Familie weitergegeben und vererbt werden können. In Salzburg ist das derzeit im Falle von Pflege in einem Heim nicht der Fall. Wir wollen diese Ungerechtigkeit beseitigen!

Die ÖVP Salzburg möchte Wohnen leistbar machen und den Erwerb von Eigentum für viele ermöglichen. Daher sprechen wir uns klar gegen neue Steuern und zusätzliche Abgaben in diesem Bereich aus. Die ÖVP hat daher die Einführung einer „Hausbauersteuer“ und die Ermöglichung von Zwangswidmungen verhindert. Besonders wichtig ist uns die Ermöglichung des leistbaren Wohnens für viele Salzburgerinnen und Salzburger sowie das Verhindern des Ausverkaufs unserer Heimat.

Sorgenfreies Altern, gesicherte Pflege

Der ÖVP ist es wichtig, daß die ältere Generation in Würde leben kann. In der Betreuung und Pflege hilfsbedürftiger älterer Menschen muß dem Wunsch, möglichst lange in den eigenen vier Wänden betreut zu werden, Rechnung getragen werden. Die häusliche Pflege erfordert einen Ausbau mobiler Strukturen sowie eine Entlastung und Unterstützung pflegender Angehöriger. Aus diesem Grund setzt sich die ÖVP für den Wegfall des Vermögensregresses bei Pflege und Heimaufenthalt ein. Gerade älteren Menschen ein selbstbestimmtes Leben zu ermöglichen und ihnen die notwendige Unterstützung zukommen zu lassen, sind langfristige Ziele. Die ÖVP tritt für eine jährliche Erhöhung des Pflegegeldes, dem weiteren Ausbau des betreuten Wohnens und die sozial- und pensionsrechtliche Absicherung für pflegende Angehörige ein.

Für mehr Sicherheit in unserem Land

Ein Land ist lebenswert, wenn es sicher ist. Daher kämpft die ÖVP für mehr Polizei auf der Straße und null Toleranz bei Drogen und Gewalttätigen. Für die ÖVP zählt es zu den dringlichsten Aufgaben, jene Rahmenbedingungen zu schaffen, die eine größtmögliche Sicherheit für den Einzelnen gewährleisten. Die ÖVP Salzburg setzt ein klares Bekenntnis für eine gut ausgerüstete, wertgeschätzte und motivierte Polizei sowie alle Blaulichtorganisationen, von den Feuerwehren bis hin zu den Rettungsorganisationen. Die ÖVP Salzburg bekennt sich zum strikten Vorgehen gegen Gewalt und einer harten Linie gegenüber Drogenmissbrauch und Prostitution. Die ÖVP fordert den Ausbau der Ausbildungsmöglichkeiten der Polizei und eine Aufstockung des Personalstandes.

Mit Leidenschaft für Salzburg

Salzburg muß seine Spitzenstellung im Bundesländervergleich wieder erlangen. Dazu braucht es eine Politik mit Handschlagqualität und mit Weitblick. Oft wäre es bequemer, sich alleine auf das Verbreiten von guten Nachrichten oder Wohlbefinden zu beschränken. Diesen Weg lehnen wir ab, weil es kommenden Generationen gegenüber unfair ist, brennende Themen nicht anzugreifen. Das Schielen auf Umfragen und auf Wählergunst, nützt nicht dem Land und schon gar nicht den Salzburgerinnen und Salzburgern.

<http://www.oevp-sbg.at/>

Landtagswahl in Salzburg am 1. März 2009

Karl Schnell, Spitzenkandidat, FPÖ Salzburg

**Heimatland in Heimathand
als Wahlkampfmotto**

„Heimatland in Heimathand“ ist das Hauptthema der FPÖ. Unter dieses Motto würden sich viele Themen subsumieren lassen wie die Wirtschaftskrise, Zuwanderungsstopp, die Asylproblematik, aber auch die Sicherung des Mittelstandes, stellt FPÖ-Landesparteiobmann Karl Schnell fest. Neben diesen Themen würden auch das Altern in Würde, die Perspektiven für die Jugend, die Einkommensentwicklung und das Gesundheitswesen in den Mittelpunkt des FPÖ-Wahlkampfes rücken, so Schnell. Aber auch auf die Kontrolle, Sozialleistungen und Bekämpfung der Kriminalität werde nicht vergessen. „Wer in unser Land kommt, hat unsere Sitten und Bräuche zu respektieren und die deutsche Sprache zu erlernen.“ In manchen Wohnhäusern höre man Deutsch überhaupt nicht mehr. SPÖ und ÖVP würden vor dieser dramatischen Entwicklung die Augen verschließen. In der Landeshauptstadt gebe es bereits Volksschulen mit einem 80prozentigen Anteil mit Kindern, die Deutsch nicht als Muttersprache hätten. Damit dies alles nicht noch mehr ausufere, verlangt die FPÖ einen Zuwanderungsstopp für mindestens fünf Jahre. Ferner verlangt wird der Schutz für die einheimische Bevölkerung und ein gerechtes Asylsystem, in dem jene Schutz finden, die wirklich verfolgt werden. Straffällig gewordene Asylwerber müssten aber sofort abgeschoben werden, so Schnell. Die FPÖ sehe sich klar als Kontrollpartei. Ohne eine starke Kontrolle könnten SPÖ und ÖVP schalten und walten. Vieles würde unter den Teppich gekehrt und der Öffentlichkeit verschwiegen werden. „Nie an die Öffentlichkeit gekommen wären auch die zweifelhaften Geldflüsse und die sinnlosen Repräsentationskosten für die beiden Olympiabewerbungen, die fast 20 Millionen Euro verschlungen hatten. Die Öffentlichkeit hätte auch nie vom sündteuren Umbau des Büros der Landeshauptfrau erfahren und die FPÖ hatte den Landesrechnungshof beauftragt, die Vorgänge um den ‚Blue-Dom-Konkurs‘ zu prüfen. Ohne die FPÖ hätten Skandale wie bei der BAWAG, beim Atomic-Konkurs oder der WEB nie zu Konsequenzen geführt“, so Schnell.

Eltern und Großeltern hätten jahrzehntelang gearbeitet, um unser Land aufzubauen und viele Entbehrungen auf sich genommen. „SPÖ und ÖVP speisen diese Menschen oft

mit einer Pension ab, die nicht einmal ein bescheidenes Leben ermöglicht. Während Staatsbetriebe Millionen verspekulieren und für Asylwerber immer genügend Geld zur Verfügung steht, werden unsere älteren Mitmenschen geradezu beschämend behandelt“, so Schnell. Die FPÖ trete für eine Solidarität zwischen Jung und Alt ein und verlange einen gesicherten Lebensabend für unsere ältere Generation. Um dieses Ziel zu erreichen, verlange die FPÖ eine gerechte Anpassung insbesondere bei kleinen und mittleren Pensionen, eine jährliche Anpassung des Pflegegeldes sowie eine umfassende Förde-



Karl Schnell
Spitzenkandidat, FPÖ Salzburg

rung der 24-Stunden-Betreuung und der Pflege zu Hause und die volle Anrechnung der Kindererziehungszeiten. Unverschämte Spekulanten hätten aus blanker Profitgier die Welt in eine Wirtschaftskrise gestürzt. Die österreichischen Banken hätten sich daran beteiligt. „Nun muß der Staat und damit der Steuerzahler einspringen, damit die Ersparnisse der ehrlichen Sparer nicht verloren gehen. SPÖ und ÖVP decken diese Bankmanager und ziehen diese nicht zur Verantwortung“, sagt Schnell. Die FPÖ stehe auf der Seite der kleinen Sparer und verlange, daß die Bankmanager persönlich zur Verantwortung gezogen werden müßten, eine strengere Kontrolle der Spitzengehälter in den Vorstandsetagen und ein Spekulationsverbot für öffentliche Gelder. Im Jahr 2006 wurde in Salzburg gegen 490 Asylwerber wegen einer strafbaren Handlung ermittelt. „2007 waren es bereits 581 Asylwerber und die Tendenz ist steigend. Angesichts einer Gesamtzahl von rund 1300 Asylwerbern in Salzburg eine erschreckende Zahl. Tag für

Tag treiben organisierte Banden unter dem Deckmantel des Asyls in Salzburg ihr Unwesen“, so Schnell. SPÖ und ÖVP würden diese Tatsache einfach zur Kenntnis nehmen, während die Angst unter den Menschen immer größer würde. „Die FPÖ verlangt daher den Schutz für die einheimische Bevölkerung und ein gerechtes Asylsystem, in dem jene Schutz finden, die wirklich verfolgt werden. Straffällig gewordene Asylwerber müssen aber sofort abgeschoben werden, in Wohngebieten dürfen keine Heime für Asylwerber errichtet werden und Personen, die aus einem sicheren Drittstaat kommen, darf kein Asyl gewährt werden“, fordert der FPÖ-Landeschef. Unsere Jugend verdiene höchste Aufmerksamkeit. Nur mit gut ausgebildeten und leistungsbereiten Menschen könne unser Land die Herausforderungen der Zukunft bewältigen. Junge Menschen hätten ein Recht auf ein gesichertes Umfeld, in dem sie sich auf das weitere Leben vorbereiten können. „Dazu gehören gute Schulen und keine überfüllten Klassen, ausreichend Lehrplätze in innovativen Berufen und eine wirkliche Chance auf dem Arbeitsmarkt. Junge Menschen brauchen auf dem Weg in die Selbstständigkeit auch Unterstützung bei der Schaffung eines Heimes für eine Familie. Daher müsse die Möglichkeit von günstigen Startwohnungen für junge Menschen geschaffen werden“, so Schnell. Zum Schutz junger Menschen verlange die FPÖ auch härtere Strafen für schamlose Drogendealer und brutale Schläger. „Ohne Wenn und Aber“ hätten SPÖ und ÖVP Österreich an die EU verkauft. Mittlerweile würden zwei Drittel aller wichtigen Entscheidungen nicht mehr in Österreich, sondern in Brüssel getroffen. Österreichische Interessen zählten nichts mehr, bemängelt Schnell. Die FPÖ verlangt keinen EU-Beitritt der Türkei, keine Mega-Transitleitungen für Strom und Gas durch unser Land, keinen Ausverkauf der Heimat und unseres Wassers. Millionen würden nach Brüssel fließen, „aber Österreich kann nicht nur Nachteile hinnehmen“ – die EU müßte auch finanziell in die Bresche springen. Die Salzburger Klein- und Mittelbetriebe seien das Fundament des wirtschaftlichen Erfolges. SPÖ und ÖVP förderten lieber marode Banken mit Milliardenbeträgen als Klein- und Mittelbetrieben unter die Arme zu greifen, so Schnell.

<http://www.fpoe-salzburg.or.at/>

Landtagswahl in Salzburg am 1. März 2009

Cyriak Schwaighofer, Spitzenkandidat, GRÜNE Salzburg

Weg in die Zukunft

„Wir werden die Sonne, den Wind und die Erde nutzbar machen um unsere Autos zu betanken und unsere Fabriken zu betreiben. Wir werden unsere Schulen, unsere Colleges und Universitäten verändern, so dass sie den Anforderungen eines neuen Zeitalters entsprechen. All das können wir tun. Und all das werden wir tun.“

Diese Worte des neuen US-Präsidenten Barack Obama gingen um die Welt, und sie sprechen uns aus dem Herzen und berühren GRÜNE Kernforderungen. Amerika hat den Weg in die Zukunft eingeschlagen – wann folgt Österreich?

Neue Energie für Salzburg

Während die Bundesregierung mit Verschrottungsprämien jenen den Autoneukauf versüßt, die ihn sich noch leisten können, bietet sich in Salzburg die Chance einer GRÜNEN Wende. Weg von der konservativen Energiepolitik, die mit fossilen Energieträgern unsere Versorgung Jahr für Jahr einem größerem Risiko aussetzt, hin zum konsequenten Energiesparen und der Nutzung aller erneuerbaren Ressourcen: Wind, Wasser, Biomasse, Erdwärme und Sonne. Wir können und wollen unser Bundesland bis 2030 zum Energie-Selbstversorger machen. Wir möchten nicht weiterhin von politischen Streitigkeiten in Mitleidenschaft gezogen werden, wie es in der russisch-ukrainischen Gaskrise der Fall war.

Ein Weg aus der Krise

Der Erdöl-Preisschock des Sommers hat die Finanzkrise erst richtig ins Rollen gebracht. Und es wird nicht das letzte Mal gewesen sein, wenn wir nicht gegensteuern. Der Weg aus der Abhängigkeit von Öl und Gas ist gleichzeitig auch ein Weg aus der Wirtschaftskrise. Das GRÜNE Programm für Salzburg schafft unabhängige, dezentrale Energieversorgung für die Zukunft und sorgt für Arbeitsplätze am wachsenden Markt für alternative Energietechnologien. Egal ob Wind-, Solar- oder andere Branchen: Das wirtschaftliche Potential ist enorm – wir müssen es nur nutzen.

Für ein gerechteres Salzburg

Da hohe Treibstoff- und Strompreise vor allem die Ärmsten besonders hart treffen, sind erneuerbare Energien auch ein wichti-

ger Beitrag zur Verteilungsgerechtigkeit. Gemeinsam mit geförderten Einsparungsmaßnahmen wie der Wärmedämmung machen erneuerbare Energien das Beheizen der eigenen vier Wände wieder leistbar für alle. Der Aufbruch in die Elektromobilität und die Erweiterung des öffentlichen Verkehrs bieten eine Perspektive für viele Menschen, der Armutsfalle zu entkommen, ohne auf Bewegungsfreiheit zu verzichten. Mobilität ist Allgemeinut, und darf niemandem verwehrt werden. Die durch GRÜNEN Druck entstandene Förderung für Elektrofahrzeuge ist ein erster kleiner Schritt auf einem langen Weg, den wir konsequent beschreiten wollen.



Foto: GRÜNE Salzburg

Cyriak Schwaighofer
Spitzenkandidat, GRÜNE Salzburg

Klimaschutz ist Menschenschutz

In den letzten Jahren häufen sich Naturkatastrophen. Tsunamis verwüsten immer öfter Küstenregionen in Südostasien. Hurrikan Katrina brachte New Orleans, die Wiege der Jazzmusik, an den Rand ihres Untergangs. Auch bei uns sind radikale Wetterschwünge und Stürme keine Seltenheit mehr, die Vorhersagen der Klimatologen treten langsam ein. Neben den unmittelbaren Bedrohungen wird all zu oft auf die soziale Dimension des Klimawandels vergessen. Verlängerte Dürreperioden und die Ausbreitung der Wüsten könnten künftig zum Auslöser massiver Flüchtlingswellen werden. Kampf gegen den Klimawandel ist ein Kampf gegen Armut.

Die Zeit der Ausreden muß vorbei sein, die Verantwortung an große Staaten wie China oder die USA abzuschieben, ist fahrlässig. Zwar ist die internationale Politik

gefordert, mehr zu unternehmen, doch die Weichenstellung muß in den Regionen erfolgen. Wenn Windparks, Photovoltaikanlagen und Biomasseheizwerke in Salzburg helfen Ressourcen und Emissionen zu sparen und das regionale Klima verbessern, dann sollten sie gebaut werden.

Eine neue Basis für Uni-Politik

Bildung muß wieder den Stellenwert erreichen, der ihr zusteht. Die Universitäten werden ausgehungert, während die Regierung politische Scharmützel am Rücken der Studierenden austrägt. Unser Ziel ist ein solide finanzierter, chancengleicher und demokratisch organisierter Universitätsbetrieb, in dem Forschung und Wirtschaft zusammenarbeiten können ohne die Unabhängigkeit der Lehre zu gefährden. Den Betroffenen der verfehlten Unipolitik der letzten Jahre, den Studentinnen und Studenten, muß wieder echte Mitsprache eingeräumt werden. Die Uniräte sollen wieder als unabhängige Gremien fungieren und nicht als Ausführungsorgane von Parteien.

StudentInnen und Universitätsangehörige brauchen auf ihre Bedürfnisse ausgerichtete Stätten zur Betreuung ihrer Kinder. Die GRÜNEN fordern auch Öffi-Freifahrt für alle Studierenden in Salzburg, da diese auf schnelle Fortbewegung in der Stadt und im Umland angewiesen sind, doch gleichzeitig unter finanziellem Druck stehen.

Bildung für alle, die lernen wollen

Auch Bildungswege außerhalb der Unis müssen in Salzburg mehr gefördert werden. Wir denken hier etwa an Bildungskarenz oder die soziale Beitragsstaffelung in der Erwachsenenbildung. Interkulturelle und barrierefreie Fortbildung sollte jeder und jedem offen stehen. Das kostenlose Nachholen von Matura und Hauptschulabschluß, sowie Bildungsprojekte für MigrantInnen und AsylwerberInnen eröffnen den Ärmsten neue Perspektiven. Ein jährlicher Bildungsscheck soll einen Anreiz zur Fortbildung bieten. Kostenlose Internetzugänge und IT-Projekte für benachteiligte Bevölkerungsgruppen komplettieren das Angebot, wie wir es uns vorstellen.

Jede Stimme für GRÜN ist eine Stimme für den Aufbruch. Unsere Politik ist gemeinsame Arbeit für eine bessere Zukunft und ein gerechteres Salzburg – für alle. ■

<http://www.gruene.at/bundesaender/salzburg/>

Landtagswahl in Salzburg am 1. März 2009

Markus Fauland, Spitzenkandidat des BZÖ Salzburg

Notwendige Reformen für eine gute Zukunft für unsere Heimat und ihre Menschen wurden versäumt

Durch die verfehlte Politik von ÖVP, SPÖ und einer roten Landeshauptfrau ist Salzburg in den vergangenen Jahren reformpolitisch aufs Abstellgleis geraten. Notwendige Reformen für eine gute Zukunft für unsere Heimat und ihre Menschen wurden versäumt, dafür ist die Belastung der Salzburgerinnen und Salzburger gestiegen. Das BZÖ stellt diesem Politikversagen eine zukunftsfähige Alternative entgegen. Wir meinen: „Jetzt ist Zeit für Neues! Jetzt ist Zeit für Taten! Denn Salzburg ist mehr.“ Nach dem Vorbild unseres so tragisch verstorbenen Landeshauptmanns Jörg Haider, der in Kärnten vorgezeigt hat, wie eine faire, sozial gerechte und zukunftsfähige Reformpolitik im Interesse der Bürgerinnen und Bürger aussehen muss, will das BZÖ auch in Salzburg eine Kurskorrektur durchsetzen – damit auch die Menschen in Salzburg von der positiven Politik Jörg Haiders profitieren können!

Wechsel nur mit starken BZÖ möglich

Dieser Wechsel und der notwendige Wandel in der Landespolitik können nur mit einem starken BZÖ gelingen! Denn Salzburg ist mehr. Damit nicht mehr Parteipolitik, Postenschacher und Proporz zählen, sondern endlich wieder die Menschen im Mittelpunkt der politischen Arbeit stehen! Dieser Weg ist unser Programm.

Daher steht das BZÖ für sichere Arbeitsplätze!

Wir wollen ein Konjunkturprogramm des Landes zur Förderung von Investitionen der mittelständischen Salzburger Wirtschaft unter der Bedingung der Schaffung neuer Arbeitsplätze. Wir fordern eine Arbeitsplatzprämie, insbesondere für Ein-Personen-Unternehmen in Salzburg, um neue Mitarbeiter anstellen zu können. Wir wollen gezielte Umschulungsprogramme für den Pflegebereich, um Arbeitsplätze in Salzburg für Salzburger zu schaffen und die illegale Pflege zurückzudrängen.

Daher steht das BZÖ für den Kampf gegen Finanzkrise und Teuerung!

Wir fordern ein striktes Vorgehen gegen Manager, die mit fahrlässigen Spekulationen ihr Unternehmen in eine finanzielle Krise

führen und damit Arbeitsplätze fleißiger Mitarbeiter gefährden. Wir wollen eine sofortige, wirksame Steuerreform, die den Mittelstand entlastet – das bedeutet die Einführung der Flat Tax nach dem BZÖ-Modell. Wir fordern einen Teuerungsausgleich mittels Direktauszahlung an die Bürger und die Öffnung der Salzburger Landestankstellen. Wir fordern einen Preisstopp bei Müll-, Wasser- und Kanalgebühren.



Markus Fauland
Spitzenkandidat des BZÖ-Salzburg

Daher steht das BZÖ dafür, unsere Heimat sozialer zu machen – nicht sozialistischer!

Wir fordern ein Schulstartgeld, um Familien gerade beim teuren Schuleinstieg zu unterstützen. Wir wollen die Schaffung von leistbarem Wohnraum für Salzburger, insbesondere für junge Familien, und die Erhöhung des Heizkostenzuschusses und der Wohnbeihilfen für sozial Schwächere. Wir fordern eine Mütterpension für die Absicherung derjenigen Mütter, die keinen eigenen Pensionsanspruch besitzen. Wir wollen den kostenlosen Kindergartenbesuch und den Ausbau von Ganztagesbetreuungseinrichtungen.

Daher steht das BZÖ für ein sicheres Salzburg!

Wir fordern mehr Polizeibeamte im Außendienst, um unser Salzburg sicherer zu machen. Wir wollen die gezielte Bekämpfung der stetig zunehmenden Haus- und Wohnungseinbrüche sowie eine Förderung baulicher Maßnahmen zur besseren Absicherung gegen Einbruchskriminalität. Wir fordern die rigorose Bekämpfung der Krimi-

nalität an Schulen, damit sich unsere Kinder in den Salzburger Schulen wieder sicher fühlen können. Wir fordern die rasche und konsequente Abschiebung illegaler und krimineller Asylwerber und die durchgängige Anwendung der Drittstaatenregelung: kein Asylmissbrauch in Österreich! Wir wollen die Bewahrung unserer eigenständigen Tradition und Kultur sowie die Förderung unserer Traditionspflege und der Brauchtumsvereine. Wir fordern ein Bauverbot für Moscheen und Minarette.

Daher steht das BZÖ für unsere Familien und unsere Jugend!

Wir fordern die Ausweitung der Ganztagesbetreuungseinrichtungen, um allen Eltern die Möglichkeit der Wahlfreiheit zu geben. Wir wollen an die neuen Familienformen angepasste staatliche Familienleistungen. Wir fordern den besonderen Schutz unserer Kinder vor psychischer und physischer Gewalt sowie strengste Strafen bei Kindesmißbrauch. Wir wollen eine Qualitätssicherung der Bildung an den Salzburger Schulen durch die Begrenzung des Ausländeranteils auf 30 Prozent. Wir fordern die umfassende Gleichstellung von Schülern und Lehrlingen (z.B. Freifahrt bei öffentlichen Verkehrsmitteln) und die kostenlose „Lehre mit Matura“ als Standardausbildungsmodell für Lehrberufe. Wir fordern die Einführung eines Jugendstartgelds von 1000 Euro.

Daher steht das BZÖ für ein sauberes, modernes und gesundes Salzburg!

Wir wollen die Förderung und den Ausbau erneuerbarer Energieträger. Wir fordern innovative Verkehrs- und Infrastrukturprojekte. Wir stehen für den Abbau von Bürokratie und Verwaltungskosten im Gesundheitssystem und die Zusammenlegung der Krankenkassen und Sozialversicherungsträger. Wir fordern eine Erhöhung des Pflegegeldes nach dem BZÖ-Pflegemodell – die Pflege der Zukunft muss leistbar, sicher und vor allem menschlich sein.

Unser Programm ist unsere Verantwortung für eine gute Zukunft unserer Salzburger Heimat und ein gutes Angebot für die Salzburgerinnen und Salzburger. Nutzen wir diese Chance bei den Landtagswahlen am 1. März gemeinsam. Unser Salzburg ist es uns wert! Denn Salzburg ist mehr! ■

<http://www.bzoe-salzburg.at/>

Mittelfristiges Wachstum durch Finanzkrise gedrückt

WIFO-Prognose der österreichischen Wirtschaft bis 2013

Die österreichische Wirtschaft wird von 2009 bis 2013 mit +1,3% pro Jahr nur halb so rasch expandieren wie in den Jahren 2004 bis 2008 (+2,7% p. a.)¹⁾. Die Entwicklung über den Prognosezeitraum ist diesmal sehr heterogen: In den Jahren 2009 und 2010 gerät die österreichische Wirtschaft voll unter den Einfluß der internationalen Finanzkrise und in eine Rezession. Ab 2010 ist mit einer Erholung zu rechnen, sofern sich das Vertrauen in die Finanzmärkte bis dahin wieder festigt. Selbst in den besten Jahren des Prognosezeitraums (2011 bis 2013) wird das BIP-Wachstum nicht den

Durchschnitt der letzten fünf Jahre erreichen, da die Weltwirtschaft die Folgen der Immobilien- und Finanzkrise nur allmählich überwinden wird und der Haupthandelspartner Deutschland stark unter dem Einbruch der Investitionsgüter- und Autoindustrie leiden wird. Überdies wird wegen der steigenden Unsicherheit die Neuverschuldung der privaten Haushalte für Wohnbau und Konsum erschwert und die Versorgung der Unternehmen mit Risikokapital als Folge der Finanzkrise eingeschränkt werden. Auch nach der Rückkehr von der Rezession zu einer „Normalphase“ wird der Trend des Potentialwachstums nicht mehr so hoch sein wie in der Vergangenheit, denn die Vorsicht von privaten Haushalten, Unternehmer und Banken wird die Entwicklung mittelfristig drücken. In der zu erwartenden Erholungs-

phase 2011 bis 2013 wird die österreichische Wirtschaft um etwa 2% p. a. expandieren. Der Wachstumsvorsprung Österreichs gegenüber dem Euro-Raum wird geringer, weil vor allem die Exporte nach Ostmitteleuropa deutlich an Dynamik verlieren werden. Der Tourismus wird überproportional auf die internationale Wachstumsschwäche reagieren.

Die österreichische Bundesregierung wirkt den Auswirkungen der internationalen Finanz- und Wirtschaftskrise entschieden entgegen: Die Steuerreform im Ausmaß von 2,2 Milliarden Euro wird in das Jahr 2009 vorgezogen, das zweite Konjunkturpaket soll zusätzliche Investitionen von 1,9 Milliarden Euro bringen, und die zusätzlichen Ausgaben für Familien werden die Kaufkraft um 500 Millionen Euro steigern. Gemeinsam mit dem ersten Konjunkturpaket („Mittel-

¹⁾ Die Wachstumsprognose für die Jahre 2009 und 2010 entspricht der WIFO-Prognose vom Dezember 2008, die bereits die dämpfenden Effekte der Finanzkrise berücksichtigt. Für die folgenden Jahre wurden mittelfristige Trends geschätzt.

Übersicht 1: Hauptergebnisse der mittelfristigen Prognose für Österreich

	Ø 1998/ 2003	Ø 2003/ 2008	Ø 2008/ 2013	2008	2009	2010	2011	2012	2013
	Jährliche Veränderung in %								
Bruttoinlandsprodukt									
Real	+ 2,0	+ 2,7	+ 1,3	+ 1,8	- 0,5	+ 0,9	+ 1,8	+ 2,3	+ 2,3
Nominell	+ 3,2	+ 4,8	+ 2,9	+ 4,1	+ 1,2	+ 2,2	+ 3,1	+ 3,9	+ 4,1
Verbraucherpreise	+ 1,7	+ 2,2	+ 1,6	+ 3,2	+ 1,2	+ 1,5	+ 1,6	+ 1,8	+ 1,8
Lohn- und Gehaltssumme pro Kopf ¹⁾	+ 2,0	+ 2,5	+ 2,5	+ 3,0	+ 3,0	+ 2,0	+ 2,2	+ 2,5	+ 2,6
Unselbständig aktiv Beschäftigte ²⁾	+ 0,5	+ 1,6	+ 0,5	+ 2,4	- 0,4	+ 0,2	+ 0,7	+ 1,0	+ 1,1
	Ø 1998/ 2003	Ø 2003/ 2008	Ø 2008/ 2013	2008	2009	2010	2011	2012	2013
	%								
Arbeitslosenquote									
In % der Erwerbspersonen ³⁾	3,9	4,6	4,0	3,5	3,9	4,1	4,2	4,0	3,7
In % der unselbständigen Erwerbspersonen ⁴⁾	6,5	6,6	6,9	5,8	6,5	6,9	7,2	7,0	6,7
	In % des BIP								
Außenbeitrag	2,7	4,9	5,5	5,9	5,7	5,5	5,3	5,4	5,6
Finanzierungssaldo des Staates laut Maastricht-Definition	- 1,2	- 1,7	- 2,7	- 0,5	- 2,8	- 3,2	- 3,0	- 2,5	- 1,9
In % des verfügbaren Einkommens									
Sparquote der privaten Haushalte	8,9	10,7	12,7	11,8	13,1	13,1	12,6	12,4	12,2

Quelle: Statistik Austria, WIFO-Berechnungen. - ¹⁾ Brutto, ohne Arbeitgeberbeiträge, je Beschäftigungsverhältnis laut VGR. - ²⁾ Ohne Bezug von Karenz- bzw. Kinderbetreuungsgeld, ohne Präsenzdienst, ohne in der Beschäftigungsstatistik erfasste Arbeitslose in Schulung. - ³⁾ Laut Eurostat (Labour Force Survey); 2008: Bruch. - ⁴⁾ Laut Arbeitsmarktservice.

Wirtschaft

standsmilliarde“) und den noch nachwirkenden Maßnahmen zum Teuerungsausgleich aus dem Jahr 2008 werden Impulse von fast 6 Milliarden Euro (etwa 2% des BIP) gesetzt. Mit diesen Strategien zur Rezessionsbekämpfung liegt Österreich über dem Durchschnitt des Euro-Raums.

Dank der Steuerreform wird sich das Wachstum des privaten Konsums 2009/2013 mit etwa +1½% p. a. gegenüber der vorangegangenen Fünfjahresperiode nur wenig abschwächen. Dabei wird unterstellt, daß die Sparquote der privaten Haushalte im Jahr der Steuerreform deutlich steigt und danach kontinuierlich zurückgeht. Die Investitionstätigkeit wird in den Jahren 2009 und 2010 aufgrund der sinkenden Kapazitätsauslastung und der ungünstigen Erwartungen einbrechen, sich aber danach durch die Erholung der Exportnachfrage allmählich verbessern. Im Gegensatz zu den vergangenen Jahren wird der reale Außenbeitrag im Prognosezeitraum dem Wirtschaftswachstum aber keine Impulse geben. Die Exporte dürften – ähnlich wie die Importe – um nur 3¼% pro Jahr wachsen. Der Exportprognose liegt die Einschätzung zugrunde, daß die Weltwirtschaft die realwirtschaftlichen Folgen der Finanzkrise relativ rasch überwindet und sich die Wachstumsrate des mittelfristigen Trendoutputs am Ende des Prognosehorizonts wieder ihrem langjährigen Durchschnitt nähert. Bereits im Jahr 2010 sollte eine Erholung der Weltwirtschaft einsetzen, die durch weltweit koordinierte Konjunkturprogramme und niedrige Zinssätze unterstützt wird. Eine ungünstigere mittelfristige Entwicklung ist jedoch nicht auszuschließen, wenn etwa das Vertrauen der Banken in andere Banken und in die Kreditwürdigkeit potentieller Darlehensnehmer längere Zeit erschüttert bleibt oder Auto-Großkonzerne insolvent werden.

Für den Arbeitsmarkt und die öffentlichen Haushalte wird die Wachstumschwäche der kommenden Jahre negative Folgen haben, die Inflationsrisiken werden dagegen sinken. Die Arbeitslosigkeit wird wieder zu einem zentralen wirtschafts- und arbeitsmarktpolitischen Problem werden. Im Durchschnitt der Jahre 2009 bis 2013 dürfte die Arbeitslosenquote (laut AMS-Definition) 6,9% erreichen, in einigen Jahren auch über die 7%-Marke steigen. Neben der persönlichen Belastung der Betroffenen erhöht Arbeitslosigkeit überdies die allgemeine wirtschaftliche Unsicherheit. Dies kann Vorsichts- bzw. Angstsparen der privaten Haushalte mit weiteren negativen Rückwirkungen

auf die Wirtschaft auslösen. Kurzarbeit und Schulungen dürften verstärkt eingesetzt werden, um die Zunahme der Arbeitslosigkeit zu bremsen. Die Zahl der registrierten Arbeitslosen könnte unter dieser Annahme zwischen 2008 und 2013 mit +42.000 etwas langsamer steigen als in der letzten Rezession 2001.

Im Falle einer ungünstigeren Entwicklung der Wirtschaft würde die Arbeitslosigkeit jedoch wesentlich stärker wachsen. Die Beschäftigung wird in den Jahren 2009 bis 2013 nur wenig wachsen (+0,5% pro Jahr), die Vollzeitbeschäftigung dürfte erst gegen Ende der Prognoseperiode zunehmen. Der freie Zustrom von Fachkräften aus den neuen EU-Ländern ab dem Jahr 2009 und das Ende der Übergangsfristen im Jahr 2011 werden die Pendler- und Zuwanderungsströme erhöhen. In erster Linie hängt das Ausmaß dieser Wanderungsbewegungen aber von der Nachfrage nach Arbeitskräften in

Österreich ab. Die rezessionsbedingt schwachen Staatseinnahmen und die Steuerreform werden das Defizit der öffentlichen Haushalte 2010 und 2011 auf mehr als 3% des BIP steigen lassen. Bis zum Jahr 2013 dürfte es aber wieder auf die 2%-Marke zurückgehen, falls Maßnahmen zur Budgetkonsolidierung ergriffen werden. 2009 bewirkt die weltweite Rezession einen Preisverfall auf den internationalen Rohstoffmärkten, da der Rückgang der Nachfrage nach Rohöl dessen Preis stark dämpft. In den folgenden Jahren werden sich die Rohöl- und Rohstoffpreise langsam erholen. Die Prognose unterstellt, daß der Rohölpreis von 98 \$ (2008) auf 55 \$ je Barrel (2009) sinkt und danach bis 2013 wieder auf 73 \$ steigt. Im Zeitraum 2009 bis 2013 dürfte sich die Inflationsrate in Österreich, deren Schwankungen von den internationalen Rohöl- und Rohwarenpreisen mitbestimmt werden, auf durchschnittlich 1,6% verringern. ■

Selbständige sind noch optimistisch

Die Prognosen der WirtschaftsforscherInnen für 2009 sind schlecht. Die Finanzkrise trifft alle. Aber besonders diejenigen, die auf eigenes Risiko wirtschaften wie Selbständige und Kleinunternehmer. Bislang ist die Stimmung unter den UnternehmerInnen aber noch optimistisch.

SORA hat im Auftrag des sozialdemokratischen Wirtschaftsverbandes dreihundert Selbständige (aktive Mitglieder der Wirtschaftskammer Wien mit bis zu neun Beschäftigten) Anfang November letzten Jahres nach ihrer Einschätzung für die kommenden 12 Monate befragt.

Bei der pessimistischen Einschätzung der Wirtschaftsentwicklung für dieses Jahr sind sich die Firmenchefs und Einzelkämpfer einig: Über 68 % der Befragten schätzen, daß sich die Wirtschaftslage 2009 verschlechtert. 67 % gaben an, daß es für Kleinstbetriebe in Österreich schlechter werden wird und 62 % prognostizieren eine Verschlechterung der Realwirtschaft in Österreich.

Erstaunlich positiv beurteilen die UnternehmerInnen hingegen die Entwicklung des eigenen Betriebs: nur 29 % der Befragten rechnen mit einer Verschlechterung der betrieblichen Entwicklung. EinpersonenernehmerInnen (EPU) bleiben mit 27 % optimistischer als diejenigen mit Beschäftigten (32 %). „Einerseits ist das Prinzip Hoffnung bei den Unternehmern stark verankert und andererseits hat die Krise zum Zeitpunkt der Umfrage mehr oder weniger erst begon-

nen“, interpretiert Andreas Holzer, SORA-Experte und Projektleiter die zuversichtliche Haltung der UnternehmerInnen.

Die Auswirkungen der Krise haben 36 % mit „Einkommenseinbußen“ schon zu spüren bekommen. EPU sind mit 40 % von den Einkommensverlusten eher betroffen als Unternehmen mit Beschäftigten (31 %). 32 % nennen Auftragsrückgänge und 19 % „Rücklagenverluste“ als die besonders spürbaren Auswirkungen der Krise.

Die größten Befürchtungen der UnternehmerInnen sind Einkommensverluste (51 %), Auftragsrückgänge (49 %) gefolgt von Schwierigkeiten Kredite zu bekommen (41 %). Nur 19 % fürchten sich vor einer Existenzgefährdung ihres Betriebes. 16 % rechnen damit, Personal abbauen zu müssen.

47 % der selbständigen Befragten beurteilen die scheidende Regierung positiv, indem sie genug zur Abfederung der Krise getan hätte. 37 % sind gegenteiliger Meinung und 16 % machten dazu keine Angaben. Zurückhaltend beurteilen die UnternehmerInnen die EU-Maßnahmen: nur 29 % der Befragten meinen, daß die EU genug getan hätte.

Die Top 5 Maßnahmen, die sich die UnternehmerInnen wünschen sind: Steuerentlastungen für Kleinstbetriebe (97 %), Förderung der Inlandsnachfrage (90 %), Entlastung des Faktors Arbeit (98 %), soziale Absicherung für EPU (81 %) sowie die Wiedereinführung von Investitionsbegünstigungen (86 %). ■

Österreichs Außenwirtschaft

Rückblick und Ausblick

Österreichs nominelle Exporte gemäß VGR erreichten im Jahr 2007 mit 161 Mrd. € einen neuen Höchststand, ebenso die ausländischen Direktinvestitionen (FDI). Dies spiegelt die weltweit günstigen Rahmenbedingungen des Welthandels wider, denn auch die globalen Waren- und Dienstleistungsexporte verzeichneten mit real +7,1% hohe Zuwächse, und die aktiven FDI-Ströme erreichten ein Rekordniveau von knapp 2 Bio. \$. Jedoch zeigten sich in den realen Importen der USA bereits 2007 erste Anzeichen des Konjunkturabschwungs. 2008 dürfte sich aufgrund der Finanzkrise das weltweite Exportwachstum 2008 auf 4,6% verlangsamen. Die Verflechtung der Länder durch internationale Handels- und Kapitalsflüsse bewirkt, dass die Finanzkrise Konjunktur und Export weltweit belastet. So wird auch in Österreich das reale Exportwachstum 2008 nur mehr 3,6% betragen.

Die Finanzkrise hat die Phase der weltweiten Hochkonjunktur und des raschen Wachstums des Welthandels beendet. Einer der Gründe ihrer Intensität liegt in den Bankbilanzen: Viele weltweit agierende Banken weisen ein äußerst ungünstiges Verhältnis zwischen Gesamtvermögen und Eigenkapital auf. Diese als „Leverage“ bezeichnete Kennzahl lag in den europäischen Großbanken Mitte 2008 bei durchschnittlich 35. Ein hohes Leverage ist problematisch, da es die Ausfallwahrscheinlichkeit einer Bank erhöht. Um die teils massiven Verluste aufgrund der Immobilienkrise in den USA und des damit einhergehenden Eigenkapitalrückgangs zu kompensieren, mußten zahlreiche Banken ihre Bilanzen verkürzen. Verstärkt wurde diese Tendenz durch den Verfall der Aktienkurse. Damit schlägt sich die Finanzkrise nun in der Realwirtschaft nieder: Die Banken agieren restriktiver bei der Vergabe neuer Kredite, sodass Konsum und Investitionen der Haushalte und Unternehmen gebremst werden. Der Liquiditätsengpaß auf dem Interbankenmarkt, hervorgerufen durch die Unsicherheit über künftige Verluste von Partnerbanken, verstärkte die zurückhaltende Kreditpolitik der Banken auf beiden Seiten des Atlantiks.

Infolge der Finanzkrise werden sich die größten Industrieländer 2009 gleichzeitig in einer Rezession befinden. Die Hoffnung, die

aufstrebenden Volkswirtschaften Asiens könnten sich von dieser Rezession in den Industrieländern entkoppeln, hat sich nicht bestätigt. Auch in den mittel- und osteuropäischen Ländern wird sich das Wachstum aufgrund der engen Handelsverflechtung mit dem Euro-Raum und des hohen externen Finanzierungsbedarfs verlangsamen. Während die Dynamik der österreichischen Außenwirtschaft 2008 bereits nachließ, entwickelten sich der österreichische Außenhandel und die Direktinvestitionstätigkeit 2007



noch außergewöhnlich gut. Die Quote der Warenexporte (43,7% des BIP) und der Dienstleistungsexporte zum BIP (15,9%) laut VGR sowie die Direktinvestitionstätigkeit Österreichs in Prozent des BIP (aktive FDI 38,8%, passive FDI 39,2%) stiegen 2007 erneut. Trotz der guten Entwicklung werden allerdings mittelfristig im österreichischen Warenexport weiterhin Strukturdefizite sichtbar. Die Exportspezialisierung auf traditionelle Güter der Sachgütererzeugung (2006 28,6% der Gesamtexporte) ist weiterhin zu hoch, um die Herausforderungen an ein Hochlohnland zu meistern. Der notwendige Wechsel Österreichs vom Technologienehmer zum Technologiegeber erfordert eine vermehrte Spezialisierung auf technologieorientierte Branchen. 2006 entfielen nur 26,5% der österreichischen Exporte auf diese Branchen, im Durchschnitt der EU 15 hingegen 36,2%. Weiters muss ein Fokus auf Branchen mit hohem Anteil

hochqualifizierter Arbeitskräfte gelegt werden (2006 20,7% der Gesamtexporte, EU 15 24,2%). Etwas besser ist das Bild für Branchen, in denen Qualitätswettbewerb überwiegt (2006 Österreich 46,7% der Exporte, EU 15 50,0%) – der Rückstand gegenüber dem EU-Durchschnitt verringerte sich zwischen 1996 und 2006 deutlich.

Die Verhandlungen im Rahmen der Doha-Runde der WTO, in der die Zölle auf Handelsgüter weiter gesenkt werden sollten, sind im Juli 2008 gescheitert. Deshalb setzen alle wichtigen Handelsnationen verstärkt auf bilaterale Abkommen, um die Handelsliberalisierung voranzutreiben. Die EU, traditionell dem Multilateralismus verpflichtet, bildet hier keine Ausnahme, sondern intensiviert mangels konsensfähigem WTO-Vorschlag ihre Bemühungen um Freihandelsabkommen mit rasch wachsenden Volkswirtschaften wie Indien, Südkorea und den ASEAN-Ländern. Die Vielzahl an bilateralen Handelsverträgen ist jedoch nur schwer überschaubar und verursacht unweigerlich auch Handelsverzerrungen.

Nachzulesen im neuen Außenwirtschaftsjahrbuch

Das österreichische Außenwirtschaftsjahrbuch ist eine kompakte und informative Zusammenstellung der wesentlichen globalen und Österreich-spezifischen außenhandelsrelevanten Entwicklungen. Es wird heuer zum zweiten Mal vom Kompetenzzentrum „Forschungsschwerpunkt Internationale Wirtschaft“ (FIW) herausgegeben. Auftraggeber ist das Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit. „Österreichs Außenwirtschaft 2008“ bietet zahlreiche Analysen und umfangreiches Datenmaterial zu den institutionellen und konjunkturellen Rahmenbedingungen des Welthandels, zum österreichischen Waren- und Dienstleistungshandel und den ausländischen Direktinvestitionen von und nach Österreich. Der Schwerpunkt liegt auf den Entwicklungen des Jahres 2007, darüber hinaus wird ein Ausblick auf die Jahre 2008 und 2009 gegeben, auch unter Berücksichtigung der aktuellen Finanzkrise.

Weitere Informationen sowie das gesamte Jahrbuch „Österreichs Außenwirtschaft 2008“ stehen zum freien Download zur Verfügung: <http://www.fiw.ac.at> ■

Nomineller Zuwachs im Einzelhandel +2,1%

Dezember stabilisiert Umsatz des 4. Quartals – Lemler: »Gutes Weihnachtsgeschäft als versöhnlicher Höhe- und Schlußpunkt«

Der österreichische Einzelhandel konnte im abgelaufenen Jahr 2008 ein nominelles Umsatzplus von 2,1 Prozent gegenüber 2007 erwirtschaften. „Der Einzelhandel in Österreich ist ein Schiff, das auf stürmischer See Kurs hält“, formulierte es Erich Lemler, der Obmann der Bundessparte Handel der Wirtschaftskammer Österreich (WKÖ). „Damit ist es im österreichischen Einzelhandel auf Grund des vergleichsweise hohen Preisauftriebs zwar im vierten Jahr in Folge zu nominellen Umsatzzuwächsen gekommen, die jedoch etwas geringer als 2007 ausgefallen sind. Real – d.h. unter Berücksichtigung des Preiseffekts – entspricht das einem Minus von 1,1 Prozent, die Umsätze im Jahr 2008 lagen erstmals seit 2004 deutlich unter dem Niveau des Vorjahres“. All das geht aus der aktuellen Konjunkturbeobachtung der KMU Forschung Austria hervor, deren Ergebnisse am 28. Jänner von Lemler und Peter Voithofer, dem stellvertretenden Direktor der KMU Forschung Austria, präsentiert wurden. Die Erhebung basiert auf den Daten von mehr als 4500 Geschäften.

Positiver Trend: Einzelhandel schafft Arbeitsplätze

„Erfreulicherweise fortgesetzt hat sich der positive Trend, daß der Einzelhandel immer mehr Menschen Beschäftigung bietet: Im Jahresdurchschnitt 2008 waren mehr als 261.000 unselbstständig Beschäftigte (exkl. geringfügig Beschäftigte) im Einzelhandel in Österreich (exkl. Tankstellen) tätig, das bedeutet ein Plus von knapp mehr als 3 Prozent gegenüber 2007“, ist Lemler erfreut.

In der ersten Jahreshälfte 2008 fiel das nominelle Umsatzwachstum im Einzelhandel – bedingt durch einen stärkeren Preisauftrieb – höher aus als im zweiten Halbjahr. Im letzten Jahresviertel zeigte sich – in Folge der durch die internationale Finanzkrise herbeigeführten deutlichen Konjunkturertrübung der Gesamtwirtschaft – eine Abschwächung der Konjunktur im Einzelhandel. Das gute Weihnachtsgeschäft war „versöhnlicher Höhe- und Schlussspunkt des Einzelhandels-Jahres 2008“, so Obmann Lemler: „Da lag

der Umsatz bei einem Verkaufstag mehr als 2007 mit rund 1,47 Milliarden Euro nominell um 3 Prozent über dem Niveau des Jahres davor“, skizzierte Handelsforscher Voithofer den Verlauf des Einzelhandels-Jahres 2008. Und weiter: „Der Umsatz, der im Dezember gemacht wurde, hat den Umsatz des vierten Quartals stabilisiert.“ Absolut betrug der Einzelhandelsumsatz in Österreich im vergangenen Jahr rund 47,4 Milliarden Euro.

Preisrückgänge: PC-Spiele und Teigwaren günstiger als 2007

Die durchschnittlichen Preissteigerungen im Einzelhandel 2008 entsprachen der allgemeinen Inflationsrate (+3,2 Prozent). Im Lebensmittelhandel betrafen die Verkaufspreiserhöhungen einen großen Teil der Produktgruppen, die im Rahmen der Erhebungen zum VPI berücksichtigt sind. Am stärksten fielen diese bei Teigwaren, Zitronen, Pflanzenöl und Häuptelsalat aus. Im Warenkorb des Lebensmitteleinzelhandels sind aber auch Produkte mit Preisrückgängen zu finden, insbesondere bei einzelnen Gemüsesorten (u.a. Zwiebel, Gurken, Kartoffeln, Karotten). Im Spielwareneinzelhandel betrafen die Preisrückgänge insbesondere PC-Spiele, im Radio-, Elektro-, EDV- und Fotoeinzelhandel wurden hingegen vor allem Speichermedien, Digitalkameras, Notebooks und PC-Computer günstiger als im Jahr 2007 angeboten.

Nach Branchen betrachtet, verzeichnete der Sportartikelhandel im Jahr 2008 mit einem Plus von mehr als 5 Prozent unter den untersuchten Branchen die höchsten nominellen Umsatzzuwächse gegenüber dem Vorjahr. Der Lebensmitteleinzelhandel erzielte nominelle Umsatzsteigerungen von mehr als 4 %. Im Einzelhandel mit Eisenwaren, Bau- und Heimwerkerbedarf sowie bei den Drogerien und Parfümerien fiel das Plus ebenfalls höher aus als im Einzelhandel insgesamt. Zu Umsatzrückgängen von mehr als 1 Prozent kam es hingegen im Papier- und Buchhandel sowie im Spielwaren- und Elektrohandel (inkl. Foto, Computer).

Real waren die stärksten Umsatzzu-

wächse ebenfalls im Sportartikelhandel festzustellen. Ansonsten lagen die Erlöse mengenmäßig ausschließlich im Radio-, Elektro-, EDV- und Fotoeinzelhandel sowie im Spielwarenhandel über dem Niveau des Vorjahres, dabei handelt es sich um jene beiden Branchen mit durchschnittlichen Preisrückgängen im Jahr 2008. Die höchsten realen Umsatzrückgänge mußte der Papier- und Buchhandel hinnehmen.

Im Osten Österreichs deutlicheres Umsatzplus

Regional betrachtet verlief die Umsatzentwicklung im Gesamtjahr 2008 im Durchschnitt im gesamten Bundesgebiet positiv, in allen Regionen war ein nominelles Umsatzwachstum zu beobachten. In den östlichen und westlichen Bundesländern fiel das Plus mit 2,1 Prozent höher deutlich höher aus als im Süden (+1,0 Prozent). In allen Regionen war jedoch die Kundenfrequenz 2008 rückläufig. Das ergibt über das Gesamtjahr gerechnet einen Rückgang der Kundenfrequenz von 1,4 Prozent.

Zwar präsentieren sich die Einschätzungen und Erwartungen der Einzelhändlerinnen und -händler für 2009 gedämpft: Der Anteil jener Betriebe, die in den nächsten Monaten eine Verbesserung der Geschäftsentwicklung erwartet, ist von 19 auf 16 Prozent zurückgegangen, während der Prozentsatz derer, die mit einer Verschlechterung rechnen, von 12 auf 24 Prozent angestiegen ist. In diesem Zusammenhang wiesen aber Handelsobmann Lemler und Handelsforscher Voithofer einstimmig auf reale wirtschaftliche Folgen hin, die aus schlechter Stimmung resultieren können: „Im vierten Quartal war die Stimmung im Bezug auf die wirtschaftliche Entwicklung schlechter als die Lage. Dem Krisengerede zum Trotz wurde aber etwa im Weihnachtsgeschäft fleißig eingekauft, die Menschen haben sich und ihren Lieben etwas gegönnt. Was, wenn sich die tatsächliche Lage einer als negativ empfundenen Stimmung anpaßt?“, so die abschließende rhetorische Frage der Handelsexperten. ■

Tourismusrekord 2008

Allzeithoch: 32,6 Mio. Ankünfte, 126,6 Mio. Nächtigungen

Erstmals wurde in einem Monat die 10-Millionen-Nächtigungsmarke überschritten: Im Dezember 2008 wurden laut Statistik Austria rund 10,24 Mio. Übernachtungen gemeldet, das entspricht einem Plus von 9,3% im Jahresvergleich. Die Zahl der Nächtigungen ausländischer Gäste verzeichnete ein Plus von rd. 747.000 oder 10,1%, jene der inländischen Gäste erhöhte sich um rd. 123.900 oder 6,3%. Der Zuwachs bei der Gästeanzahl, d. i. die Zahl der Ankünfte, war bei inländischen Gästen (4,8%) höher als bei jenen aus dem Ausland (3,4%).

Sowohl deutsche (+9,4%) als auch holländische Gäste (+24,2%) nächtigten im Dezember 2008 häufiger als im Dezember 2007. Zweistellige Zuwächse wurden auch bei Gästen aus Belgien (+14,8%), aus Tschechien (+36,1%), aus Polen (+36,6%), aus Russland (+21,5%) und aus Dänemark (+25,9%) festgestellt. Die Zahl der Gäste aus den Vereinigten Staaten verringerte sich um 15,7%, was nicht zuletzt auf die Dollarschwäche zurückgeführt werden kann.

Im Kalenderjahr 2008 erreichte die Zahl der Nächtigungen mit 126,6 Mio. das gleiche Niveau wie Anfang der 1990er Jahre; sie erhöhte sich im Vergleich zu 2007 um 4,2%. Damit wurde das viertbeste Ergebnis erreicht, seit es Nächtigungsstatistiken gibt; übertroffen wurde das Ergebnis nur in den Jahren 1991 bis 1993, Rekordjahr war 1992 mit 130,42 Mio. Nächtigungen. Mit fast 34 Mio. Nächtigungen verbuchten inländische Gäste einen neuen Rekordwert (+2,6%); auch die ausländischen Gäste erreichten mit 92,7 Mio. Nächtigungen einen Wert, der über jenen der vergangenen Jahre liegt. Die Zahl der Gäste übertrifft mit 32,58 Mio. alle in den vergangenen Jahren erfassten Ankünfte: Gegenüber 2007 erhöhte sich die Zahl der Gästeankünfte um 4,7%. Die Zahl der inländischen Gästeankünfte, die 2007 mit 10,37 Mio. erstmals die 10-Millionenmarke überschritten hatte, erhöhte sich im Jahr 2008 weiter auf 10,68 Mio. Die durchschnittliche Aufenthaltsdauer blieb im Vergleich zum Vorjahr unverändert und lag bei 3,9 Nächten.

Nach rückläufigen Zahlen der deutschen Gäste nächtigungen in den Jahren 2006 und 2007 wurde mit 50,08 Mio. Nächtigungen im Jahr 2008 eine Steigerung von 4,0% er-

reicht; der Höchstwert von knapp 66 Mio. Nächtigungen von deutschen Gästen wurde 1981 registriert. Bemerkenswert waren 2008 die Zunahmen der Nächtigungszahlen von Gästen aus den ost- und zentraleuropäischen Ländern Tschechien (27,8%), Polen (33,9%) und Rußland (40,3%).



Die Zahl der Nächtigungen in Hotels der höchsten Kategorien (5-/4-Stern) erhöhte sich um 4,8% auf knapp 43 Mio.; ihr Anteil an allen Gäste nächtigungen des Jahres 2008 beträgt 33,9%. Die Übernachtungen in 3-Stern-Betrieben stieg um 3,5% auf 27,8 Mio.; 2-/1-Stern-Betriebe verzeichneten einen Zuwachs von 2,1%. Private Ferienwohnungen/-häuser wurden um 8,9% mehr frequentiert als im Vorjahr.

Die bisherige Wintersaison 2008/09 (November und Dezember 2008), gekennzeichnet durch gute Schneelage bereits im No-

vember und eine günstige Verteilung der Feiertage im Dezember, zeigt weitere Steigerungen in der Tourismusstatistik: Die Zahl der Nächtigungen nahm um 6,8% auf 13,86 Mio. zu, jene der Ankünfte um 2,1% auf 4,09 Mio. Die Zunahme der Nächtigungszahl von ausländischen Gästen lag mit 8,1% (auf 10,02 Mio.) über jener von inländischen Gästen (3,4% auf 3,85 Mio.). Der Zuwachs bei den Ankünften liegt sowohl bei inländischen als auch bei ausländischen Gästen bei 2,1%.

Tirol startete sensationell mit +10,4 % in die Wintersaison 2008/2009

Mehr als erfreulich sind die touristischen Zahlen Tirols für November und Dezember 2008. Die aktuelle Wintersaison beginnt mit einem Gesamtplus von 10,4 Prozent bei den Übernachtungen. Sowohl in den Tiroler Kernmärkten als auch in den Ländern Zentral- und Osteuropas wurden trotz angespannter Wirtschaftslage Zuwächse generiert. Bei 1.143.823 Ankünften konnte ein Plus von 460.972 auf 4.905.983 Übernachtungen erreicht werden.

„Der Tiroler Wintertourismus hat eindrucksvoll seine Stärke gezeigt und der Krise bisher erfolgreich getrotzt. Mich freuen die Zuwächse in den Tiroler Regionen und Gemeinden, die für ihr Engagement, ihre Investitionen und ihre Arbeit mit einem äußerst erfolgreichen Winterstart belohnt wurden“, erklärte Landeshauptmann Günther Platter. „Das Plus von 10,4 Prozent bei den Übernachtungen haben wir einerseits unseren Stammgästen und neuen Gästen aus unseren Nahmärkten zu verdanken sowie andererseits einer vielversprechenden, zunehmenden Internationalisierung unseres Tourismus in Richtung Zentral- und Osteuropa.“

Mit einem deutlichen Plus stehen hier Polen (+ 53,6 % Ankünfte; 53,6% Übernachtungen) und Rumänien (+ 25,9% Ankünfte; + 53,6% Übernachtungen) an der Spitze der Zuwachsraten. Im November und Dezember 2008 wurden über 104.000 Übernachtungen von polnischen Gästen im Herz der Alpen registriert. Nicht minder erfreulich der Gästezuwachs aus der tschechischen Republik: 39,6% mehr Ankünfte und ein Nächtigungszuwachs von 43,2% wurden hier verzeichnet. ■

Jungunternehmer sind krisenfest

WKÖ freut sich auch 2008 über 30.000 Neugründer – Investitionstätigkeit muß rasch ins Laufen kommen – Erstmals mehr als 40 Prozent weibliche Gründer

Zum wiederholten Mal in Folge haben Österreichs Jungunternehmer bei den Unternehmensneugründungen die 30.000er Hürde geknackt. Konkret haben 30.087 Jungunternehmer den Schritt in die Selbstständigkeit gewagt und damit rund 45.000 Jobs inklusive ihrem eigenen geschaffen. „Das ist ein ermutigendes Zeichen in der Krise nach den negativen Entwicklungen der letzten Monate an den Börsen und im Finanzwesen“, erklärte Christoph Leitl, Präsident der Wirtschaftskammer Österreich.

Rund 70 Prozent der Unternehmensneugründer seien auch nach fünf Jahren noch erfolgreich am Markt tätig, und mit dieser Rate bewege man sich im europäischen Spitzenfeld. „Das zeigt, daß unsere Gründer gut vorbereitet in die Selbstständigkeit starten und auch die entsprechende Begleitung durch das Gründerservice erhalten“, so der WKÖ-Präsident. Auch 2009 wolle man die 30.000er Hürde bei den Unternehmensneugründungen knacken. Um diesen Unternehmertegeist zu stärken und mutige Unternehmer vor den Vorhang zu holen, wurde unter eine eigene Homepage eingerichtet:

<http://www.jungewirtschaft.at/unternehmertegeist>

Angesichts der Konjunkturprognosen, die für 2009 ein Minus von 1,2 Prozent für Österreich und etwa für Deutschland fast doppelt so viel, nämlich Minus 2,3 Prozent, vorhersehen, reiche es nicht aus, nur besser als der Nachbar zu sein. Mit entsprechenden Lohnabschlüssen durch die Sozialpartner und der vorgezogenen Steuerreform seien in Österreich wichtige Konsumimpulse gegeben worden. Auch der Export werde weiterhin mit einer Internationalisierungsoffensive in Höhe von 25 Mio. Euro unterstützt u.a. mit dem Ziel, mehr KMU in den Außenhandel zu bekommen. Durch die Umsetzung der Zukunftsvorsorge für Unternehmer analog der Abfertigung neu und der Etablierung einer Arbeitslosenversicherung für Selbstständige seien wichtige Schritte zur sozialen Absicherung der Jungunternehmer gesetzt worden. Durch die Tarifierreform, die das günstigste Jahressechstel auch für Unternehmer und eine Abflachung der Steuersätze mit sich bringt, werden Klein- und Kleinstunternehmen mit bis zu 2500 Euro zusätzlich entlastet. „Damit verbleibt mehr Geld



Erfreulich ist der weiter gestiegene Frauenanteil, der nun 40,5 Prozent beträgt

im Unternehmen und stärkt die betriebliche Substanz“, so Leitl.

„Aber im Investitionsbereich geht es zu langsam vorwärts“, kritisierte Leitl. Seit einem halben Jahr sei man bei der Umsetzung der Maßnahmen im Bereich der thermischen Sanierung säumig, weil hier einiges „zwischen den Kompetenzen von Bund und Ländern hängen geblieben ist“, so der WKÖ-Präsident. Und auch das 100 Mrd. Euro Bankenhilfspaket habe bisher die erwartete Ankurbelung der Investitionen nicht mit sich gebracht – deshalb hat in der Wirtschaftskammer am 28. Jänner auch ein Gipfelgespräch hierzu stattgefunden.

Zu den Gründerzahlen merkte Leitl an, daß die eigentliche Zahl der Unternehmensneugründungen 2008 bei etwa 45.000 liege, man aber die zahlreichen Neugründungen durch die Personenbetreuer nicht in die Statistik mit eingerechnet habe.

Erfreut sei man aber über den weiter gestiegenen Frauenanteil, der nun 40,5 Prozent betrage. Dies sei zu einem Teil auch darauf zurückzuführen, daß die Rahmenbedingungen für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie verbessert wurden, wie etwa durch die Betriebshilfe die österreichweit angeboten werde. Gleichzeitig gebe es aber noch einiges zu tun, „denn neben der Arbeitsgesellschaft muß auch für die Familienge-

sellschaft Bewußtsein geschaffen werden“, unterstrich der WKÖ-Präsident. In Ergänzung betonte Elisabeth Zehetner, Bundesgeschäftsführerin des Gründer Service, daß die Umsetzung der steuerlichen Absetzbarkeit von Kinderbetreuungskosten in die richtige Richtung weise. Weitere Schritte wie das einkommensabhängige Kinderbetreuungsgeld seien aber noch offen. Dies sei von großer Bedeutung, um verstärkt Frauen als Gründerinnen ansprechen zu können.

Nach Rechtsformen führend waren auch 2008 die Einzelunternehmen mit knapp 80 Prozent aller Unternehmensneugründungen. Gefolgt von der GesmbH mit einem Anteil von 11,5 Prozent. Um den Anteil der GesmbHs zu erhöhen, hofft die WKÖ auf eine rasche Umsetzung der Reform dieser Rechtsform durch die neue Justizministerin, die sich dem gegenüber sehr offen gezeigt hat. Nach Sparten hat sich an den „Großen Drei“ nichts geändert. Im vergangenen Jahr wurden die meisten Unternehmen in Gewerbe und Handwerk gegründet: Etwa 10.500 neue Unternehmen (35,1 Prozent) entstanden in dieser Branche, an zweiter Stelle rangiert der Handel mit 7.500 Unternehmensneugründungen (25,1 Prozent), gefolgt von der Sparte Information und Consulting mit 7.255 Neugründungen (24,1 Prozent). ■

Weltinnovation aus dem Hause Manner:

Die Erste Kamelmilchschokolade der Welt

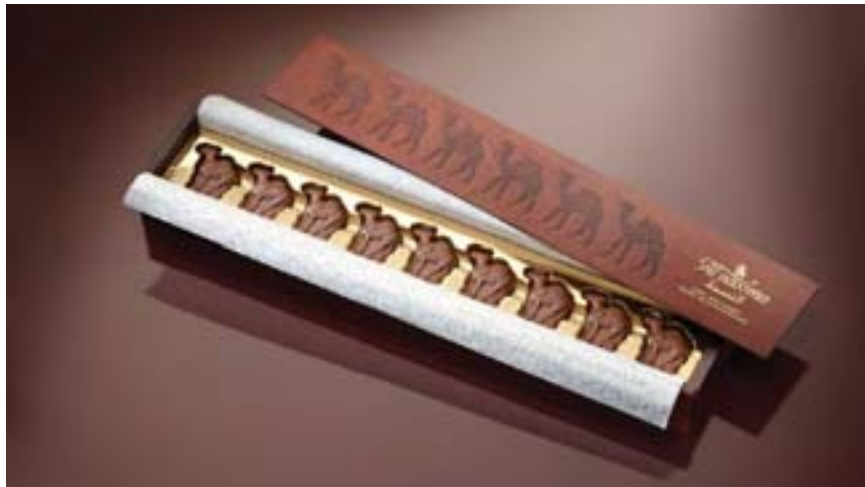
Die Mannerschnitte ist eines der wahren Wappen Österreichs“, schreibt der steirische Schriftsteller Peter Glaser. „Nähme man dem Österreicher ein paar ganz bestimmte Sachen weg, hätte das zur Folge, daß der Österreicher nur noch wenig Österreicher wäre, vielleicht gar kein Österreicher mehr. Er wäre dann ent-österreichert, ein unbestimmtes, wesenloses Individuum, letztendlich neutralisiert. Diese ganz bestimmten, wie ich sie nennen will: austrolegendären Sachen sind maßgebliche Bausteine unseres nationalen Selbstwertgefühls.“ Die Mannerschnitte als süßer Baustein der Republik Österreich ist freilich nur einer von vielen Beiträgen, den die Firma Josef Manner & Comp. AG, zur Identität der Genuß-Großmacht Österreich geleistet hat.

Das Haus am Stephansplatz öffnete 1890 seine Pforten

Millionenfach vervielfältigt kreist der Name Manner, mittlerweile hochkarätig flankiert von den ebenfalls aus dem Traditionshaus stammenden süßen Ikonen wie Casali-Schokobananen, Schmidt-Mozartkugeln, Napoli-Dragee-Keksi oder Ildefonso seit 1890 rund um den Erdball. Damals, in der Blütezeit der k. u. k. Monarchie, öffnete das Haus Manner am Wiener Stephansplatz seine Pforten – und blieb bis heute eines der mittlerweile selten gewordenen Beispiele eines erfolgreichen österreichischen Großunternehmens, das sich seit der Gründung zum größten Teil noch immer in Familienbesitz befindet. Diese „süße Erfolgsstory“ währt nun schon fast 120 Jahre.

Hochwertige Schokolade – seit kurzem auch für Dubai

Daß aber Manner auch ein Spezialist für hochwertige Schokoladeprodukte ist, wissen nur die wenigsten: Manner ist einer der wenigen Süßwarenhersteller, die Kakao noch selbst von der Bohne weg verarbeiten, alle Verarbeitungsschritte wie Rösten, Abpressen von der Kakaobutter bis zum Conchieren (sorgt für den „zartschmelzenden“ Charakter der Schokolade, Anm.) werden im Stammwerk im 17. Wiener Gemeindebezirk durchgeführt.



Kürzlich wurden in Dubai die ersten Produkte aus Kamelmilchschokolade vorgestellt.



Ein exquisites Produkt exquisit verpackt

Für den Salzburger Chocolatier Johann Georg Hochleitner produziert Manner schon seit fünf Jahren Schokolade aus Schafsmilch in neun Sorten sowie Schokolade aus Bioziegenmilch. Die auch für unter Lactoseintoleranz leidende Personen geeignete Schokolade hat in ganz Europa für großes Aufsehen gesorgt.

Im Namen der HMSchokolade Gmbh (gegründet von Walter Hochleitner und der Josef Manner & Comp. AG) verarbeitet Manner nun auch Kamelmilchpulver zu hochwertiger Schokolade unter dem Namen „Al Nassma“ für den arabischen Raum.

Kürzlich wurden in Dubai die ersten Produkte aus Kamelmilchschokolade vorgestellt. Kamelmilch, die im arabischen Raum besonders beliebt ist, enthält besonders viel Vitamin C, ist reich an Mineralstoffen und hat einen niedrigen Fettgehalt.

Die nach dem vom Meer kommenden erfrischenden Wüstenwind benannte Firma „Al Nassma“ vertreibt nicht nur die Schokoladeprodukte, sie liefert auch die Kamelmilch, die in pulverisierter Form nach Österreich geliefert wird. Um den Bedarf an Milch zu decken, wurden 3000 Kamele angeschafft. Der Vertrieb läuft vorerst über eigene Shops am Flughafen Dubai, in der Mall of Dubai und über den Factoryoutlet direkt bei der Kamelfarm. In der EU darf die Schokolade nicht verkauft werden. ■

<http://www.manner.at/>

Kärnten 2009 – Wohin gehen wir?

Landtagspräsident Josef Lobnig und der »Österreichische Journalist« luden zur Diskussion in den Großen Wappensaal des Kärntner Landhauses



Foto: LPD/Bodner

Landesdirektor des ORF Kärnten Willy Haslitzer, Präsident der Industriellenvereinigung Otmar Petschnig, Bildhauer Harry Jeschofnig, Landeshauptmann Gerhard Dörfler, Landtagspräsident Josef Lobnig, Reinhold Dottolo, Claudia Haider, Hannes Mösslacher und Georg Taitl, Herausgeber der Zeitschrift »Der Österreichische Journalist« (v.l.)

Landtagspräsident Josef Lobnig und Georg Taitl, Herausgeber der Zeitschrift „Der Österreichische Journalist“, luden am 25. Jänner zu einer hochkarätigen Diskussion über die Zukunft Kärntens in den Großen Wappensaal des Landhauses. Die Diskutanten, Landeshauptmann Gerhard Dörfler, der Präsident der Industriellenvereinigung Otmar Petschnig, die Chefredakteure Reinhold Dottolo und Hannes Mösslacher, der Landesdirektor des ORF Kärnten Willy Haslitzer und der Bildhauer Harry Jeschofnig waren sich einig, daß das Land seine guten Voraussetzungen nützen müsse, um auch in Zukunft erfolgreich zu bleiben.

„Jörg Haider war ein Meister im Umgang mit Medien“, stellte Dörfler fest. Er richtete kritische Worte an die anwesenden Chefredakteure und bat um mehr Qualität in der Berichterstattung. „Die Verantwortung der Medien ist größer als je zuvor“, so Dörfler. Es würden viele positive Berichte nicht erscheinen, da sie scheinbar weniger interessant für die Leser seien.

Petschnig machte deutlich, daß Kärnten mehr noch ein Industrieland als ein Tourismusland sei. 60 Prozent der Wertschöpfung des Landes seien auf die Industrie zurückzuführen. Kärnten habe rund 22.000 Beschäftigte in diesem Sektor, doppelt so viele wie im Tourismus beschäftigt sind. In Zukunft sollte Kärnten seine sehr guten Voraussetzungen nutzen und eine Positionierung als „Industrieland Kärnten“ wagen.

Die Abwanderung von jungen, gut ausgebildeten Kärntnern, den sogenannten „High Potentials“, sei besonders besorgniserregend, stellten Mösslacher und Petschnig fest. Zurück in das Bundesland würden meist nur ältere Generationen kommen. „Es muß Kärnten gelingen, sich als High-Tech-Land mit außergewöhnlich hoher Lebensqualität zu präsentieren, um so eine Abwanderung zu verhindern“, erklärte Mösslacher. Weiters würden der Politik im Moment konkrete Themen fehlen.

Dottolo und Haslitzer sprachen den Umgang mit den Medien an. „Jörg Haider war der erste Politiker nach Bruno Kreisky, der

die Medien verstanden hat“, so Dottolo. „Der verstorbene Landeshauptmann hatte die Gabe, brillant formulieren zu können und konnte so auch bewußt die Medien für sich nutzen“, sagte Haslitzer. Ob sich die Parteien richtig positioniert haben, werde man erst nach den Wahlen feststellen können, jedoch sei es von großer Bedeutung, daß Kärnten eine stabile Regierung bekomme und sich durch besondere Leistungen wieder ins mediale Interesse bringen könne.

Der Bildhauer Jeschofnig bat um mediale Unterstützung der Kultur und um Gleichstellung zwischen Volks- und Hochkultur. Weiters solle Kunst in keinem Falle politisiert werden, da gerade sie ja auch oft als Systemgegner auftrete.

Unter den Zuhörern waren auch: LH-Stv. Uwe Scheuch, LR Harald Dobernig, Landesamtsdirektor-Stv. Dieter Platzer, die NR-Abg. Gernot Darmann und Max Linder, Klubobmann Kurt Scheuch, die Landtags-Abg. Johann Gallo, Martin Strutz und Günther Willegger und Claudia Haider mit ihren Töchtern Ulrike und Cornelia. ■

Anbindung von A5 an Tschechien vertraglich fixiert

Infrastrukturministerin Bures: A5 stärkt Wirtschaftsstandort, erhöht Verkehrssicherheit und entlastet Bevölkerung im Weinviertel

Österreich und die Tschechische Republik haben am 23. Jänner in feierlichem Rahmen das Straßenverkehrsabkommen zur A5 Nord Autobahn in Wien unterzeichnet. Das bilaterale Regierungsübereinkommen legt den Übergabepunkt zwischen der A5 (Nord Autobahn) und der auf tschechischem Gebiet weiterführenden R52 fest.

Die Tschechische Republik und Österreich haben schon seit geraumer Zeit Gespräche über eine durchgehende Autobahnverbindung zwischen den beiden Hauptstädten geführt und dafür auch längerfristige politische Anstrengungen unternommen. Die A5 war ursprünglich bereits im Jahr 1971 ins Österreichische Bundesstraßengesetz aufgenommen worden und wurde dann im Jahr 1999 wiederum darin verankert. Ab diesem Zeitpunkt sind die notwendigen Planungsschritte in Richtung Grenzübergang Drasenhofen – Mikulov entwickelt und eingeleitet worden.

Aus österreichischer Sicht liegen die Vorteile dieser Verbindung nicht nur in der Errichtung einer leistungsfähigen Straßenverbindung zwischen den Wirtschaftsräumen Prag und Wien, erläutert Infrastrukturministerin Doris Bures. Die A5 trage auch wesentlich zur Entlastung der Bevölkerung im nördlichen Weinviertel bei.

Sowohl der Pendlerverkehr als auch der Wirtschaftsverkehr belasten derzeit die Ortsdurchfahrten entlang der Brünner Bundesstraße. Bures: „Die Autobahnverbindung wird nicht nur eine nachhaltige Entlastung des niederrangigen Straßennetzes bewirken und den Wirtschaftsstandort stärken, sondern auch merkbar zur Erhöhung der Verkehrssicherheit in diesem Raum beitragen.“

Die Trasse der A5 schwenkt ab km 27,25 nach Nordwest, quert die B 40, umfährt Wilfersdorf im Westen, führt östlich der Ortschaften Erdberg und Walterskirchen und schwenkt danach wieder nach Westen ab, quert die L 20, paßt sich im weiteren Verlauf einer Waldfläche nördlich von Walterskirchen an, quert die L 22 zwischen Poysdorf und Hernbaumgarten bevor sie wieder in die bestehende B 7 einschwenkt. Ab km 49,60

springt sie in einem Linksbogen nach Nordwesten ab. Sie verläuft anschließend unmittelbar auf der Gemeindegrenze Poysdorf – Drasenhofen, ehe sie in Richtung Norden abschwenkt. In einer Entfernung von ca. 550 m umfährt sie, nahe dem Klein Schweinbarther-

wald das Ortsgebiet von Drasenhofen. Westlich der bestehenden Schottergrube, nördlich des Ortsgebietes von Drasenhofen schwenkt sie im großen Bogen in die bestehende B 7 zurück, und durchfährt das ehemalige Zollamt annähernd zentrisch. ■



Erkennen neuer Fälschungstrends

Seit 1. Jänner 2009 gibt es im Bundesministerium für Inneres die »Dokumentenmeldeschiene«. Sie ermöglicht es der Polizei und den Sicherheitsbehörden, gefälschte Dokumente besser zu erkennen.

Die Qualität der gefälschten Dokumente hat in letzter Zeit zugenommen. Neue Trends bei den Fälschungen werden von den Behörden nicht immer gleich erkannt. Vor allem ist es sehr schwierig, Dokumente als gefälscht zu erkennen, bei denen zwar das Formular echt ist, aber die Ausstellung nicht durch eine autorisierte Behörde erfolgt ist.

Mit solchen Herausforderungen können sich die Spezialisten im Bundeskriminalamt und in den kriminalpolizeilichen Untersuchungsstellen in den Bundesländern erst dann befassen, wenn solche Dokumente vorher den Argwohn eines Polizisten oder eines Kontrollorgans erweckt haben. Die Mitarbeiter des Büros für Kriminaltechnik im Bundeskriminalamt überlegten, wie man in solchen Fällen die Beurteilung von Dokumenten auf eine bessere Basis stellen könnte. Dazu war es notwendig, eine Datenanwendung zu schaffen, die kostengünstig und nahezu ohne Mehraufwand für die Polizisten umsetzbar war.

Zu überlegen war: Welche Daten sollten zu den Dokumenten erfasst werden, woher könnten diese kommen, wie sollten die Untersuchungsergebnisse verwaltet werden, welche Wünsche an eine derartige elektronische Dokumentensammlung könnten andere potenzielle Nutzer haben und wie soll dem Datenschutz entsprochen werden? Im Zusammenwirken verschiedener Experten des Bundeskriminalamts und des Innenministeriums wurde die „Dokumentenmeldeschiene“ entwickelt, eine EDV-Anwendung, die seit 1. Jänner 2009 in Betrieb ist. Sie kann im BMI-Intranet unter „Web-Anwendungen“ aufgerufen werden.

„Es ist uns vor allem darum gegangen, die Erkenntnisse aller österreichischen Sicherheitsdienststellen über bedenkliche Dokumente zu bündeln. Durch das Sammeln und Auswerten von Informationen zu den Ausstellungsmodalitäten lassen sich nicht autorisiert ausgestellte amtliche Dokumente besser erkennen. Gleichzeitig schaffen wir eine Übersicht, wo welche Vergleichsdokumente in Österreich aufliegen. Da die Do-

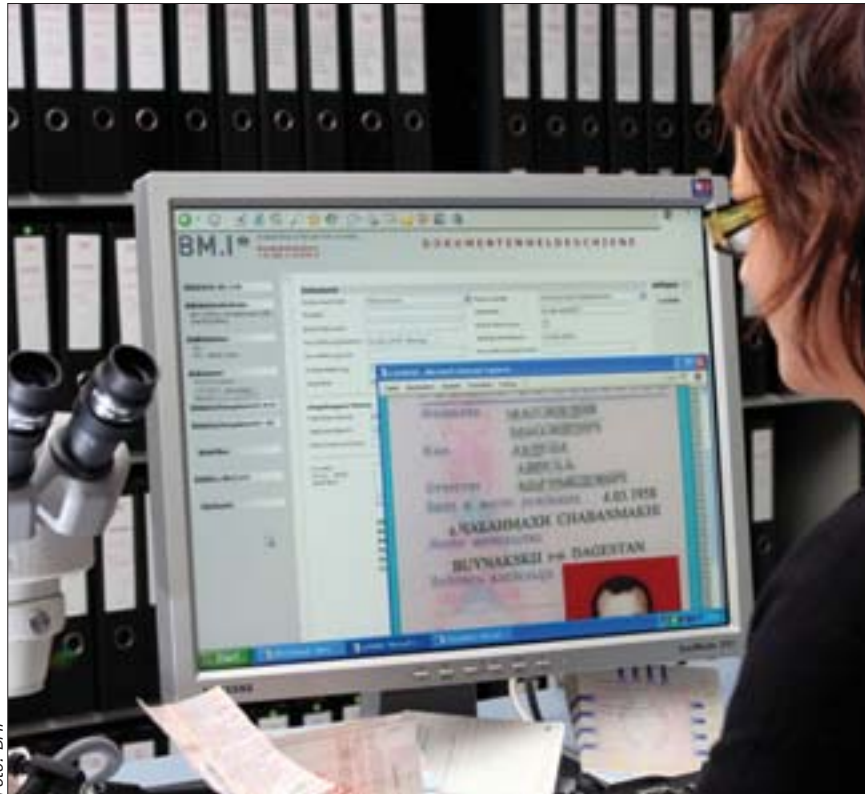


Foto: BMI

Durch das Sammeln und Auswerten von Informationen zu den Ausstellungsmodalitäten lassen sich nicht autorisiert ausgestellte amtliche Dokumente besser erkennen.

kumentenmeldeschiene direkt mit PAD gekoppelt ist, können wir neue Trends rasch erkennen und die Exekutive sowie andere Kontrollorgane über ARGUS, das elektronische Dokumenteninformationssystem des Innenministeriums, zeitnah informieren“, erläutert Robert Hirz, Leiter des Büros für Kriminaltechnik im Bundeskriminalamt.

Nutzen aus der Dokumentenmeldeschiene können nicht nur die Urkundenuntersucher ziehen, sondern auch andere kriminalpolizeiliche Organisationseinheiten; wie jene zur Bekämpfung der organisierten Kriminalität, durch Abfragen zu ID-Dokumenten, die den gleichen Dokumententyp, dieselbe Ausstellungsbehörde oder ein ähnliches Ausstellungsdatum aufweisen, oder Organisationseinheiten, die das Fremden- und Asylrecht vollziehen, durch die Beob-

achtung von Trends bei den vorgelegten Dokumenten.

Nicht nur Zentralstellen und Organisationseinheiten mit besonderen Aufgabenstellungen können in die Dokumentenmeldeschiene Einblick nehmen, sondern es kann sich auch jeder Polizist für sicherheits- und kriminalpolizeiliche Zwecke (Zugang mit Benutzername, Paßwort und Angabe des Anfragegrundes) über aktuelle Vorkommnisse auf dem Sektor bedenklicher Urkunden und Dokumente informieren.

Mit dem Urkundeninformationssystem ARGUS und der Dokumentenmeldeschiene wird eine verstärkte Sensibilisierung der Polizisten für möglicherweise ge- oder verfälschte Dokumente erreicht. So kann die Aufklärungsrate bei der Dokumentenfälschung gesteigert werden. ■

Eisbrecher im Wiener Hafen erstmals im Einsatz

»Eisvogel«: 36 Tonnen Stahl und 520 PS im Kampf gegen das Eis

Die Kältewelle hat Wien voll erfaßt und macht auch vor dem Wiener Hafen, einem Unternehmen der Wien Holding, nicht halt. Die frostigen Temperaturen lassen das Wasser zu einer dicken Eisschicht erstarren. Ab minus sechs Grad frieren die Fahrrinnen der Hafenbecken innerhalb eines Tages zu. Deshalb sorgt die „Eisvogel“ – der Eisbrecher des Wiener Hafens – dafür, daß der Hafen für die Schifffahrt offen bleibt. Am 9. Jänner war das Schiff in diesem Winter zum ersten Mal im Einsatz.

Langsam gräbt sich die „Eisvogel“ Stück für Stück durch die Eisfläche. 36 Tonnen bringt der 32 Meter lange und sechseinhalb Meter breite Eisbrecher auf die Waage.

Um sich mit noch größerer Wucht auf die Eisplatten zu hieven, kann das Schiff das Doppelte seines Gewichtes zusätzlich an Wasserballast aufnehmen. 14 Millimeter dicker Stahl schützt den Rumpf vor den scharfen, harten Eisschollen. Die 520 PS starken Dieselmotoren schieben den Koloss im Schritttempo Meter für Meter voran. Noch ist die Eiskecke im Wiener Hafen nicht besonders dick. 10 bis 15 Zentimeter sind es derzeit. Kein Problem für die „Eisvogel“. „Bis zu sechzig Zentimeter dickes Eis schaffen wir locker“, erklärt Kapitän Wolfgang Steindl. Zuletzt war das 1985 der Fall, bei tagelanger klirrender Kälte mit bis zu minus 28 Grad. Dann vibriert im Kampf gegen die Eismassen der ganze Schiffskörper, Heckwasser schäumt auf und laut knirschend bricht das Eis in Stücke“, so Steindl.

„Ein bis maximal zwei Stunden werden derzeit benötigt, um eine Fahrrinne in einen der drei Wiener Häfen (Hafen Albern, Hafen Freudenau und Ölhafen Lobau) zu brechen. Fünf Mann Besatzung arbeiten auf der „Eisvogel“: ein Kapitän, ein Maschinist, zwei Steuermänner und ein Matrose“, erklärt Hafen-Direktor Komm.-Rat Friedrich Pacejka. Der Job ist nicht einfach bei dem vielen Lärm unter Deck. Auch die Steuerung des großen Ruders ist oft Schwerstarbeit und erfordert gleichzeitig Fingerspitzengefühl, wenn das Schiff bis auf wenige Millimeter an die Kaimauer heranmanövriert wird.

„Als größter Donauhafen Österreichs und einer der wichtigsten Donauhäfen in Europa



Foto: Pressefoto Votava

Der Eisbrecher »Eisvogel« ist im Wiener Hafen dieses Jahr erstmals im Einsatz

muss der Wiener Hafen auch im Winter nicht nur für die Güter, die per Schiene und LKW hier umgeschlagen werden, sondern auch für die Schifffahrt offen sein“, erklärt Wien Holding-Geschäftsführer Komm.-Rat Peter Hanke. Pro Jahr werden im Logistikzentrum Wiener Hafen von allen dort ansässigen Unternehmen bereits rund 12 Millionen Tonnen Güter umgeschlagen. Etwa die Hälfte der Güter werden per LKW, 35 Prozent per Bahn und 15 Prozent per Schiff umgeschlagen.

In allen drei Häfen (Hafen Albern, Hafen Freudenau und Ölhafen Lobau) werden pro Jahr fast 1.700 Frachtschiffe – ein Viertel davon im Winter – abgefertigt. Per Schiff werden vor allem Mineralölprodukte (über 60%) sowie Streusalz, Baustoffe wie Zement, Sand oder Stahlprodukte bzw. landwirtschaftliche Produkte wie Getreide und Kunstdünger transportiert.

Genau deshalb ist die „Eisvogel“ im Winter immer startklar, um das Eis im Hafenbecken aufzubrechen, den Schiffen die Ein- und Ausfahrt zu ermöglichen, vor allem aber um den Kähnen den gigantischen Druck des Eises zu nehmen. Denn das Hafenbecken kann rasch zufrieren. Ab Minus 15 Grad sogar innerhalb weniger Stunden. In diesem Geschäft ist die „Eisvogel“ bereits ein „alter Hase“, der sich seit 1955 erfolgreich bewährt.

Zum Wiener Hafen

Mit einer Fläche von 3,5 Millionen Quadratmetern ist dieses Logistikzentrum Wiener Hafen das größte Güterverkehrszentrum in Österreich. Es beherbergt den größten öffentlichen Donauhafen Österreichs mit den Frachthäfen Freudenau und Albern sowie dem Ölhafen Lobau. Auch die Personenhäfen bei der Reichsbrücke und am Donaukanal gehören dazu. Neben den Gesellschaften der Wiener Hafen-Gruppe haben sich mittlerweile rund 120 hauptsächlich logistiknahe Unternehmen angesiedelt, darunter weltweit agierende Logistiker wie etwa Schenker, Kühne & Nagel, DHL oder die Rail Cargo Austria sowie zahlreiche Unternehmen aus dem Handels- und Baubereich oder der Treibstoffbranche. Insgesamt arbeiten rund 5000 Beschäftigte im Logistikzentrum Hafen Wien.

Rund 2000 Kilometer entfernt vom Schwarzen Meer und rund 1500 Kilometer von der Nordsee, punktet der Wiener Hafen mit seiner optimalen direkten Anbindung an die drei Verkehrsträger Schiff, Eisenbahn und LKW sowie mit der Nähe zum Flughafen Wien-Schwechat. Diese Standortvorteile steigern die Bedeutung des Wiener Hafens für die Wirtschaft im gesamten CEE-Raum und machen ihn zum idealen Hub zwischen Ost und West. ■

Wiens 10millionster Nächtigungsgast 2008

Wiens „10millionster Nächtigungsgast 2008“ ist Familie Hoffmann – Mutter Heivi, Vater Alexander und Baby Quirin aus Landshut in Bayern, die im vergangenen Dezember auf Wien-Besuch waren. Am 24. Jänner reisten alle drei wieder an, diesmal als Ehrengäste und im Rathaus von Bürgermeister Michael Häupl, Vizebürgermeisterin Renate Brauner, Wiens Wirtschaftskammerpräsidentin KommR.in Brigitte Jank und Tourismusdirektor Norbert Kettner gefeiert. Der Bürgermeister ehrte Familie Hoffmann mit dem Goldenen Rathausmann und Jank überreichte ihr einen Einkaufsgutschein der Wiener Einkaufsstrassen für den nächsten Wien-Besuch, den die Hoffmanns zu ihrem Wunschtermin als VIP-Gäste von Wien-Tourismus absolvieren werden.

Recht überrascht war Alexander Hoffmann, als er im Jänner einen Anruf von Johannes Mauthe, Direktor des Austria Trend Hotels Savoyen Vienna, erhielt, wo er mit seiner Familie von 12. bis 14. Dezember logiert hatte. Die Hoffmanns wären, so erfuhr er, optimal geeignet „Wiens 10million-

sten Nächtigungsgast 2008“ zu verkörpern, und daher von ihm und Tourismusdirektor Kettner herzlich eingeladen, sich am 27. Jänner als solche zu präsentieren. Hoffmanns

nahmen die Einladung an, und beim näheren Kennenlernen stellte sich heraus, daß der Zufall manchmal gerecht ist: Alexander Hoffmann, selbständiger Immobilien-Unternehmer, und seine aus Estland stammende Frau Heivi verbringen seit fünf Jahren im Dezember ein paar Tage in Wien. 2008 war Sohn Quirin, nunmehr sechs Monate alt, erstmals dabei. ■



Foto: Schaub-Walzer

Tourismusdirektor Norbert Kettner, WK-Wien-Präsidentin KR.in Brigitte Jank, Vizebürgermeisterin Renate Brauner, Familie Hoffmann und Bgm. Michael Häupl (v.l.)

Zu Fuß von Wien nach Tirol



Otto Widner mit seiner Frau Johanna und Vizebürgermeister Eugen Sprenger (v.l.)

Ein bunten Blumenstrauß schenkte Innsbrucks Vizebürgermeister Eugen Sprenger dem Ehepaar Johanna und Otto Widner, das am 5. Jänner die eiserne Hochzeit feierte. Bei seinem Gratulationsbesuch am 8. Jänner konnte sich der Vizebürgermeister davon überzeugen, daß deren bisheriges

Leben alles andere als langweilig war. 1943 hat sich das Paar kennen gelernt. „Ein Wiener Bekannter war mit Otto eingerückt“, erzählte die 85Jährige. „Eines Tages zeigte er ihm ein Foto von mir, da war es um ihn geschehen.“ Nur ein Jahr später waren sie verheiratet. Das nächste Abenteuer ließ nicht

lange auf sich warten. Nach Kriegsende ging das junge Paar zu Fuß von Wien ins Zillertal. „Ich war das Marschieren ja gewöhnt“, erzählte Widner. Während der Überquerung der Enns wurde ihre Zille von hinten von Russen beschossen, die Amerikaner kamen ihnen von der anderen Flußseite entgegen. „Meinem Mann gaben sie Zigaretten, ich bekam Schokolade“, erzählte Johanna Widner.

Weiter ging es über die Bundesstraße zu den Verwandten im Zillertal. „Die dachten, mich gäb's nicht mehr“, so Widner über das glückliche Ende ihrer elftägigen Reise.

Später reisten sie öfter in die Bundeshauptstadt. „Die Wiener lieben ja die Tiroler“, bestätigte Johanna Widner das gängige Klischee. „Hatten meine Kinder ein Dirndl an, mußten sie nur die Schürze heben und schon haben sie dort allerlei hineinbekommen.“ 1965 zog die Familie in das Haus in der Amraser Straße, wo sie bis heute leben.

Geheimnis ihrer langen Eheglücks seien die gemeinsamen Interessen: „Wir verreisen beide gerne und haben viel Sport zusammen gemacht.“ Noch heute geht Widner mit seiner Tochter regelmäßig auf die Hungerburg. „Das hält mich fit“, so der agile Jubilar. ■

Kulinarischer Tourismus als Schwerpunkt

Genuss Regionen Österreich präsentierten Jahresprogramm
Eisl: Initiative sichert regionale Wertschöpfung

13 Genuss Regionen in ganz Österreich, zehn davon in Salzburg. Seit rund fünf Jahren setzen das Lebensministerium und die Agrarressorts der Bundesländer auf diese Initiative, um regionaltypische Köstlichkeiten und Spezialitäten zu präsentieren und den Einsatz dieser Schmankerl in der Region zu verstärken. 2009 heißt der Schwerpunkt der Genuss Regionen „Kulinarischer Tourismus“. „Wesentlich für das Gelingen dieser Initiative ist, daß wir nicht nur Hinweistafeln an den Ortsein- und -ausfahrten aufstellen, sondern in den Regionen und Gemeinden auch wirklich Kooperationen mit dem Handel, der Gastronomie und dem Tourismus eingehen“, so Salzburgs Agrarreferent Landesrat Sepp Eisl am 23. Jänner bei einem Informationsgespräch. „Österreichweit ist eine große Begeisterung für die Genuss Regionen-Initiative festzustellen. Neben Qualität und Frische wird dem Konsumenten die Herkunft der Lebensmittel immer wichtiger“, bestätigte Landwirtschaftsminister Nikolaus Berlakovich, der ankündigte, die Initiative weiterhin massiv zu unterstützen.

„Einheimische und Gäste müssen die Spezialitäten im Supermarktregal finden, auf der Speisekarte oder vielleicht auch einmal im Hotel als Gruß des Hauses. Mit dem Schwerpunkt ‚Kulinarischer Tourismus‘ verstärken wir heuer diese Kooperationen. Ein sehr wichtiger Schritt, da gerade in Salzburg der Tourismus ein so wichtiger Wirtschaftsfaktor ist und wir mit der Verknüpfung von Lebensmitteln und Urlaubsregion die regionale Wertschöpfung ausbauen und Arbeitsplätze sichern“, sagte Eisl. 1800 Partner sind es in den 113 Genuss Regionen bereits, die dort die Spezialitäten präsentieren. Diese Partnerschaften seien noch auszubauen, betonte der Agrarreferent.

Kooperation Tourismus und Landwirtschaft ausbauen

„Ich werde mich gemeinsam mit Tourismusreferent Landeshauptmann-Stellvertreter Wilfried Haslauer in den kommenden Monaten darum kümmern, dass wir diese Kooperation zwischen Tourismus und Land-

wirtschaft noch weiter ausbauen“, sagte der Landesrat. Salzburg wirbt bereits in vielen Bereichen mit Schwerpunkten aus der Landwirtschaft, wie etwa mit „Salzburgerisch aufgetischt“, dem „Almsommer“ oder dem „Bauernherbst“. „Wir sehen, daß die hervorragenden Lebensmittel und die gepflegte Landschaft wesentliche Entscheidungsfaktoren für die Wahl der Urlaubsdestination sind“, so Eisl: „Wilfried Haslauer hat es im Zusam-

Berlakovich: Kontrollierte Herkunft und großer Genuß

Regionale Lebensmittel stehen nicht nur für kontrollierte Herkunft, sondern versprechen den Konsumenten auch großen Genuss und einen nicht zu unterschätzenden Gesundheitsaspekt, führte Minister Berlakovich aus. Er verwies außerdem auf die großen regionalen Impulse, die durch die Genuss Regionen-Initiative gesetzt werden.



LR Sepp Eisl mit Gattin Christine, Bundesminister Niki Berlakovich und der Obmann der ARGE Heumilch, Karl Neuhofer(v.l.)

Foto: Foto: Franz Neumayr LPB

menhang mit der Messe ‚Alles für den Gast – Herbst 2008‘ ganz klar gesagt: Die vergangenen Jahre haben Salzburg touristische Rekordergebnisse gebracht. Trotzdem braucht es eine weitere Optimierung der touristischen Rahmenbedingungen und nicht zuletzt neue, innovative Projekte. All unsere Erfahrungen zeigen, daß Kulinarik und Genuß für unsere Gäste in Salzburg eine große Rolle spielen. Das Konsumieren regionaltypischer Speisen und Getränke gehört für 68 Prozent aller Gäste im Bundesland Salzburg zur Urlaubsgestaltung.“ Die zehn Salzburger Genuss Regionen sind Pinzgauer Kitz, Bramberger Obstsaft, Pinzgauer Bierkäse, Pinzgauer Rind, Salzkammergut Reinanken, Tennengauer Almkäse, Tennengauer Berglamm, Flachgauer Heumilchkäse, Lungauer Eachtling und Walser Gemüse.

Wie Untersuchungen belegen, wird die Wertschöpfung im ländlichen Raum erhöht, es gibt Umsatzsteigerungen von 15 bis 20 Prozent und es werden neue Arbeitsplätze geschaffen.

Für 2009 sei geplant, so Berlakovich weiter, die Kooperationen mit Handel und Tourismus zu intensivieren. Ein Beispiel seien die „Genusswochen“, die das ganze Jahr über in den Regionen stattfinden. In Salzburg werde die Kooperation „Salzburgerisch aufgetischt“ mit der Salzburger Land Tourismus ausgebaut. Auch die Aktion der „Genusswirte“ werde weitergeführt, so der Landwirtschaftsminister. Durch eine verstärkte Zusammenarbeit mit der Österreich-Werbung werden verstärkte Initiativen auf dem deutschen Markt gesetzt. ■

<http://www.genuss-region.at/>

Schierhuber: »Ritter der französischen Ehrenlegion«

Auszeichnung für jahrelangen Einsatz für die europäische Einigung

Die langjährige österreichische Bauernvertreterin im Europäischen Parlament, ÖVP-Europaabgeordnete Agnes Schierhuber, wurde am 12. Jänner in Straßburg zum „Ritter der französischen Ehrenlegion“ ernannt. In Vertretung des französischen Staatspräsidenten Nicolas Sarkozy überreichte der Vorsitzende der EVP-ED Fraktion im Europäischen Parlament, Joseph Daul, diese höchste Auszeichnung der französischen Republik. „Agnes Schierhuber hat seit ihrer Wahl in das Europäische Parlament mit großem Einsatz und hoher Sachkenntnis für das europäische Einigungswerk gearbeitet. Sie ist als Frau, als Bäuerin und als Politikerin ein Vorbild. Ihre Bereitschaft zur Kompromissfindung und ihre Fähigkeit, dabei stets ihre Überzeugung aufrecht zu vertreten, machen sie zu einer wahren Europäerin. Für ihre Leistungen möchte ich die Republik Frankreich mit der Aufnahme in die französische Ehrenlegion danken“, so der Vorsitzende der größten Fraktion des Europaparlaments in seiner Ansprache.

An der Zeremonie nahmen neben ÖVP-Europaklubobmann Othmar Karas und zahlreichen weiteren Europaparlamentariern auch Vizekanzler a.D. Wilhelm Molterer, der Präsident des Österreichischen Bauernbundes Abg.z.NR Fritz Grillitsch, Bauernbunddirektor Johannes Abentung sowie der österreichische Botschafter beim Europarat, Thomas Hajnoczi und Generalkonsulin Elisabeth Ellison-Kramer teil.

Die Ehrenlegion wurde am 19. Mai 1802 von Napoléon Bonaparte in der Absicht gestiftet, militärische und zivile Verdienste, ausgezeichnete Talente und große Tugenden zu belohnen. Die Ehrenlegion ist die ranghöchste Auszeichnung Frankreichs, die Verleihung erfolgt im Namen und auf Vorschlag des Staatspräsidenten. Durch eine Rechtsverordnung von 1962 ist die Gesamtzahl der Auszeichnungen auf 125.000 beschränkt. Die Anzahl der mit dem Kreuz der Ehrenlegion ausgezeichneten Frauen beträgt heute rund 10%.

In ihrer Dankesrede betonte Schierhuber den Wert der Europäischen Union für alle Bürgerinnen und Bürger. „Wir haben es aus unserer Geschichte gelernt, wie wichtig und unersetzlich Frieden ist. Die Gemeinschaft



NR Fritz Grillitsch, NR Wilhelm Molterer, Erich Schierhuber, MEP Agnes Schierhuber, MEP Joseph Daul und Othmar Karas (v.l.)
Foto: Philipp Schulmeister

der europäischen Staaten nützt und schützt den Menschen. Ich bin glücklich, daß ich meinen Beitrag dafür leisten durfte, an diesem Friedensprojekt mitzubauen“, sagte Schierhuber. „Gerade die Landwirtschaft als der einzig vollständig vergemeinschaftete Politikbereich der Europäischen Union braucht unser aller Aufmerksamkeit. Was wir Bauern leisten, leisten wir für die ganze Gesellschaft. Was wir erzeugen, ernährt nicht nur uns Bauern, sondern uns alle. Was wir im ländlichen Raum bewahren, erhalten wir für unsere Kinder. Unser tägliches Brot ist keine Selbstverständlichkeit, sondern das Ergebnis harter Arbeit. Und diese Arbeit zu unterstützen, zu fördern und zu schätzen, ist eine Aufgabe auch des gemeinsamen Europa.“

Agnes Schierhuber wurde am 31. Mai 1946 in Reith (Bezirk Ottenschlag, NÖ) als viertes von sechs Kindern auf einem Bauernhof geboren. Sie ist seit 1967 verheiratet, hat zwei Töchter und fünf Enkelkinder. Als ausgebildete landwirtschaftliche Facharbeiterin hat sie von 1967 bis 2000 gemeinsam mit ihrem Mann einen Bauernhof, Bergbauernzone 1, bewirtschaftet. 2000 erfolgte die Übergabe des Betriebes an die ältere Tochter und deren Familie. Ihr Interesse für Politik wurde schon früh im Elternhaus

geweckt. Ein späterer Mentor und großes Vorbild war für sie der frühere NÖ Bauernbund-Obmann und langjährige Landeshauptmann von NÖ, Andreas Maurer.

Im Europäischen Parlament ist Agnes Schierhuber Vollmitglied im Ausschuß Landwirtschaft und ländliche Entwicklung sowie in der Delegation Kanada und Ersatzmitglied im Ausschuß für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten. In der Fraktion der Europäischen Volkspartei (EVP) ist sie stellvertretende Vorsitzende des Arbeitskreises C (Landwirtschaft, Fischerei, Budget, Budgetkontrolle). Und sie allein war in der letzten Legislaturperiode 15 Mal die verantwortliche Verhandlungsführerin der EVP/ED-Fraktion, z. B. im Bereich der ländlichen Entwicklung, für die gemeinsame Marktorganisation Flachs und Hanf und zur Koexistenz.

Agnes Schierhuber sieht sich trotz langjähriger erfolgreicher politischer Arbeit nicht als Berufspolitikerin: Ihre wirtschaftliche Unabhängigkeit von der Politik war und ist ihr wichtig.

Als jahrzehntelang aktive Bäuerin weiß sie um die Anliegen und Probleme der Landwirtschaft und der Menschen im ländlichen Raum, und dafür setzt sie sich ein. ■

<http://www.agnes-schierhuber.at>

Int. Preis für Peter Zoller

Hochdotierte Auszeichnung für Vordenker der Quanteninformation

Für ihre weltweit führende Rolle bei der Entwicklung neuer theoretischer Konzepte in der Quanteninformation wurden Peter Zoller und Ignacio Cirac am 26. Jänner mit dem BBAV „Foundation Frontiers of Knowledge Award“ in der Kategorie Grundlagenforschung ausgezeichnet. Die von Nobelpreisträger Theodor W. Hänsch angeführte Jury begründete ihre Entscheidung damit, dass Zoller und Cirac „grundlegende Arbeit auf dem Gebiet der Quanteninformation“ geleistet haben. Beide hätten neue theoretische Einsichten formuliert und zahllose Experimente in einem weiten Feld von Atomen und Ionen bis zu kondensierter Materie inspiriert.

Peter Zoller forscht und lehrt an der Universität Innsbruck und ist Wissenschaftlicher Direktor am Institut für Quantenphysik und Quanteninformation (IQOQI) der Österreichischen Akademie der Wissenschaften (ÖAW). Ignacio Cirac ist Direktor am Max-Planck-Institut für Quantenoptik in Garching bei München.

Vor seiner Berufung nach Deutschland war Cirac von 1996 bis 2001 Professor für Theoretische Physik an der Universität Innsbruck. „Es ist eine große Ehre und Anerkennung für unsere Arbeit“, sagte Peter Zoller nach der Bekanntgabe der Preisträger. „In den letzten zehn Jahren ist das Feld der Quanteninformation enorm gewachsen, und nach und nach bestätigen sich viele unserer Erwartungen.“ Zoller zeigte sich sehr erfreut darüber, dass er diesen Preis mit seinem langjährigen Kollegen und Freund Ignacio Cirac teilen darf: „Mit ihm gemeinsam sind viele dieser neuen Ideen und Konzepte entstanden.“

Vordenker der Physik

Peter Zoller hat als Theoretiker wesentliche Arbeiten zur Wechselwirkung von Laserlicht und Atomen verfaßt. Neben grundsätzlichen Entwicklungen in der Quantenoptik ist ihm insbesondere auch der Brückenschlag zur Quanteninformation gelungen. Ein von ihm und Ignacio Cirac 1995 vorgeschlagenes Modell eines Quantencomputers basiert auf der Wechselwirkung von Lasern mit kalten, in einer elektromagnetischen Falle gespeicherten Ionen. In Grundzügen wurde diese Idee in den vergangenen



Vordenker Peter Zoller

Jahren bereits experimentell umgesetzt, und sie zählt zu den erfolgversprechendsten Konzepten auf dem Weg zu einem skalierbaren Quantencomputer.

Zollers Ideen und Konzepte finden breite Aufmerksamkeit in der wissenschaftlichen Gemeinde, seine Arbeiten wurden bereits weit über 20.000 Mal zitiert. Für seine Leistungen wurde Peter Zoller schon mit einer ganzen Reihe von Preisen ausgezeichnet, so der Dirac-Medaille (2006), der Niels Bohr-Goldmedaille (2005), der Max-Planck-Medaille (2005), dem Max Born-Award (1998) und dem Wittgenstein-Preis (1998). Peter Zoller ist seit 2008 Mitglied der National Academy of Sciences, USA, und der Königlich-Niederländischen Akademie der Künste und Wissenschaften und seit 2001 wirkliches Mitglied der Österreichischen Akademie der Wissenschaften (ÖAW).

Zweithöchste Auszeichnung

Die BBVA Foundation ist eine Stiftung der spanischen Bank BBVA mit Hauptsitz in Bilbao. Mit dem in diesem Jahr erstmals vergebenen BBAV Foundation Frontiers of Knowledge Award soll die weltbeste Forschung und künstlerische Leistung gefördert werden. Nach dem Nobelpreis kann diese als

die zweithöchste Auszeichnung angesehen werden: jährlich werden 3,2 Mio. Euro für wissenschaftliche und künstlerische Bereiche ausgeschüttet. Die Preise werden in acht Kategorien vergeben, mit einer Dotierung von 400.000 Euro pro Kategorie.

Die spanische BBVA-Stiftung unterstützt Erkenntnisgewinn, wissenschaftliche Forschung und die Kulturförderung sowie die Vermittlung der Ergebnisse an die Gesellschaft. Diese Bemühungen fließen in Forschungsprojekte, in Bildung und Weiterbildung, Stipendien und Preise. Zu den von der Stiftung bevorzugten Aktivitätsbereichen gehören die Grundlagenforschung, Biomedizin, Ökologie und Schutz der biologischen Vielfalt, Sozialwissenschaften sowie Literatur und musikalisches Schaffen. ■

<http://www.iqoqi.at/>



Fotos: C. Lackner

Spitzenforschung am Institut für Quantenoptik und Quanteninformation der Österr. Akademie der Wissenschaften

Nano-Optik: Durchbruch in Graz

Universitätenübergreifende Forschergruppe entwickelt weltweit neue Meßmethode

Ein Schub für Entwicklungen in der Nano-Optik kommt aus der steirischen Landeshauptstadt: Wissenschaftlern von TU Graz und Karl-Franzens-Universität Graz ist es als weltweit erster Gruppe gelungen, die Verteilung von Oberflächenplasmonen – das sind elektronische Dichteschwankungen an der Oberfläche von Metallen – auf Gold-Nanoteilchen mit Energiefilterungs-Elektronenmikroskopie zu messen. Die neuen Erkenntnisse liefern die Basis für ein breites Anwendungsspektrum für Informationsverarbeitung und Biosensorik und waren nur aufgrund der universitätenübergreifenden Zusammenarbeit in den Naturwissenschaften zwischen den beiden Grazer Universitäten möglich. Nachzulesen sind die Resultate der Arbeit der Grazer Forscher in der Jänner-Ausgabe von „Physical Review B“, einer der renommiertesten Fachzeitschriften in der Physik.

Nano-Optik nutzt Licht, um Informationen zu übertragen. Genaue Kenntnis der Phänomene, die sich im Bereich von nur wenigen Nanometern abspielen, bildet die Basis, für die Weiterentwicklung möglicher Anwendungen. Daher sind Messmethoden, die sich mit diesen „kleinsten Größen“ befassen, zentral. „Die Idee zu erstmaligen Messungen von Plasmonen auf Gold-Nanoteilchen hatten wir schon länger, die Umsetzung war aber erst gemeinsam mit den Kollegen der Karl-Franzens-Universität Graz möglich“, berichtet Ferdinand Hofer, der das Institut für Elektronenmikroskopie und Feinstrukturforschung der TU Graz leitet. Dort stehen die leistungsfähigsten Elektronenmikroskope Österreichs, unter anderem mehrere Energiefilterungsmikroskope, wie sie für die speziellen Messungen benötigt wurden. An der Karl-Franzens-Universität Graz erfolgte dann die Prüfung der Meßergebnisse am PC: Physiker Ulrich Hohenester und sein Dissertant Andreas Trügler bestätigten die Messungen durch rechnerische Simulation am PC.

Basis für breites Anwendungsspektrum

Mit der neuen Meßmethode können die Forscher Oberflächenplasmonen mit einer wesentlich besseren Auflösung messen als mit bisher gebräuchlichen optischen Methoden. Die Genauigkeit von einem Millionstel

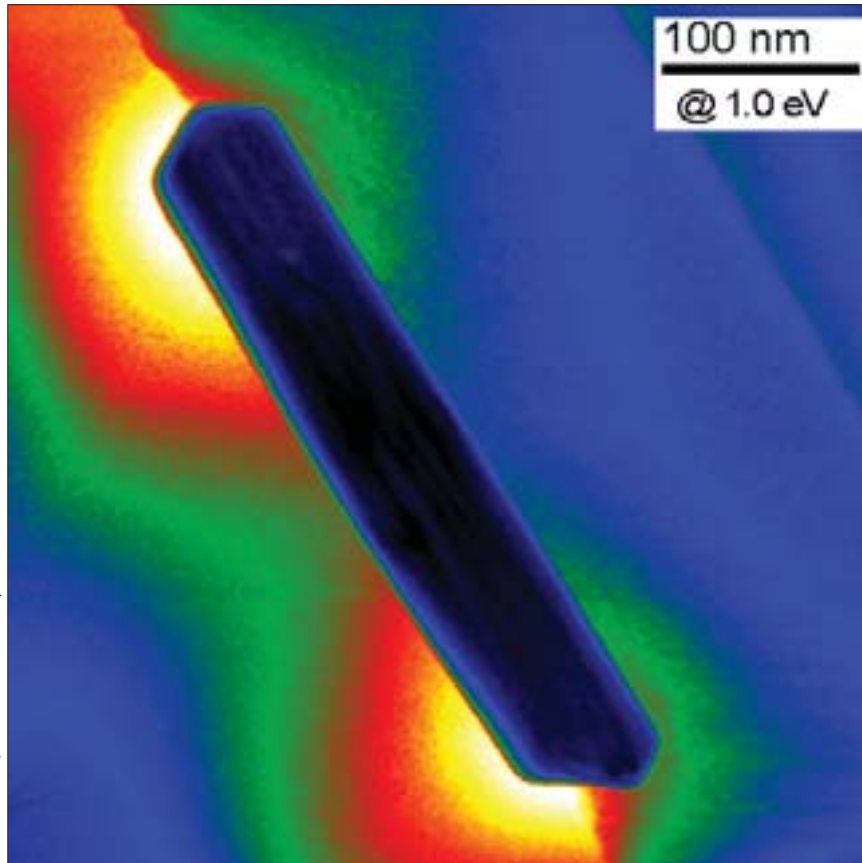


Foto: TU Graz/Elektronenmikroskopie

Oberflächenplasmon auf einem Goldteilchen im Nanometer-Bereich

Millimeter scheint nun völlig neue technologische Anwendungen in greifbare Nähe rücken zu lassen: Denkbar sind Entwicklungen in der Biosensorik, wo nanoskopische Systeme genutzt werden, um etwa menschliche DNA zu erkennen. Oberflächenplasmonen können aber auch geeignet sein, optische Informationen in Computerchips deutlich schneller zu übertragen als dies mit herkömmlichen Computern möglich ist. Die neuen Erkenntnisse aus Graz könnten also zu einem entscheidenden Durchbruch in der Informationsverarbeitung beitragen. Die Publikation in „Physical Review B“ wurde vom Journal mit dem Vermerk „Editors suggestion“ ausgezeichnet – damit kennzeichnet der Herausgeber Arbeiten mit besonderer Qualität.

Nano-Fingerabdruck eines zweidimensionalen Kristalls

Erst im Oktober 2008 war es den Grazer Wissenschaftlern des Instituts für Festkörper-

physik der TU Graz der Nachweis der Struktur von Einzelmolekül-Schichten gelungen: Die Moleküle bilden zweidimensionale Kristalle, die ihre niederländischen Forscherkollegen erfolgreich für elektronische Bauteile testeten. Für die dazu notwendigen Messungen arbeiteten die Forscher auch an der Europäischen Synchrotronstrahlungsquelle in Grenoble, einer der weltweit stärksten Photonenquellen der Welt. Diese Strahlung eignet sich besonders, um den internen Aufbau von Materie – die Anordnung der einzelnen Atome und Moleküle – zu bestimmen. „Dabei konnten wir zeigen, daß die Moleküle einen zweidimensionalen Kristall mit einer Dicke von lediglich drei Nanometern bilden“, beschreibt der Physiker Roland Resel den typischen „Fingerabdruck“.

Die Arbeit der österreichischen Forscher finanzieren der Österreichische Wissenschaftsfonds FWF und die Österreichische Nanoinitiative. ■

<http://www.tugraz.at>

Schmerz-Gen reguliert Gedächtnis und Gehirnalterung

Das Gen DREAM, das wesentlich an der Schmerzverarbeitung beteiligt ist, scheint auch großen Einfluß auf Lernen und Gedächtnis zu haben.

Dies fanden Forscher in Wien und Sevilla durch Studien an Mäusen heraus. Die neuen Erkenntnisse könnten helfen, die Entstehung der Alzheimer-Erkrankung zu erklären, und neue Ansatzpunkte für deren Therapie liefern.

Mit der Identifizierung des DREAM-Gens gelang einem Team der Universität Toronto im Jahr 2002 ein großer Wurf. Das entsprechende Protein, das durch Kalzium reguliert wird, erfüllt eine Schlüsselfunktion bei der Wahrnehmung der unterschiedlichsten Arten von Schmerz. Mäuse, denen das Gen fehlt, lassen deutlich eine stark reduzierte Schmerzempfindlichkeit erkennen, während sie ansonsten völlig normal erscheinen.

Die Forschungsarbeiten wurden im Labor von Josef Penninger durchgeführt, der heute das Institut für Molekulare Biotechnologie der Österreichischen Akademie der Wissenschaften (IMBA) in Wien leitet. Die Publikation, in der die Schmerzausschaltung bei Mäusen beschrieben wurde, erregte entsprechend großes Aufsehen (*Cell* 108 vom 11.1.2002). DREAM wurde in der Folge als „Master-Gen“ der Schmerzwahrnehmung bezeichnet.

Ein Team um den Neurobiologen Ángel Manuel Carrión von der Universität Pablo de Olavide (Sevilla) nahm die DREAM-losen Mäuse nun genauer unter die Lupe. In Zusammenarbeit mit Josef Penninger wurden die Tiere zahlreichen neurologischen Tests unterzogen, in denen ihre Merkfähigkeit und Lernwilligkeit analysiert wurden. Das Ergebnis: ohne DREAM-Protein lernen Mäuse schneller und behalten Information länger. Und, besonders faszinierend, das Gehirn 18 Monate „alter“ Mäuse erwies sich als ebenso leistungsfähig wie das von vergleichsweise jungen Tieren.

DREAM entpuppt sich damit als wichtiger Kandidat bei der Entstehung der Altersdemenz. Ein Zusammenhang mit der Entstehung von Morbus Alzheimer ist nicht unwahrscheinlich. Bereits Mitte 2008 wurden Studien veröffentlicht, die eine Entgleisung der Kalziumregulation als eigentliche



Prof. Josef Penninger

Foto: IMBA/ point of view

Ursache der Alzheimer-Erkrankung nahe legen. Die bekannten Ansammlungen von Amyloid-Protein wären demnach ebenfalls als Folge des abnormen Kalziumstoffwechsels der Gehirnzellen zu interpretieren.

Auch das DREAM-Gen ist in seiner Aktivität von Kalzium abhängig. Hier scheint sich also ein Kreis zu schließen, in dem DREAM eine Schlüsselposition einnimmt und über die Kalzium-Balance sowohl Schmerzwahrnehmung als auch Gedächtnisleistung und Gehirnalterung beeinflusst. Auf diesen Zusammenhang deuten auch Erfahrungen mit Schmerzpatienten hin, deren Merkfähigkeit deutlich reduziert ist.

„Die Ergebnisse dieser Studie sind überraschend und faszinierend“, kommentiert Josef Penninger die Entdeckung. „Daß ein und dasselbe Gen Schmerz, Lernen und Altersmerkfähigkeit reguliert, ist von besonderem Interesse, da Millionen Menschen mit chronischen Schmerzen leben müssen.“

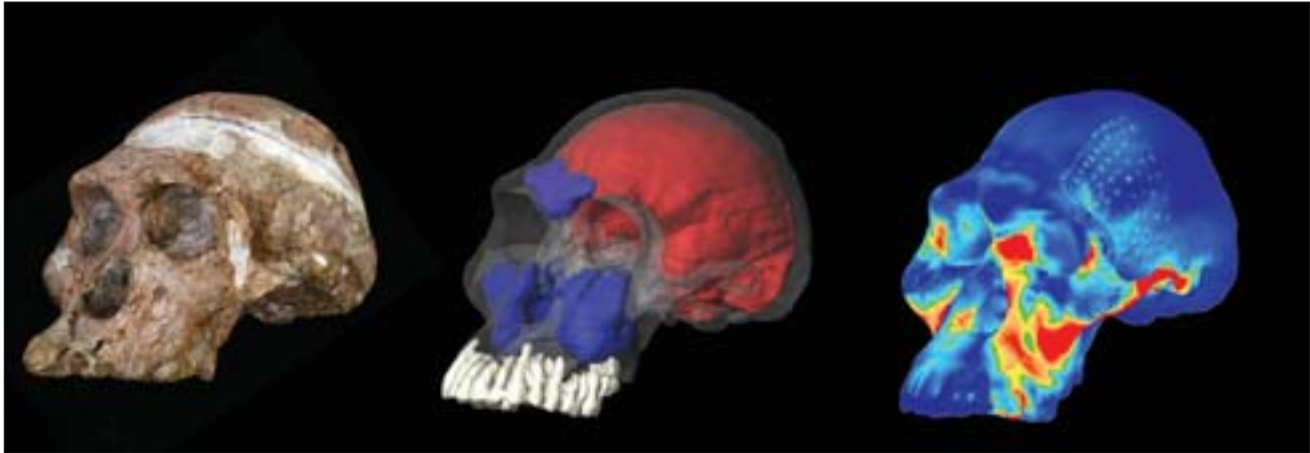
Die Arbeit „Lack of DREAM protein enhances learning and memory and slows brain aging“ (Fontán-Lozano et al.) ist in der aktuellen Ausgabe des Journals *Current Biology* nachzulesen (*Curr. Biol.* 2009 Jan. 13, pp. 54-60).

Das IMBA – Institut für Molekulare Biotechnologie der Österreichischen Akademie der Wissenschaften – kombiniert Grundlagen- und angewandte Forschung auf dem Gebiet der Biomedizin. Interdisziplinär zusammengesetzte Forschergruppen bearbeiten funktionsgenetische Fragen, besonders in Zusammenhang mit der Krankheitsentstehung. Ziel ist es, das erworbene Wissen in die Entwicklung innovativer Ansätze zur Prävention, Diagnose und Therapie von Krankheiten einzubringen.

Zwischen dem Forschungsinstitut für Molekulare Pathologie (IMP), das 1988 von Boehringer Ingelheim gegründet wurde, und dem seit 2003 operativen Institut für Molekulare Biotechnologie der Österreichischen Akademie der Wissenschaften (IMBA) wurde eine enge Forschungskooperation vereinbart. Unter dem Namen "IMP-IMBA Research Center" greifen die beiden Institute auf eine gemeinsame Infrastruktur im wissenschaftlichen und administrativen Bereich zu. Die beiden Institute beschäftigen insgesamt etwa 400 Mitarbeiter aus 30 Nationen und sind Mitglied des Campus Vienna Biocenter.

<http://www.imba.oeaw.ac.at/>

Können Sie eine Nuß aufbeißen?



Ihre Vorfahren konnten das jedenfalls. Neueste anthropologische Forschungen zeigen, wie die Ernährung und die Anpassung an eine bestimmte Kost die Evolution der frühesten Vormenschen beeinflussten. Der Anthropologe Gerhard Weber, Universität Wien, publiziert dazu zusammen mit einem internationalen Forschungsteam in der renommierten Fachzeitschrift „Proceedings of the National Academy of Sciences“ (PNAS).

Ein transatlantisches Forschungsteam fand heraus, daß einige unserer Vorfahren vor mehr als zwei Millionen Jahren große Nüsse und Samen zu sich nahmen. Dies tat der Australopithecus zumindest in „harten Zeiten“. Die Fähigkeit, schwierig zu erschließende Nahrung zu sich zu nehmen, war vermutlich eine ökologisch bedeutsame Anpassung. Der Artikel „The feeding biomechanics and dietary ecology of Australopithecus africanus“ ist der erste einer Serie zur Erforschung von Ernährungsanpassungen von Primaten und Australopithecinen.

Die Untersuchungsergebnisse zeigen, dass das Gesichtsskelett von Australopithecus africanus, einem südafrikanischen Verwandten der Menschen, an hohe Belastungen gut angepaßt war. Diese starke Beanspruchung trat während des Beißens mit den Vormahlzähnen (Prämolaren) auf. Dies wiederum legt den Schluß nahe, daß A. africanus seine vergrößerten Prämolaren und die strebepfeilerartigen Verstärkungen im Gesicht dazu benötigte, harte Nüsse und Samen aufzuknacken und zu zerkleinern. Nüsse und Samen waren zwar nicht die bevorzugte Nahrung der Australopithecinen, aber vielleicht die letzten Reserven, um über kritische Zeiten hinwegzukommen.

Links: Der originale Schädel von Mrs. Ples (Sts 5) aus Südafrika (~ 2,5 Millionen Jahre alt). Man erkennt die ursprünglichen Gipsrekonstruktionen (weiß) und die Gesteinsmatrix in den Augenhöhlen (mit Dank an das Transvaal Museum, Pretoria)

Mitte: Der rekonstruierte Schädel mit ergänztem Gebiß (Sts 52), den entfernten Gips- und Gesteinsbereichen und den abgegrenzten Hohlräumen, wie Gehirnschädel (rot) und Nasennebenhöhlen (blau). Dies ist die Ausgangsbasis für die biomechanische Modellierung im nächsten Schritt. (Simon Neubauer & Gerhard Weber)

Rechts: Das FEA-Experiment zeigt die Belastung am Schädel von Australopithecus africanus bei maximalem Biß mit den Vormahlzähnen. Helle Farben entsprechen hoher Belastung und zeigen an, daß der knöchernen Strebepfeiler entlang der Nasenöffnung als Verstärkung für das Gesicht dient. (David Strait)

Foto: Uni Wien / Department für Anthropologie

Modernste Untersuchungsmethoden dies und jenseits des Atlantiks

Die WissenschaftlerInnen setzten modernste Technik für die Forschungsarbeiten ein. Das Team um Gerhard Weber von der Universität Wien schuf die Basis mit Hilfe Virtueller Anthropologie (VA). Darauf aufbauend führte die Gruppe um David Strait von der Universität von Albany, NY, die Finite Elemente Analyse (FEA) durch. FEA ist eine Anwendung für Ingenieure, um Druck-, Zug-, und Scherkräfte bei mechanischen Belastungen von Objekten zu berechnen.

Universität Wien: Zentrum der virtuellen Anthropologie

Bevor FEA eingesetzt werden kann, wird ein genaues 3D-Modell des fossilen Schädels benötigt. Eines der wenigen Zentren, an denen solche Rekonstruktionen von Fossilien erstellt werden können, ist die Arbeitsgruppe „Virtual Anthropology“ der Universität Wien unter der Leitung von Gerhard Weber. Nachdem die Fossilien mit Hilfe der Computertomographie gescannt wurden, können sie elektronisch verarbeitet und vermessen werden. Irritierende Faktoren wie Gips von früheren Rekonstruktionsversuchen und anhaftende Gesteinsmatrix werden entfernt, ohne dem wertvollen Original „auf den Leib zu rücken“. „In diesem Fall hatten wir Glück. Da die Zähne eines sehr ähnlichen Australopithecinen zur Verfügung standen, konnten wir das Gesicht der zahnlosen ‚Mrs. Ples‘, wie dieses Fossil im Volksmund genannt wird, rekonstruieren“, berichtet der Anthropologe Gerhard Weber.

Gerhard Weber leitet das von der EU geförderte Netzwerk „European Virtual Anthropology Network“ (EVAN). Ziel dieses Netzwerkes ist es, virtuelle Anthropologie und andere Technologien in Europa zu verbreiten und junge WissenschaftlerInnen auszubilden. Mittlerweile wird diese Technik zur Erforschung von Fossilien selbst in der Medizin für Diagnoseverfahren oder der Planung von Implantaten angewendet.

Das internationale Forschungsprojekt wird von der National Science Foundation und der Europäischen Union gefördert und ermöglicht eine transatlantische Zusammenarbeit zwischen US-amerikanischen Universitäten und EVAN.

<http://www.virtual-anthropology.com/>

Spezialeide hilft kranker Kinderhaut

Die Spezialeide DermaSilk® lindert Juckreiz und Ekzeme und wird deshalb für Menschen mit Hauterkrankungen, wie z.B. Neurodermitis, empfohlen.

Im eb-Haus Salzburg wurde kürzlich der Tragekomfort des Seidenmaterials DermaSilk® untersucht. Die Ergebnisse zeigten sehr gute Erfolge sogar bei Schmetterlingskindern, die an einer seltenen, unheilbaren und äußerst schweren sowie schmerzhaften Hautkrankheit leiden.

Epidermolysis bullosa (kurz: eb) ist eine unheilbare, folgeschwere Hauterkrankung, an der rund 500 Menschen in Österreich leiden. Aufgrund einer erblich bedingten mangelhaften Verankerung der Oberhaut mit der Lederhaut reagiert die Haut auf bereits geringe Belastung äußerst empfindlich. Bei Reibung bildet die Oberhaut Blasen, reißt, löst sich ab und bildet Wunden am ganzen Körper (auch im Mund, an Schleimhäuten und im Verdauungstrakt). Bei schweren Formen genügen dafür schon ein Händedruck oder kleine Bewegungen. Die Verletzlichkeit der Haut wird häufig mit den Flügeln eines Schmetterlings verglichen, deshalb der bekannte Ausdruck „Schmetterlingskinder“. Quälender Juckreiz, offene Wunden, Entzündungen, Narben und Schmerzen prägen den Alltag der eb-Patienten von Geburt an und machen ein „normales“ Leben unmöglich.

„Trotz intensiver Forschung gibt es bis heute keine ursächliche Behandlungsmöglichkeit“, so Anja Diem, Leiterin der Ambulanz des eb-Hauses Austria – ein Kompetenzzentrum, das sich im Areal der Salzburger Universitätsklinik befindet, eng mit der Universitätsklinik für Dermatologie zusammenarbeitet und Österreichs erste Anlaufstelle für Patienten ist. „Aus diesem Grund müssen wir uns auf die Therapie der Symptome und vorbeugende Maßnahmen beschränken. Die Verhinderung bzw. Behandlung von Blasen und Infektionen durch Bakterien-Besiedelung, die Versorgung von verwundeten Hautstellen, Verbesserungen bei der Ernährung sowie chirurgische Eingriffe sind die einzige Hilfe, die wir Betroffenen derzeit anbieten können.“

Bei Hauterkrankungen wie Epidermolysis bullosa spielt das Material der Kleidung eine entscheidend Rolle. Kurze und raue

Fasern (z.B. Wolle) können bei den Betroffenen leicht zu Hautirritationen führen. Oft wird selbst dünne Baumwolle direkt auf der Haut nicht vertragen. Seide hingegen ist für Menschen mit sensibler Haut gut geeignet: Sie hat lange, glatte Fasern, die kaum



Foto: Ferdinand Menz / Medizintechnik

Anja Diem
Leiterin der Ambulanz
des EB-Haus Salzburg

Reibung verursachen, geschmeidig sind und eine angenehm kühlende Wirkung besitzen, die den Juckreiz lindert [1]. Wissenschaftler machten sich diese positiven Effekte der Naturseide zunutze, entwickelten sie weiter und veredelten sie mit der innovativen antimikrobiellen Substanz Aegis, die Keime durch einen elektrischen Kurzschluß zerstört und somit die Besiedelung von Mikroorganismen sowie Infektionen verhindert.

Zahlreiche Studien mit der medizinischen Spezialeide DermaSilk® belegen die Wirkung bei Neurodermitis-Patienten [2]. Eine vierwöchige Untersuchung des Tragekomforts im eb-Haus Salzburg zeigt nun, daß DermaSilk® sogar bei Schmetterlingskindern, die eine noch weitaus empfindlichere Haut haben, Abhilfe schaffen kann. Diem: „Die Ergebnisse des Versuchs an 12 eb-Patienten sind sehr zufriedenstellend. Derma-

Silk® wurde von fast allen Patienten (11 von 12) als sehr angenehm und hautverträglich empfunden, was für die Besserung der Lebensqualität unserer Kinder besonders wichtig ist. Es kam bei acht Patienten zu einer starken Abnahme des Juckreizes der Hautfläche, die mit DermaSilk® bedeckt war. Bei einem Kind wurde der vor allem nachts sehr unangenehme Juckreiz vollständig beseitigt, sodass sogar auf die medikamentöse Therapie verzichtet werden konnte“, berichtet die eb-Expertin.

Das Wirkprinzip von DermaSilk

Aegis ist eine positiv geladene Substanz, die negativ geladene Bakterien, Pilze und dergleichen anzieht. Sobald diese Keime mit Aegis in Kontakt kommen, wird ihre Membranhülle durchlöchert und dabei zerstört. Durch DermaSilk® wird die Haut geschützt und erhält die gleiche antibakterielle Funktion wie eine gesunde. Die farb- und geruchslose, nicht lösliche quarternäre Ammonium-Verbindung Aegis wirkt ohne Chemikalien, sodaß es zu keinen Hautunverträglichkeiten kommt. Da Aegis dauerhaft mit der Seidenfaser verbunden ist, behält das Kleidungsstück auch nach starkem Gebrauch und oftmaligem Waschen ihren antibakteriellen Schutz.

Die Produktpalette reicht von Strampelanzügen, Pyjamas, Unterwäsche, Socken, Handschuhe und Verband-Schläuche. DermaSilk® ist als Medizinprodukt Klasse I registriert und im medizinischen Fachhandel (z.B. Bständig, Heindl, Tappe) erhältlich.

„Die Verbesserung der Lebensqualität ist das primäre Ziel in der Behandlung und Betreuung der Schmetterlingskinder. DermaSilk® ist ein innovativer und höchst Erfolg versprechender Behandlungsansatz vor allem bei mildereren eb-Formen, da hier Verbände nicht an allen Körperstellen notwendig sind und DermaSilk® auf der verletzlichen Haut getragen werden kann. Ich empfehle das Seidenmaterial unseren Patienten und jenen meiner Kollegen in anderen Ländern“, so Diem abschließend. ■

<http://www.dermasilk.at>

Das Kunsthistorische Museum

Das KHM Wien nimmt in der internationalen Museumsgemeinschaft einen besonderen Stellenwert ein, der sich, unter anderem, in der Teilnahme des Hauses in Form von Leihgaben oder konzeptioneller Mitarbeit an fast allen bedeutenden Ausstellungen widerspiegelt – sei es in Europa oder in den USA.



Alle Fotos: KHM / Österreich Journal / <http://www.moessmer.at>

Viele der größten und berühmtesten Sammlungen Europas sind bis heute in den ehemaligen königlichen oder kaiserlichen Schlössern der Hauptstädte untergebracht, im Palais du Louvre, in der Eremitage des Zaren, im Palazzo Pitti der Medici oder im Belvedere – und sie bewahren bis zum heutigen Tage trotz vieler Veränderungen den Eindruck repräsentativer fürstlicher Privatsammlungen. Erst im 19. Jahrhundert begann man für die rasch wachsenden Sammlungen mit dem Bau eigentlicher Museumsgebäude, wie in London, Amsterdam, München oder Berlin. Solche Pläne gab es seit dem Beginn des 19. Jahrhunderts auch in Wien, wo der Großteil der kaiserlichen Sammlungen im Schloß Belvedere, dem ehemaligen Sommerpalais des Prinzen Eugen, ausgestellt war; der Rest war in verschiedenen Trakten der Hofburg untergebracht. Nach

1860 wurde im Zuge der Planung der Wiener Ringstraße für die Museumsgebäude der kaiserlichen Sammlungen der Platz vor dem Burgtore vorgesehen. Mit dem neuen Flügel der Burg, der heute ebenfalls Sammlungen beherbergt, und dem Hofstallgebäude sollten die Museen einen weiten Platz einschließen, der als Kaiserforum gedacht war. Die Planung für die beiden großen Museen, von denen das eine die kunsthistorischen Sammlungen, das andere die naturhistorischen Sammlungen des Hofes aufnehmen sollte (siehe: „Österreich Journal“, Ausgabe 66: „Dem Reiche der Natur und seiner Erforschung“, Bericht über das Naturhistorische Museum), wurde nach langen Erwägungen der Entwürfe anderer Architekten, die sich 1866 an einem Wettbewerb beteiligt hatten, unter ihnen Ferstel und Hansen, dem Wiener Architekten Karl Hasenauer (1833 – 1894)

übertragen. Seine Entwürfe hat der große deutsche Architekt Gottfried von Semper (1803 – 1879) mit souveräner Überlegenheit überarbeitet und damit den Bauwerken jenen Eindruck der Feierlichkeit verliehen, dem sich der Beschauer auch heute nicht entziehen mag.

Im Herbst des Jahres 1871 wurde mit dem Bau beider Gebäude begonnen, um 1880 waren sie äußerlich bereits vollendet. Die reiche Innenausstattung des Kunsthistorischen Museums, an der bis 1891 gearbeitet wurde, ist Hasenauers eigenes Werk. Der „Ringstraßenstil“ ist nur noch in den beiden Theaterbauten des Kaisers, der Hofoper und dem Burgtheater, in solcher Reife ausgeprägt; zum Unterschied zu diesen im Zweiten Weltkrieg gänzlich ausgebrannten Bauten ist die Innendekoration des Kunsthistorischen Museums, trotz schwerer Bomben-

Kultur

schäden in allen Teilen des Gebäudes, weitgehend erhalten geblieben.

Hasenauer mußte nicht sparen, konnte kostbarstes Material verwenden und die bedeutendsten Künstler der Zeit heranziehen. Auch die Bestimmung der Räume forderte nach den Ideen der Zeit reichste Dekorationen.

Darüber hinaus wurden sehr genaue Untersuchungen und gründliche Überlegungen angestellt, um optimale Lichtverhältnisse nicht nur in den Oberlichtsälen der Gemäldegalerie zu erreichen, sondern auch in den großen Sälen des Hochparterres, die gegen die Fassade hin angeordnet sind. Sie werden durch eine fortlaufende Reihe von Säulen unterteilt, die nicht nur die Mittelmauer des ersten Stockes zu tragen haben, sondern auch ein bedeutendes dekoratives Element darstellen, da Monolithe aus poliertem Granit gewählt wurden, die teilweise mit vergoldeter Bronze montiert wurden: In den beiden Sälen der Ägyptischen Sammlung wurden sogar drei altägyptische Säulen aus rotem Granit eingesetzt, was konsequenterweise eine Ausstattung aller Räume dieser Sammlung mit ägyptischer Wandmalerei, Türleibung und Vitrinen zur Folge hatte.

In den Deckengemälden der Säle des Hochparterres ist vielfach auch sonst auf die Epochen und Meister der Kunstwerke Bezug genommen, die in ihnen Platz finden sollten. Der große Saal der Antikensammlung ist der Architektur der römischen Kaiserzeit nachempfunden und mit einem imitierten Relief-fries mit Göttermynthen von August Eisenmenger geschmückt. Sein Pendant in der anderen Gebäudehälfte war als Hauptsaal der Hofjagd- und Rüstkammer gedacht, die jetzt in der Neuen Burg untergebracht ist; die Decke wurde mit 32 Wappen der habsburgischen Länder der Epoche Kaiser Karls V. von Friedrich Schönbrunner nach Entwürfen von Karl Krahl geschmückt.

Der Mittelsaal des Hochparterres, hinter dem Stiegenhaus gelegen, ist durch ein großes Deckengemälde „Die Mäcene der bildenden Künste im Haus Habsburg“ von Julius Berger besonders hervorgehoben. Auf diesem Ölgemälde auf Leinwand erkennt man die bedeutendsten Kunstförderer des Hauses Habsburg, vielfach den Bildnissen der großen Meister nachempfunden, etwa Maximilian I. nach Dürer (in der Mitte). Die Türen zwischen den Sälen der Gemäldegalerie im ersten Stockwerk wurden mit 49 Portrait-

büsten großer Maler von Viktor Tilgner geschmückt, die leider nur mehr im Mittelsaal VIII erhalten sind. Auf dem Podest des besonders prächtig ausgestatteten Stiegenhauses erblickt der Besucher Antonio Canovas Theseusgruppe, für die um 1820 der Theseustempel im Volksgarten errichtet worden war, die aber dann als effektvolles Schaustück für diesen Platz auserkoren wurde.

Das große Deckengemälde, die „Apotheose der Renaissance“, stammt von dem damals in Paris lebenden ungarischen Maler Michael (Mihály) von Munkácsy (1844 – 1900).

Wir sehen ganz vorne links den alten Leonardo mit dem jungen Raffael im Gespräch die Treppe herabsteigen, darüber auf einem Gerüst vor der Leinwand Veronese, rechts hinter der Balustrade Michelangelo. In der Mitte, oberhalb der Treppe, Tizian mit einer Schülerschar vor zwei weiblichen Akten. In der Loge im Zentrum erkennen wir Papst Julius II., ein vorgewiesenes Blatt studierend. Über allem schweben die Gestalten der Gloria und der Fama.

Die zwölf Lünetten des Stiegenhauses schmückte Hans Makart mit Darstellungen



Die zwölf Lünetten des Stiegenhauses schmückte Hans Makart mit Darstellungen der großen Künstler Dürer, Holbein, Leonardo, Raffael, Michelangelo, Tizian, Rubens, Rembrandt, van Dyck und Velázquez

Kultur

der großen Künstler Dürer, Holbein, Leonardo, Raffael, Michelangelo, Tizian, Rubens, Rembrandt, van Dyck und Velázquez sowie mit einer Allegorie „Gesetz und Wahrheit“ gegenüber dem Treppenaufgang und der Personifizierung der religiösen und der profanen Malerei ihr gegenüber. Die Zwickelbilder zwischen den Kapitellen der riesigen, mit vergoldeter Bronze montierten Säulen aus Grand-antique (Marmor von Aubert am Fuße der Pyrenäen) malten die Brüder Ernst und Gustav Klimt und Franz Matsch mit Bildern aus dem Entwicklungsgang der Kunst.

Als Frühwerk des später so berühmt gewordenen Gustav Klimt interessieren heute besonders dessen „Ägypten“ die „Griechische Antike“, die „Altitalienische Kunst“, das „Florentinische Cinquecento“ und das „Römische und venezianische Quattrocento“.

Schließlich wurde der riesige Kuppelraum zu einer Ruhmeshalle der Sammler des Hauses Habsburg ausgestaltet. Die Kaiser Maximilian I., Karl V., Rudolf II., die Erzherzöge Ferdinand (II.), Albrecht (VII.) und Leopold Wilhelm, die Kaiser Karl VI. und Franz Joseph I. wurden von Johann Benk in Bildnismedaillons in der Kuppel dargestellt, während Rudolph Weyr die bedeutendsten der für diese Habsburger wirkenden Künstler in großen Reliefs vereinte.

Eine besondere Vorliebe und Verständnis für seine Verwendung hatte das Fin de siècle für kostbares Material, verschiedenfarbige Granite und Marmorarten, die aus ganz Österreich, von Böhmen bis Istrien, aus Frankreich, Italien, Belgien und Schweden herbeigeholt wurden, aber auch für qualitativsten stucco lustro, dessen differenzierte Farbigkeit heute größte Bewunderung hervorruft.

Größte Aufmerksamkeit wurde auf den Skulpturen-Schmuck der Fassaden gelegt, der nach einem von Semper entworfenen Programm sowohl die verschiedenen Kunstzweige versinnbildlichen als auch die großen Künstler und Denker aller Epochen darstellen sollte. Die Kuppellaterne wird von einer Statue der Pallas Athene als Beschützerin der Künste und Wissenschaften von Johann Benk bekrönt. Über den Eingangsportalen kündigt die Inschrift: „Den Denkmälern der Kunst und des Alterthums Kaiser Franz Joseph I. MDCCCLXXXI“ von der vorwiegend wissenschaftlichen Intention, die den Hofmuseen zur Zeit ihrer Gründung gegeben wurde.

Fast gleichzeitig mit dem Bau der Museen wurde 1881 auch die Errichtung des großen halbrunden Flügels der Hofburg nach

Plänen Sempers begonnen. Die Bauleitung führten Hasenauer, später E. Ritter v. Förster, Friedrich Ohmann und Ludwig Baumann. Die Fertigstellung dieses Baues zog sich bis zum Ersten Weltkrieg hin, er ist heute nicht ganz vollendet. Seit 1908 beherbergt das als Neue Burg bekannte Gebäude auch schon Sammlungen, zuerst die Weltreisensammlung des Thronfolgers Franz Ferdinand, die nach dessen Ermordung im Jahre 1914 als „Estensische Sammlung“ den kaiserlichen Sammlungen angeschlossen wurde. Nach und nach wurden immer mehr Sammlungen des Kunsthistorischen Museums in die Neue Burg übertragen. Im Hauptgeschoß befinden sich seit 1935 die Hofjagd- und Rüstkammer (früher: Waffensammlung) und nach einer ersten Ausstellung noch im Rahmen der Estensischen seit 1947 die Sammlung alter Musikinstrumente, während im prunkvollen Stiegenhaus 1978 das Ephesosmuseum eingerichtet wurde.

Die Gemäldegalerie

Die Gemäldegalerie gehört zu den bedeutendsten der Welt. Ihr reicher Bestand spiegelt Geschmack und Mäzenatentum der kaiserlichen Sammler wider, die ihn über Jahrhunderte zusammengetragen haben. So besitzt das Museum die weltweit größte und wichtigste Sammlung von Bildern Pieter Bruegels d. Ä., die, wie der Dürer-Bestand, vor allem der Sammelleidenschaft Kaiser Rudolfs II. zu verdanken ist. Der eigentliche Begründer der Gemäldegalerie war jedoch Erzherzog Leopold Wilhelm. Er erwarb im 17. Jahrhundert als Statthalter der Spanischen Niederlande an die 1400 Gemälde. Zu den Schwerpunkten seiner Sammlung zählen venezianische Meister des 16. Jahrhunderts (Tizian, Tintoretto und Veronese) sowie eine in ihrer Dichte hervorragende Sammlung flämischer Barockmalerei mit Meisterwerken von Rubens und van Dyck. Berühmt sind in der Wiener Gemäldegalerie auch die



Die Gemäldegalerie gehört zu den bedeutendsten der Welt.

Kultur

Werke von Rembrandt, Vermeer, Velázquez und Bellotto.

Die Gemäldegalerie des KHM verdankt ihre Entstehung und ihre Eigentümlichkeit einer Reihe von großen Sammlerpersönlichkeiten des Hauses Habsburg. Trotz der so gründlich gewandelten Verhältnisse, entgegen einer republikanisch-demokratischen Museumspolitik und trotz der Sammeltätigkeit im 20. Jh. ist ihr Charakter – einer vornehmen fürstlichen Privatsammlung – bis heute wohl deutlicher spürbar als in anderen vergleichbaren Gemäldegalerien, deren Ursprung im Mäzenatentum eines Herrscherhauses liegt. Um 1800 war ihr Gesicht im wesentlichen geprägt.

Trotz ihrer Vielseitigkeit und ihres Reichtums ist sie im Bestand unsystematisch: sie hat ihre unvergleichlichen Stärken, aber auch wesentliche und erstaunliche Lücken. Eng verbunden mit den Ländern, über die die Habsburger so lange herrschten, erhält die Gemäldegalerie ihren spezifischen Charakter aus der Kunst dieser Bereiche. Aus Deutschland, den südlichen katholischen Niederlanden, aus Norditalien, aus den italienischen und spanischen Zentren der Barockmalerei: aus Bologna, Neapel, Florenz, Venedig und Madrid, kommen von Qualität und Quantität her die wesentlichen Bilder – weitgehend außerhalb bleiben Frankreich, England, trotz einiger Spitzenwerke auch Holland und die italienischen Stadtstaaten des späten Mittelalters.

Die Habsburger als große Herrn liebten das Vollendete, nicht das manchmal ungeschickt Werdende – dies in doppeltem Sinn: es gibt wenige Werke aus frühen Stilphasen, Werke, die erst zur inneren Vollendung streben, kein 13. und 14. Jh., kaum Arbeiten des italienischen Quattrocento, keine „ringenden Grübler“, wenige Skizzen. Der jeder fürstlichen Sammlung eigene Schwerpunkt im Bildnis ist in der Wiener Gemäldegalerie besonders ausgeprägt, so daß man durchaus von einer gewissen „Kopflastigkeit“ sprechen kann. Man liebte die reifen, die überreifen Stile, das venezianische und flämische 16. und 17. Jh., das ausgearbeitete, perfekte, ja dekorative Stück – die Galerie selbst wurde als dekoratives Ganzes begriffen. Nicht das Exzentrische war gefordert, sondern das überlegen Disponierte, das selbstverständlich Elegante. Der habsburgische Geschmack war „fromm“, ohne eigentlich ins Bigotte zu verfallen. All die großen habsburgischen Sammler liebten die alten Niederländer, Bruegel, die Venezianer, Dürer, später Rubens und Van Dyck und das repräsen-



tative italienische Barockstück. Was später hinzukam, paßte sich nach Möglichkeit diesem Geschmack an.

Es sind vor allem vier Erwerbungskomplexe, die mit habsburgischen Fürsten verbunden sind und im wesentlichen das Profil der Wiener Gemäldegalerie prägen. Auch wenn die meisten Gemälde aus dem Besitz Kaiser Rudolfs II. nach der schwedischen Plünderung Prags 1648 in alle Winde zerstreut wurden, sind doch bedeutende Bilder bald nach des Kaisers Tod 1612 nach Wien gelangt und dadurch in habsburgischem Besitz verblieben: die Bruegel-Sammlung, die Rudolf von seinem Bruder Ernst übernommen hatte, der Dürer-Bestand, die Werke von Rudolfs Hofmalern in Prag. Diese und eine Reihe von Meisterwerken des italienischen Manierismus (Correggio, Parmigianino) haben wohl Rudolfs Vorliebe für sinnliche Sujets besonders befriedigt. Seine Bildergalerie muß als verpflichtendes Erbe und ideeller Ausgangspunkt der späteren habs-

burgischen Sammlungen gegolten haben.

Der eigentliche Gründer der Wiener Gemäldegalerie ist der Erzherzog Leopold Wilhelm (1614 – 1662), der Bruder Kaiser Ferdinands III. Seine Bilderkäufe, betrieben fast ausschließlich während seiner Statthaltertschaft in den Niederlanden (1647 – 1656) und begünstigt durch den Zusammenbruch der englischen Monarchie bzw. die Konfiszierung und Versteigerung einiger der reichen englischen Sammlungen, gingen in zwei Richtungen: Leopold Wilhelm baute für sich selbst eine Sammlung von etwa 1400 Bildern auf und kaufte für seinen kaiserlichen Bruder in Prag Gemälde, die das von den Schweden Geraubte ersetzen sollten. Des Erzherzogs Sammlung mit ihren Schwerpunkten in venezianisch-oberitalienischer Malerei des 15. und 16. Jh. bzw. flämischer Malerei vom 15. – 17. Jh. wurde 1656 nach Wien transportiert, in der Stallburg aufgestellt, vorbildlich katalogisiert und gelangte 1662 in den Besitz Kaiser Leopolds I.

Ein Großteil der Gemäldebestände Ferdinands III. wurde in den zwanziger Jahren des 18. Jh. im Zuge der Reorganisation der kaiserlichen Kunstsammlungen unter Karl VI. nach Wien transferiert und zusammen mit Leopold Wilhelms Sammlung und den zahlreichen bei Karl VI. zuerst nachweisbaren Bildern in der neu adaptierten Stallburg nach barocken, dekorativen Prinzipien aufgestellt.

Diese zwar äußerst prächtige, uns in ihrem Aussehen durch ein gemaltes Galerieinventar überlieferte Aufstellung muß schon nach kurzer Zeit als starr und ohne Erweiterungsmöglichkeit empfunden worden sein, zumal unter Maria Theresia bzw. Josef II. in den späten 70er- und in den 80er-Jahren des

18. Jh. ein bedeutender Zuwachs an meist großformatigen flämischen und italienischen Altarbildern aus aufgelösten Klöstern und Kirchen den Umfang der Galerie erheblich zu verändern begonnen hatte. So faßte Maria Theresia 1776 den Plan, die kaiserliche Gemäldegalerie im Oberen Belvedere öffentlich zugänglich zu machen. 1781 war diese schon nach historischen Gesichtspunkten geordnete Neuaufrichtung beendet, in der durch Präsentation und Katalog der Geist der Aufklärung mit Systematik und Anspruch auf Bildung spürbar ist. Eingeleitet von der Eroberung Wiens durch Napoleon 1809, die erhebliche Verluste an Bildern nach sich zog, brachte das 19. Jh., in dem in Deutschland und England die großen Nationalgalerien

entstanden, für die kaiserlichen Sammlungen einen fast vollständigen Stillstand der Erwerbstätigkeit. Allerdings wandte man sich im letzten Viertel des Jahrhunderts der inneren und äußeren Neuordnung des gesamten habsburgischen Kunstbesitzes und dessen Vereinigung in einem neuen Haus zu, dem Kunsthistorischen Museum, in dessen Hauptgeschoß die Gemäldegalerie untergebracht wurde. Moderne kunsthistorische Erschließung der Bestände setzte 1883 mit der Gründung des „Jahrbuches der kunsthistorischen Sammlung des Allerhöchsten Kaiserhauses“ und der Publizierung des Galeriekataloges mit 1734 Nummern ein.

Erst im 20. Jahrhundert, besonders erfolgreich unter der Direktion des großen Gelehrten Gustav Glück, begann wieder eine, wenn auch von schwierigen ökonomischen Bedingungen belastete, Sammeltätigkeit, die jedoch eher wieder versuchte, die traditionellen künstlerischen Schwerpunkte zu verstärken, in jenen Epochen und Kunstlandschaften, aus welchen die wesentlichen Bilder der Gemäldegalerie kamen, noch vorhandene Lücken zu schließen, als gänzlich neue Sammlungsgebiete zu erobern.

Die Antikensammlung

Die aus habsburgischem Besitz hervorgegangene Antikensammlung gehört zu den bedeutendsten ihrer Art und besitzt Objekte höchsten Ranges vom 3. Jahrtausend v. Chr. bis um 1000 n. Chr. Unter ihnen befinden sich Skulpturen, antike Vasen sowie Statuetten aus Bronze und Ton. Dabei sind vor allem zwei Bestände von Weltgeltung hervorzuheben: die einzigartigen Prunkkameen sowie die völkerwanderungs-zeitlichen und frühmittelalterlichen Schatzfunde.

Die Antikensammlung des KHM gehört zu den bedeutendsten ihrer Art. Zwei Bestände vor allem stellen die Sammlung, deren zeitliche Grenzen von der bronzezeitlichen Keramik Zyperns aus dem 3. Jt. v. Chr. bis zu den slawischen Funden aus der Zeit um 1000 n. Chr. reichen, in die vorderste Reihe der Museen von Weltgeltung.

Für die Geschichte der Sammlung ist wesentlich, daß auch sie aus ehemals habsburgischem Besitz hervorgegangen ist. Mindestens seit dem 16. Jh. hat man am Wiener Hofe Antiken gesammelt, und so wurde manches hervorragende Stück schon früh erworben: die kostbare Gemma Augustea unter Rudolf II. (1576 - 1612), der Amazonsarkophag im 17. Jh., das Senatus Consultum de Bacchalaribus unter Karl VI. (1711 - 1740). Der eigentliche Grundstock zum heuti-



Die aus habsburgischem Besitz hervorgegangene Antikensammlung gehört zu den bedeutendsten ihrer Art und besitzt Objekte ...



... höchsten Ranges vom 3. Jahrtausend v. Chr. bis um 1000 n. Chr.



Entscheidend waren auch die Ankäufe aus Privatsammlungen, durch die Grundlage für den Bestand antiker Vasen und Bronzen gelegt wurde.

gen Bestand wurde von Franz II. (1792 – 1835) durch die Vereinigung des „K. K. Münz- und Antikenkabinetts“ im Augustinergang der Hofburg gelegt. Das im 18. Jh. durch die Funde in den Vesuvstädten und durch die deutsche Klassik neu belebte Interesse am griechisch-römischen Altertum löste einen Sammeleifer aus, dem erstaunliche Ergebnisse beschieden waren: Aus allen Teilen der Monarchie gelangten Bodenfunde, solche zufälliger Art, aber auch schon von Ausgrabungen herrührende oder auf Reisen erworbene in die kaiserliche Sammlung nach Wien. Waren die Entdeckungen der bedeutenden Schatzfunde aus dem Ostteil der Monarchie – wie 1799 in Nagyszentmiklós – glücklichen Zufällen zuzuschreiben, so erfolgte die Zusammenziehung der im Hofbereich zerstreuten Antiken planmäßig: 1779 hatte bereits Maria Theresia die geschnittenen Steine, darunter die wertvollen Prunkkameen, aus der Schatzkammer dem Münzkabinett überwiesen, seit 1798 wurden Skulpturen und Inschriften aus der Hofbibliothek, dem Belvedere und aus Schönbrunn übernommen, um ein „vollständiges Antikenkabinett“ zu begründen. Entscheidend waren schließlich auch die Ankäufe aus Privatsammlungen, meist um sehr beträchtliche Beträge, durch die die Grundlage für den Bestand antiker Vasen und Bronzen gelegt wurde: 1802 erwarb der Maler M. Wutky im Auftrag der kaiserlichen Sammlung in Rom und Neapel zahlreiche Antiken im Wert von mehr als 9000 Gulden, 1804 wurden Skulpturen, Vasen und Bronzen aus der Sammlung M.V. von Rainer gegen eine jährliche Leibrente von 2500 Gulden angekauft, 1808 30.000 Gulden für zahlreiche Stücke aus

dem Nachlaß von J. de France und 1815 sogar 125.000 Gulden für die Skulpturen und mehr als 600 Vasen umfassende Sammlung des Grafen Lamberg bezahlt. In der Folgezeit standen niemals wieder so bedeutende Geldmittel zur Verfügung, daher konnte die Sammlung auch nie systematisch ausgebaut werden. Immerhin gab es seither – von laufenden Einzelerwerbungen, Widmungen und Vermächtnissen abgesehen – mehrfach erheblichen Zuwachs: durch die archäologischen Unternehmungen Österreichs im ostgriechischen Kulturbereich (1873 und 1875 in Samothrake, 1882 – 1884 in Gölbası-Trysa und 1895 – 1906 in Ephesos) wurde vor allem der Skulpturen- und Architekturbestand wesentlich erweitert, 1880 wurden die Antiken der Ambraser Sammlung, sowie

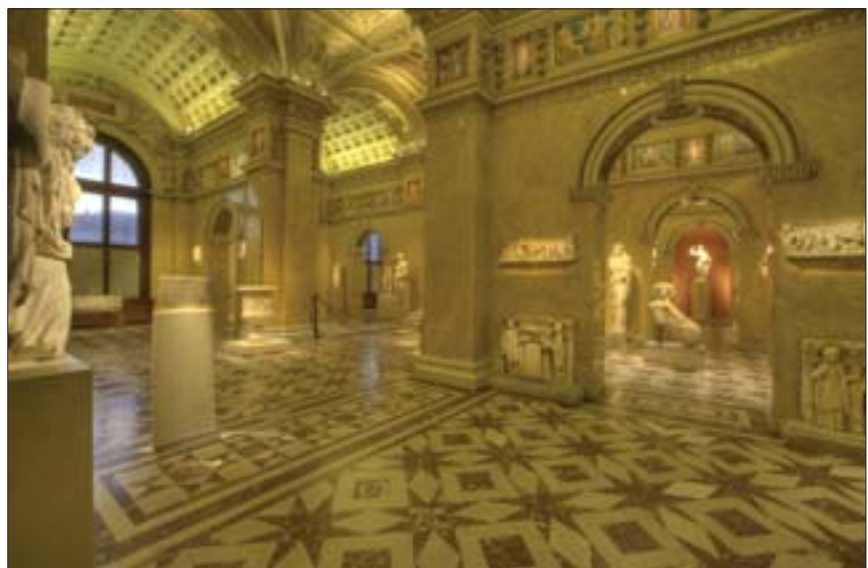
1923 die der Sammlung Este-Catajo inventarisch übernommen, 1940 konnte durch die Eingliederung der Antiken aus dem damaligen „Österreichischen Museum für Kunst und Industrie“ die Sammlung griechischer Vasen um zahlreiche kostbare Stücke vermehrt werden.

Für die Antikensammlung, seit 1900 die offizielle Bezeichnung der Sammlung nach der Trennung von den Münzsammlungen, brachten die zahlreichen Neuzugänge ständige Raumprobleme: bereits 1891 mußten bei der Übersiedlung der antiken Kunstwerke in das neue Museum die Relieffriesen des Heroons von Trysa in einem Depotraum untergebracht, die seit 1896 aus Ephesos eingelangten Fundstücke außer Haus provisorisch aufgestellt bzw. deponiert werden. Erst im 1978 eröffneten Ephesos-Museum der Antikensammlung in der Neuen Hofburg fanden die Funde aus Ephesos und Samothrake eine würdige Aufstellung.

Die Ägyptisch-Orientalische Sammlung

Zum spektakulären Bestand der Ägyptisch-Orientalischen Sammlung gehören zahlreiche ausgesprochen qualitätvolle Skulpturen aus allen Perioden des Alten Ägypten. Zusammen mit wertvollen Papyri, Inschriften und Reliefs veranschaulichen Grabbeigaben und Sarkophage aus Holz und aus Stein Religion und Alltag im Alten Ägypten. Dazu kommen archäologische Funde der Prähistorie und aus Nubien. Den Kern der Orientalischen Sammlung bilden Plastiken und Inschriften aus dem antiken Südarabien.

Die wenigen ägyptischen Altertümer, die es im 18. Jahrhundert in habsburgischem



Die ägyptischen Säle durch den Stil ihrer Gestaltung sehr deutlich abgesetzt und betonen definitiv die Eigenständigkeit der Sammlung.

Kultur



Die Ägyptisch-Orientalische Sammlung des KHM zählt zu den bedeutendsten Sammlungen ägyptischer Altertümer der Welt.

Besitz gab, waren im Münz- und Antikenkabinett erfasst. Eine gewisse Emanzipation ergab sich erst am Anfang des 19. Jahrhunderts, als ägyptische Altertümer durch die spektakuläre napoleonische Expedition (1798 – 1799) eine Wertschätzung erfuhren wie nie zuvor. Die Sammlung vermehrte sich kontinuierlich durch namhafte Schenkungen. Die größte Erweiterung erfuhr sie 1821 durch einen großzügigen Ankauf in Ägypten, der ihren Bestand auf mehrere tausend Objekte erhöhte. Durch diesen Zuwachs ergab sich auch die Notwendigkeit einer räumlichen Veränderung. Bis dahin war die Sammlung gemeinsam mit der klassischen Antikensammlung im Augustinergang hinter der Hofbibliothek untergebracht; 1824 wurde sie dem Publikum in einem Palais in der Johannesgasse zugänglich gemacht. Dieses räumliche Eigenleben dauerte freilich nicht lange: 1837 mußte sie ins Untere Belvedere übersiedeln, wo sich bereits auch die klassischen Antiken befanden. Hingegen war den ägyptischen Altertümern wieder ein eigener Raumkomplex zugedacht, als unter Kaiser Franz Joseph I. ein neues Museum an der Ringstraße konzipiert wurde, das die dynastischen Kunst-

sammlungen zusammenfassen sollte. In diesem „Kunsthistorischen Museum“ sind die ägyptischen Säle nun tatsächlich durch den Stil ihrer Gestaltung sehr deutlich abgesetzt und betonen definitiv die Eigenständigkeit der Sammlung.

Ein sehr substantieller Zuwachs ergab sich um 1880 (als noch lange vor der Eröffnung des Museums, 1891) durch die Einbeziehung der Sammlung Miramar des Erzherzogs Ferdinand Max, der als Kaiser Maximilian von Mexiko 1867 erschossen worden war. Im 20. Jahrhundert kam die größte Zahl der Neuerwerbungen durch die österreichischen Ausgrabungen in Ägypten zustande; hier sind insbesondere die Grabungen von Hermann Junker zwischen 1912 und 1929 im Bereich der Pyramiden von Giza zu erwähnen, denen fast der gesamte Reichtum an Denkmälern des 3. Jahrtausends v. Chr. (Altes Reich) zu verdanken ist. Auch kam und kommt durch Ausgrabungen viel Material zustande, das von kulturhistorischer Bedeutung ist. Der Schwerpunkt der orientalischen Sammlung sind die Denkmäler der antiken Kultur Südarabiens. Der große Grundstock davon ist dem Forschungsreisenden Eduard Glaser (gest. 1908) zu verdanken.

Die Schatzkammer

Eine Urkunde von 1337 informiert darüber, daß damals der gesamte Schatz der Habsburger in der Sakristei der Hofburgkapelle verwahrt wurde. Erst um die Mitte des 16. Jahrhunderts ließ Kaiser Ferdinand I. die Schatzkammer von der Sakristei in ein neu eingerichtetes, unweit des Schweizertores gelegenes Schatzgewölbe verbringen. Nicht alles wurde jedoch dorthin verlagert: Ein Grundstock an Monstranzen und Kelchen, Meßgewändern und allerlei Kirchensilber blieb in der Sakristei zurück und in der direkten Obhut des Burgpfarrers.

Gegen 1585 entstand im nordseitigen Areal der Hofburg ein neuer Trakt, in dessen Obergeschoß die Schatzkammer untergebracht wurde. Aus Plänen von 1640/41 erfahren wir, dass es zur Regierungszeit Kaiser Ferdinands II. bereits einen weltlichen und einen geistlichen Teil der Schatzkammer gab, die räumlich aneinander anschlossen. Die **Weltliche Schatzkammer** bietet ein einzigartiges Panorama über mehr als tausend Jahre europäischer Geschichte. Hier befindet sich der wichtigste Kronschatz aus dem Mittelalter: die Insignien und Kleinodien des Heiligen Römischen Reichs mit

der Reichskrone und der Heiligen Lanze. Zu den weiteren Höhepunkten zählen die Krone Kaiser Rudolfs II. (die spätere österreichische Kaiserkrone) sowie der Messornat und andere Kostbarkeiten des Ordens vom Goldenen Vlies. Wertvollste Juwelen, darunter einer der größten Smaragde der Welt, bezeugen die ehemalige Macht der Habsburger. Zwei Objekte galten in früheren Jahrhunderten als so einzigartig, dass man sie zu „unveräußerlichen Erbstücken des Hauses Österreich“ erklärte: ein riesiger Narwalzahn, den man für ein Einhorn hielt, und eine spätantike Achatschale, die als der sagenumwobene Heilige Gral galt.

Die **Geistliche Schatzkammer** bietet einen faszinierenden Rundgang durch die Kunst-, Frömmigkeits- und Religionsgeschichte. Die Objekte erzählen vom mittelalterlichen Reliquienkult, vom habsburgischen Katholizismus zur Zeit der Gegenreformation, von nachbarocker Herrscherfrömmigkeit und vom österreichischen Volksglauben.

Die Verwaltung der Schatzkammer, die einst dem „Oberstkämmereramt“ unterstand, wurde dem Kunsthistorischen Museum übertragen und wird von der Direktion der „Sammlung für Plastik und Kunstgewerbe“ administriert. 1921 wurde der sogenannte Kapuzinerschatz der Geistlichen Schatzkammer eingegliedert.

Er geht auf eine Stiftung der 1618 verstorbenen Kaiserin Anna (der Gemahlin des Kaisers Matthias und Gründerin der kaiserlichen Grablege bei den Kapuzinern) zurück, war aber immer kaiserlicher Besitz geblieben. Als über Befehl Hitlers 1938 die Insignien und Kleinodien des Heiligen Römischen Reiches nach Nürnberg gebracht wurden, schloß man die Schatzkammer. 1946 kehrten die Reichskleinodien wieder nach Wien zurück. So wie die anderen Zimelien der Schatzkammer hatten auch sie den Zweiten Weltkrieg heil überstanden. 1954 konnte die Schatzkammer wiedereröffnet werden, wobei erstmals seit Kaiser Joseph II. die Weltliche und die Geistliche Schatzkammer wieder räumlich vereint wurden. In dieser Einheit von Weltlicher und Geistlicher Schatzkammer spiegelt sich die Polarität von weltlicher und geistlicher Stellung des christlichen abendländischen Herrschers, wie sie sich bis Karl VI. erhalten hat.

Es gibt heute kaum einen zweiten Ort, an dem ein Jahrtausend abendländischer Geschichte größere Gegenwart gewinnt und intensiver erfahren werden kann als in der Wiener Schatzkammer ■

<http://www.khm.at>

Mit 2009 hat eine neue Ära begonnen

Nach 18jähriger Amtszeit des vorhergehenden Generaldirektors Wilfried Seipl hat für das Kunsthistorische Museum und seine Sammlungen sowie für die dem KHM angegliederten Museen mit dem Antritt von Sabine Haag als Generaldirektorin am 1.1. 2009 eine neue Ära begonnen, in der eine grundlegende Neuorientierung des Museumsverbandes mit neuen Schwerpunktsetzungen und daraus resultierenden konkreten Maßnahmen erfolgen wird.

Sabine Haag wird ihre Arbeit unter das Motto „Öffnen & Eröffnen“ stellen. Vorrangige Ziele sind mehr Öffentlichkeit, mehr Wahrnehmung und daraus resultierend auch mehr Besucherinnen und Besucher. Sie sollen das KHM, seine Sammlungen und Museen mit neuen Augen sehen. Unsere musealen Einrichtungen sollen Orte der Anregung und Bereicherung, der Entspannung, aber vor allem Orte des Staunens und des Geschichten-Erzählens sein und von unseren Gästen auch so erlebt werden. Es sollen Brücken geschlagen werden zwischen der Geschichte und den Betrachtern, die wissen wollen: „Was hat das, was ich hier sehe, mit mir zu tun?“

Es soll die Relevanz der Bestände für das 21. Jahrhundert betont werden, es soll Lust geweckt werden, Altes neu zu entdecken. „Laßt uns zu den Alten Meistern zurückkehren, und es wird ein Fortschritt sein“, dieses Zitat nach Igor Strawinsky steht leitbildhaft am Beginn der Ära Haag.

Das KHM beherbergt wunderbare Werke Alter Meister, die aber nie altmodisch werden können, es präsentiert sie zeitgemäß, aber nicht zeitgeistig – der Gang durch das prachtvolle Haus am Maria Theresien-Platz soll zur persönlichen Schatzsuche für jede Besucherin und jeden Besucher werden.

Das Haus, die Häuser zu öffnen, heißt aber auch, die Sammlungen zugänglich zu machen. Als dringlichstes Vorhaben gilt es daher, offene Wunden zu schließen.

An erster Stelle steht als dringlichstes Vorhaben die Wiedereinrichtung und Wiedereröffnung der Kunstkammer. Diese weltweit einzigartige Sammlung atemberaubend schöner Gold- und Silberschmiedearbeiten, von Skulpturen aus Bronze, Elfenbein, Holz oder Stein, von exotischen Naturalien, Schmuck und Wandteppichen



Foto: KHM

Sabine Haag
Generaldirektorin des KHM

soll Ende 2011 wieder eröffnet werden. Vom Bundesministerium für Unterricht, Kunst und Kultur wurde eine Expertenrunde eingesetzt, die eine inhaltliche Neudefinition als Haus der Kulturen bzw. als Museum für europäische und außereuropäische Ethnographie unter etwaiger Einbeziehung der Bestände des Museums für Volkskunde (1080 Wien, Laudongasse) diskutiert und erarbeitet.

Die Neueinrichtung der ständigen Schausammlungen des Österreichischen Theaternummers im Palais Lobkowitz und die damit verbundenen baulichen Maßnahmen zur Neugestaltung und Optimierung der Ausstellungsflächen ist das dritte Projekt. Diese Sanierungsarbeiten sollen im März 2010, also zugleich mit dem Beginn der Großausstellung „Gustav Mahler“ abgeschlossen werden.

In Zukunft ließen sich mit der Untergrabung des Maria Theresien-Platzes viele jener dringend notwendigen infrastrukturellen Maßnahmen umsetzen, die für ein Museum des 21. Jahrhunderts zum Standard gehören. Es könnten die dringend notwendigen Sonderausstellungs- und Depotflächen eingerichtet werden sowie die zeitgemäße Adaptierung der Eingangssituation für die Besucherinnen und Besucher des KHM mit entsprechender Infrastruktur (Besucherzentrum, Restaurant, Vortragsaal etc.) ermöglicht werden. ■

Erzherzog Johann-Gedenkjahr

2009 gedenkt das Landesmuseum Joanneum des 150. Todestages seines Stifters

Die nachhaltige Popularität des sogenannten „steirischen Prinzen“, seine Präsenz in verschiedensten künstlerischen Medien vom 19. Jahrhundert bis in die Gegenwart, die ihrerseits legendär gewordene Liebe zu seiner Frau und deren Entwicklung von der Ausseer Postmeisterstochter zur Gräfin von Meran und vielfach romantisch-verklärte Überlieferungen öffnen ein breites Spektrum der Rezeption.

Kaiserhof und Alpenbund

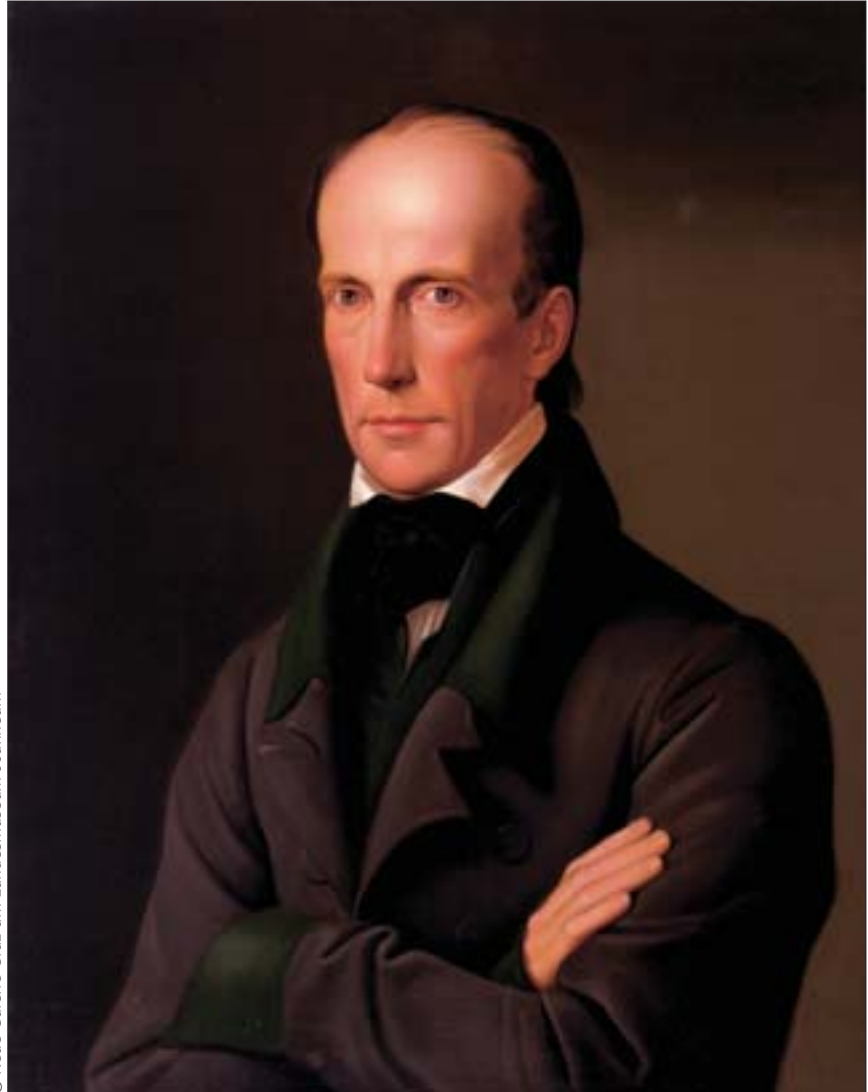
Nur wenige historische Persönlichkeiten genießen in der Steiermark eine so kontinuierliche Präsenz wie Erzherzog Johann von Österreich (1782-1859). Als Sohn des späteren Kaisers Leopold II. in Florenz geboren, verbrachte er dort seine frühe Kindheit, ehe er als Achtjähriger an den Wiener Hof übersiedelte.

Früh entflammte seine Leidenschaft für Bücher und Mineralien, Pflanzen und technische Apparaturen. Allem voran aber schloß er urwüchsige Alpenlandschaften und die rustikalen Charaktere der dort lebenden Menschen in sein Herz. Es war die herbe Gebirgswelt Tirols, die Johann tief beeindruckte, ehe dieses Land in Folge der militärischen Niederlage Österreichs gegen Napoleons Truppen verloren ging. Johanns Sympathie für die Tiroler Freiheitskämpfer und den rebellischen „Alpenbund“ wurde von seinem Bruder, nunmehr Kaiser Franz I., als ein zu großes diplomatisches Risiko empfunden: Erzherzog Johann durfte auf kaiserliche Weisung Tirol für viele Jahre nicht mehr betreten, um den „Frieden von Schönbrunn“ nicht zu gefährden.

Neugierde und Tatendrang

Der wißbegierige und engagierte junge Mann suchte nun andere Schauplätze, an denen er „...etwas Gutes thun könne, denn ich bedarf der Thätigkeit und will für andere wirken“, wie er bereits 1808 seinem Tagebuch anvertraute. Die Steiermark und die innerösterreichische Hauptstadt Graz sollten schon bald die neue Wirkungsstätten Johanns werden.

Bereits ab 1801 legte er den Grundstock für seine Bibliothek und naturwissenschaftlichen Sammlungen mit dem späteren Ziel, diese inzwischen umfangreichen Sammlun-



Leopold Kupelwieser, Erzherzog Johann im Rock mit grünen Aufschlag, 1828

gen der Innsbrucker Universität zu widmen. „Nun aber ging das Land (Tirol) verloren. Wohin nun mit allen meinen Sammlungen, wo dieselben ohne Gefährdung aufstellen? [...] Diese Betrachtungen brachten mich auf den Gedanken, alle jenem Gebirgslande zu geben, welches Österreich geblieben, und [...] es bleibend zu machen und Sicherheit zu verschaffen, zugleich aber damit die nützliche Verwendung zum Unterricht zu verbinden: Dies war die Steiermark.“

Am 26. November 1811 gründete Erzherzog Johann in der Steiermark mit dem Joanneum den ältesten Museumskomplex

Österreichs, der seither im Dienste der öffentlichen Bildung und Freude steht und sich kontinuierlich weiterentwickelt hat.

So war das Schicksal Tirols dafür ausschlaggebend, daß Erzherzog Johann sich der Steiermark zuwandte, um – ohne lokalpolitische Funktion – sein privates Engagement für die Modernisierung dieses Landes und die Bildung seiner Menschen umzusetzen.

Mythen und Modelle

Das Landesmuseum Joanneum präsentiert im Gedenkjahr 2009 eine Reihe von

© Neue Galerie Graz am Landesmuseum Joanneum

Kultur

pointiert gestalteten Projekten und wird sich mit ausgewählten Leidenschaften dieses Mannes auseinandersetzen, dessen Leben sowohl von sozialem Engagement als auch von intellektueller Neugierde bestimmt war: modellhaft

Erzherzog Johann

Das Jagdmuseum Schloß Stainz präsentiert im Rahmen dieser Ausstellung ein umfassendes Porträt dieses einzigartigen Visionärs des 19. Jahrhunderts und zeigt auf verschiedenen Ebenen, wie sein Wirken bis in die Gegenwart Früchte trägt.

Bedeutende Institutionen gehen auf seine Initiativen zurück: So legte er beispielsweise die Grundsteine für die Grazer Wechselseitige Versicherung, die Steiermärkische Sparkasse und – gemeinsam mit seiner Frau – das Anna-Kinderspital. Auch das steirische Bildungswesen wäre ohne Joanneum und Technische Universität, Montanuni und Landesbibliothek in der heutigen Form ebenfalls nicht denkbar. Nicht zuletzt förderte Erzherzog Johann neue Technologien und Methoden der Landwirtschaft und leistete auf diese Weise wichtige Beiträge zur Verbesserung von Ackerbau und Viehzucht sowie zur Entwicklung von Maschinen und Geräten. Zahlreiche Exponate aus dem Besitz und dem Umfeld unseres Gründers sind die Basis einer anschaulich und informativ gestalteten Präsentation!

modellhaft - Erzherzog Johann

Jagdmuseum Schloss Stainz; die Ausstellung läuft von 26. April bis 31. Oktober 2009

Erzherzog Johann – seine Orden und Medaillen

Bis zu seiner Wahl als Reichsverweser im Jahr 1848 tritt Johann nur selten auf Medaillen in Erscheinung, und erst nach seinem Tod im Jahr 1859 nimmt die Medaillenproduktion auf den Erzherzog beträchtlich zu. Dies hat wesentlich dazu beigetragen, ihn zu einer Leitfigur der steirischen Geschichte zu machen, der vor allem anlässlich runder Jubiläen (Geburts-, Todestage) gedacht wird.

Die Ausstellung präsentiert neben einer repräsentativen Auswahl von Medaillen auch prächtige Orden, die unserem Stifter verliehen worden sind. In idealer Weise ergänzt werden unsere sammlungeigenen Exponate durch nationale und internationale Orden Erzherzog Johanns aus dem Privatbesitz der Familie Meran, die sich zum Teil als Dauerleihgaben im Landesmuseum Joanneum befinden.

Foto: Landesmuseum Joanneum, Nicolas Lackner



Museumsleiter und Ausstellungskurator Karlheinz Wirnsberger im Jagdschloß Stainz

Erzherzog Johann - seine Orden und Medaillen

Münzkabinett am Landesmuseum Joanneum

Die Ausstellung ist von 29. Mai 2009 bis 11. April 2010 zu besichtigen

<http://www.museum-joanneum.at/>

Foto: © Gemeinschaftsarbeit der Büros Nieto Sobejano Arquitectos und eep architecten



2011 feiert das Landesmuseum Joanneum sein 200jähriges Bestandsjubiläum – als eines der ältesten und modernsten Universalismuseen Europas verfolgt es seit 1811 den Anspruch, Neues zu entwickeln, Forschung voranzutreiben, Wissen zu vermitteln und auf hohem Niveau Bildung mit Unterhaltung zu verbinden. Um das Museum für seine vielfältigen Aufgaben besser auszustatten und um diese Institution auch für kommende Generationen attraktiv zu halten, wurde gemeinsam mit dem Land Steiermark ein wichtiges Projekt in Angriff genommen: Das Joanneumsviertel wird ab 2011 nicht nur das Herzstück des

zweitgrößten Museums Österreichs sein, sondern als wichtiger städtebaulicher Akzent neues Leben in einen Innenstadtbereich bringen, der im Laufe der Geschichte an Glanz verloren hat.

Die größte Herausforderung im Rahmen dieses Projekts ist nicht nur die Generalsanierung der bestehenden Gebäude, es sollen darüber hinaus drei Gebäude mit historischer Bausubstanz unterschiedlicher Epochen zu einem funktionellen und architektonischen Ganzen zusammengeführt werden. Das „Österreich Journal“ wird in einer der nächsten Ausgaben ausführlich darüber berichten.

Riesenrundgemälde kann auf den Bergisel übersiedeln

Die Übersiedlung des Riesenrundgemäldes vom Rennweg in Innsbruck in ein neues Ausstellungsgebäude auf dem Bergisel, einem geeigneten wie auch historischen Ort, wird bewilligt. Das hat die Bundesministerin für Unterricht, Kunst und Kultur – als zuständige zweite Instanz – am 12. Jänner entschieden.

Auf dem Bergisel entsteht unter Einbeziehung des „Kaiserjägermuseums“ jener Ausstellungs-komplex, der das neue räumliche Umfeld für das Panorama-Riesenrundgemälde bilden wird. Es ist dies jenes zeitgemäße museale Umfeld, das die Attraktivität des Gemäldes steigern soll und so dem ursprünglichen Sinn von Panorama-Gemälden gerecht wird.

Die Errichtung dieses Ausstellungsgebäudes und die publikumswirksame Präsentation des Panorama-Riesenrundgemäldes sind wesentliche kulturpolitische Anliegen des Landes Tirol. Zusammen mit der – im Denkmalschutzgesetz festgeschriebenen – besonderen Beachtung der langfristigen wirtschaftlichen Absicherung des Gemäldes ist das ein wichtiger Umstand, auf den die Transfer-Bewilligung aufbaut.

Zum Schutz des Kunstwerkes, das von Michael Zeno Diemer geschaffen wurde und die Bergisel Schlacht vom 13. August 1809 darstellt, wurde die Übersiedlung des Gemäldes seitens des Ministeriums allerdings mit strengen Auflagen versehen. Abbau, Transport, Restaurierung und Neumontage des Gemäldes sind davon ebenso erfasst wie die konservatorischen Bedingungen im neuen Ausstellungsgebäude auf dem Bergisel.

Klar ist, daß der Transfer des Gemäldes von geeigneten Fachleuten und im Einvernehmen mit dem Bundesdenkmalamt zu erfolgen hat. Am neuen Standort muß der Bestand des Riesenrundgemäldes unter konservatorischen Gesichtspunkten gewährleistet sein.

Der Denkmalschutz des Panorama-Bauwerkes, es wurde 1907 – nach dem Brand der Original-Holzrotunde aus dem Jahr 1896 – errichtet, bleibt auch nach dem Transfer des Gemäldes bestehen. Auch das Gemälde bleibt unter Denkmalschutz.

Zur fachlichen Beurteilung des Gemäldes und seiner Übersiedlung liegt ein Gutachten



Des Panorama-Bauwerk wurde 1907 – nach dem Brand der Original-Holzrotunde aus dem Jahr 1896 – errichtet und steht ebenfalls unter Denkmalschutz

der Firma ARS ARTIS AG, Zürich (verfaßt u.a. von Restaurator Christian Marty, als Fachexperte befaßt mit dem Murten-Panorama, Schweiz, Landesausstellung EXPO.02 und dem Bourbaki-Panorama, Luzern) vor. Das Gutachten wurde vom Land Tirol in Auftrag gegeben. Die Auswahl des Gutachters erfolgte durch das Bundesdenkmalamt. Christian Marty hat insbesondere auf das Transportrisiko hingewiesen, weshalb die positive Entscheidung des Ministeriums auch nur unter strengen Auflagen erfolgt.

Panorama-Riesenrundgemälde erfreuten sich im 19. Jahrhundert größter Beliebtheit. Die Gemälde gingen auf Reisen. Die Rotunden (Baulichkeiten) waren durchgängig genormt, sodaß ein Austausch der Gemälde problemlos möglich war. So war „Die Schlacht am Bergisel“ in London (1907, Weltausstellung) und Wien (1916, Kriegsausstellung im Prater) zu sehen. Panorama-Riesenrundgemälde waren also ein visuelles Massenmedium und werden von Medienhistorikern heute als Vorläufer des Kinos bezeichnet.

Möglichst viele Menschen sollten die Gemälde, sie stellten meist Landschaften, Städte oder historische Ereignisse dar, sehen.

Die ursprüngliche Schaffung des Gemäldes als Kunstwerk, das ein möglichst großes Publikum haben soll, ist wichtige Grundlage der Entscheidung. Für die Unterbringung und Präsentation kommt es in erster Linie auf den Typ und den attraktiven Standort des Gebäudes an. Das zeigt uns die Geschichte der Panorama-Gemälde. Ein Ortswechsel stand auf der Tagesordnung und war Teil ihrer Zweckbestimmung. Der Ausstellungs-komplex auf dem Bergisel entspricht diesen typologischen Anforderungen.

Auf dem Bergisel werden überdies mehr Leistungen zu Gunsten des Gemäldes erbracht – klimatechnisch, konservatorisch und wartungstechnisch – als dies am derzeitigen Standort gesetzlich erwartbar und durchsetzbar wäre. Der bauliche Zustand der Rotunde wird von „aste Konstruktion“, Innsbruck, als bedenklich eingestuft.

<http://www.riesenrundgemaelde.at/>

Stadt der Frauen.

Eine andere Topographie von Wien – in der Wienbibliothek im Rathaus

Wir kennen Mozarts Wohnungen oder Beethovens Übersiedelungen, doch Rosa Mayreders Umzüge, Elise Richters Wohn- und Arbeitsorte, Betty Paulis Lebens- und Schreibsituation oder Margarete Schütte-Lihotzkys Wohnung sowie Atelier sind uns eher unbekannt und im öffentlichen Raum kaum wahrnehmbar.

Die Ausstellung „Stadt der Frauen. Eine andere Topographie von Wien“ visualisiert zehn verschiedene Wege durch Wien, die Elke Krasny mit zeitgenössischen Frauen wie beispielsweise mit der Filmemacherin Barbara Albert oder der Architektin Carmen Wiederin gegangen ist. Es sind dies teilweise Wege zur Arbeit, frühere Wege aus der Kindheit oder ungewöhnliche Routen durch Wien.

Anhand dieser Wege hat Elke Krasny das Leben und Wirken historischer Frauen recherchiert und somit einen Teil weiblicher Stadtgeschichte freigelegt.

Der öffentliche Raum der Stadt wird als Geschichtsraum von Frauen sichtbar, deren sonst in Gedenktafeln, Denkmälern oder Straßennamen nur wenig bis gar nicht gedacht wird. Über das System der Verortung wird klar, wie Ort und Erinnerung zusammenspielen können, wo Medizinerinnen, Architektinnen, Komponistinnen, Frauenrechtlerinnen, Pädagoginnen, Malerinnen, Tänzerinnen, Musikerinnen sowie Wissenschaftlerinnen, Aktivistinnen und Politikerinnen wohnten, lebten und arbeiteten.

Die ausgestellten Exponate stammen ausschließlich aus den fünf Sammlungen der Wienbibliothek. Zu sehen sind Bücher, Broschüren und Ausschnitte aus zeitgenössischen Zeitungen (Druckschriftensammlung und Zeitschriftenarchiv) sowie Fotos und umfangreiche Korrespondenzen der einzelnen Protagonistinnen, Tagebücher, Stammbucheinträge, Werkmanuskripte und persönliche Dokumente (Handschriftensammlung) bis hin zu Plakaten. Besondere Artefakte, wie Huldigungsgedichte auf Seidenschleifen für Fanny Elßler, werden ebenso zu sehen sein wie Auszüge aus einer Sammlung von 111 Karikaturen betreffend die streitbare Schauspielerin Josefine Gallmeyer aus den Jahren 1863-1884.

Biographien hinterlassen im übertragenen Sinn Wege durch die Stadt – Geburt,



Schule, Studium, Leben, Wohnen, Arbeiten –, alle diese Orte verknüpfen sich zu einem Weg. Die Konfiguration des Weges ändert den Blick auf den Plan der Stadt, der sich als Erinnerungsspur in die täglichen Wege aktuell fortsetzt.

Der Prater, die Praterstraße und die dortigen Nebenstraßen erweisen sich beispielsweise als veritabler „Boulevard der Frauen“.

Antonie Mansfeld trat im Prater als Sängerin auf und Tina Blau malte in den Praterauen. Bertha Szeps verh. Zuckermandl wohnte in ihren Jugendjahren in der Heinestraße, wo sich auch das Geburtshaus der Physikerin Lise Meitner befindet.

Die Schauspielerinnen Fritzi Massary sowie Ottilie Bondy, Bahnbrecherin der österrei-

chischen Frauenbewegung, wohnten in der Praterstraße und für Josephine Gallmeyers Totenzug wurde die Praterstraße sogar für den Verkehr gesperrt.

Zur Ausstellung erschien ein Begleitbuch, welches knapp 300 Kurzbiographien historischer Frauen enthält, die in 20 verschiedenen Wegen durch Wien, die Elke Krasny mit zeitgenössischen Frauen gegangen ist, eingearbeitet und topografisch verankert sind. „Stadt der Frauen. Eine andere Topographie von Wien“ ist ein Stadtlesebuch, das vergessene, weibliche Geschichte von Wien wiederentdeckt und verortet und die Leistungen historischer Frauenfiguren sichtbar und begreifbar macht (Metro Verlag).

<http://www.wienbibliothek.at/>

Haydns letzte Jahre

Das Wiener Haydnhaus eröffnet mit neu gestalteter Dauerausstellung das Haydn-Jahr 2009 mit Veranstaltungen, Sonderführungen und einem großen Fest zum Todestag des Komponisten.

Foto: Hertha Hurnaus / Copyright: Wien Museum



Das »Haydnhaus«, Haydns letzter Wohnort, Haydngasse 19 im 6. Bezirk, beherbergt die neue gestaltete Dauerausstellung

Im Jahr 2009 jährt sich Joseph Haydns Todestag zum 200. Mal. Zum Auftakt des Gedenkjahres zeigt das Wien Museum seit 29. Jänner 2009 eine neue Dauerausstellung im Haydnhaus, der letzten Wohnstätte des Komponisten. Joseph Haydn (1732-1809) erwarb dieses Wohnhaus in Gumpendorf, damals noch äußerste Wiener Vorstadt, zwischen seinen beiden Englandreisen. Er erweiterte es um ein Stockwerk, bezog es 1797 im Alter von 65 Jahren und verbrachte dort seinen Lebensabend. Haydn starb in diesem Haus am 31. Mai 1809. Im Fokus der neuen Dauerausstellung, die von Werner Hanak-Lettner und Alexandra Hönigmann-Tempelmayr kuratiert wurde, stehen die letzten zwölf Lebensjahre des Komponisten, seine Musik, seine Lebensweise, sein Altwerden. Haydns persönliche Situation wird mit dem politischen und sozialen Umfeld seiner Zeit verknüpft. Aus dem Blickwinkel von Zeit-

Copyright: Wien Museum



Hieronymus Löschenkohl: Silhouette Joseph Haydns um 1790,

zeugen nähert man sich dem Künstler: „Wir rücken den Besuch und die Besucher Haydns in den Mittelpunkt“, so Werner Hanak-Lettner. „Denn die damaligen Besucher und ihre Wahrnehmungsperspektive sind es, aus der wir etwas erfahren.“

Den »unbekannten« Haydn kennenlernen

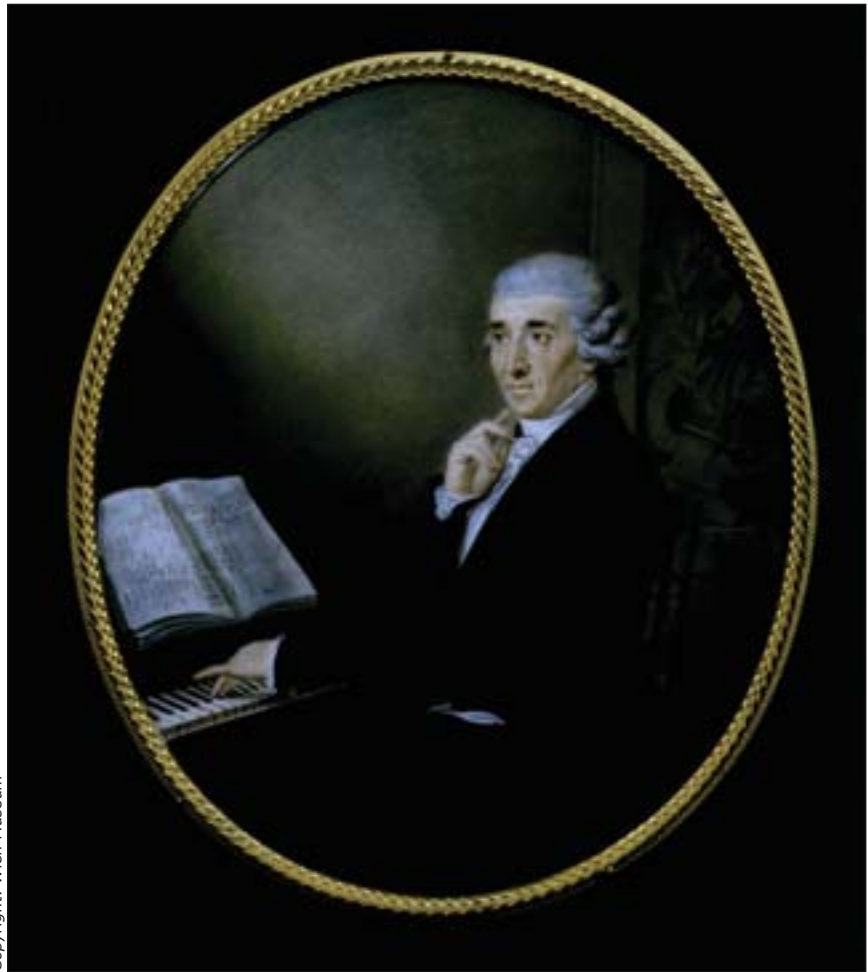
Zu entdecken ist der heute wohl „Unbekannteste“ aus dem Dreigestirn der Wiener Klassik (Haydn-Mozart-Beethoven): Um 1800 erreichten Haydns Popularität und Ansehen ihren Höhepunkt. Er wurde international gefeiert, von Komponistenkollegen bewundert, von Musikverlagen umworben.

Zahlreiche Besucher aus dem In- und Ausland machten Haydn in diesem Haus ihre Aufwartung, darunter Ludwig van Beethoven, Georg August Griesinger (Verlagsagent für Breitkopf & Härtel), Haydns

Brüder Johann (Sänger der Esterházy'schen Kapelle) und Michael (Komponist), Luigi Cherubini, Franz Xaver Wolfgang Mozart, Johan Nepomuk Hummel, August Wilhelm Iffland, die Fürstin Marie Hermenegilde Esterházy u.v.a.m. Ihre Aufzeichnungen und Erinnerungen dienten als Orientierung für die Gestaltung der Ausstellung, so Werner Hanak-Lettner: „Haydn war in seinen letzten Jahren der berühmteste Komponist Europas. Faszinierend war für mich zu sehen, wer und wie viele Menschen ihm seine Aufwartung machten. Ihre Aufzeichnungen geben uns viele Anhaltspunkte über das Leben in dem Haus, über Haydns Kampf um seine letzten Werke und gegen die Begleiterscheinungen seines Alters. Und natürlich auch über seinen Charakter und seinen Humor: Haydn war ein offener, welt-interessierter, widersprüchlicher und witziger Mensch, konnte sehr ironisch sein.“

Wo »Die Schöpfung« und »Die Jahreszeiten« entstanden

Am Beginn der Ausstellung im Erdgeschoß werden Stadtporträts von London und Wien entworfen, die den Besucher von heute in die Lebenswelt des 18. und des beginnenden 19. Jahrhunderts entführen. Es war eine Zeit des politischen Umbruchs: Haydn erlebte in seinem Haus beide Belagerungen Wiens durch die Truppen Napoleons. Trotz der relativen Abgeschiedenheit blieb der Schöpfer des patriotischen Volksliedes „Gott erhalte“ (1797) ein politischer Mensch, der selbst von Österreichs Kriegsgegner Frankreich umworben wurde.



Johann Zitterer (1761-1840): Joseph Haydn, um 1795

Fortgesetzt wird die Ausstellung im ersten Stock, dem Wohnbereich Haydns, dessen Raumaufteilung dank behutsamer Sa-

nierung dem Originalzustand entspricht. Die wichtigsten Alterswerke entstanden hier, darunter die Oratorien „Die Schöpfung“ (1796-1798) und „Die Jahreszeiten“ (1799-1801) sowie die letzten Streichquartette. Haydn erlebte in diesen Räumlichkeiten eine der schöpferisch fruchtbarsten Phasen seines Lebens: „Die Phantasie spielt mich, als wäre ich ein Klavier.“

Die Gäste von einst säumen in Gestalt von Porträts den Aufgang zur Wohnung, am Eingang empfängt den Ausstellungsbesucher eine fotografische Installation von Peter Rigaud, die eine historische Haydn-Wachsbüste von Franz Christian Thaler (1799) in den Räumlichkeiten der Haydnwohnung zeigt. Für die Besucher von heute liegt ein Gästebuch bereit, das dem verschollenen „Fremdenbuch“ Haydns nachempfunden ist.

Zwischen Kreativität und Verlust der Lebenskraft

In Haydns Schlafzimmer sind Notenabschriften von Kanons zu sehen, wie sie schon Haydn hängen hatte: Die sogenannten



Blick in den Salon des Haydnhauses

Kultur

„Canons“, schwarz gerahmte handschriftliche Musikpartituren, spielen eine zentrale Rolle in den Berichten vieler Besucher von damals. In einem weiteren Raum, der eigens für „Ehrensachen“ bestimmt war, wird an Medaillen, Urkunden und Geschenke erinnert. Haydn hatte diese vor allem nach dem Erfolg des Oratoriums „Die Schöpfung“ (1796-1798) von Kollegen und gekrönten Häuptern erhalten. Er zeigte sie seinen Gästen voll Stolz, sie erinnerten ihn an seine Erfolge und gaben ihm im Alter Halt und Bestätigung: „Sie werden sagen, das sind die Spielzeuge der alten Männer! – Für mich ist es aber doch mehr – ich zähle daran mein Leben rückwärts und werde auf Augenblicke wieder jung! ...“ (Haydn zitiert von August Wilhelm Iffland).

Auch in Haydns Salon ist das Generalthema sein Kampf zwischen seiner kreativen Energie und dem Verlust seiner Lebenskraft. Der Salon ist zudem der größte und wichtigste Raum: Hier spielte Haydn Klavier, hier „phantasierte“ und komponierte er, hier korrigierte und schrieb er Briefe. Gegen Lebensende haderte er mit dem Älterwerden und rang um ein letztes großes Vokalwerk. Auf seiner letzten Visitenkarte beklagte der Komponist in seiner ironischen Art mit einer eigenen Melodie: „Hin ist alle meine Kraft, alt und schwach bin ich.“

Neben Haydns Fortepiano ist auch sein Klavichord, das Johannes Brahms später besessen hat, eines der zentralen Objekte der Ausstellung, die durch zahlreiche neue Exponate erweitert wurde. Erstmals wird es auch einen Multimedia-Guide mit Musikbeispielen und Hintergrundgeschichten geben.

Am Rande der Stadt, im Zentrum des Geschehens

Haydn genoss in seinem Haus in der Vorstadt das freie bürgerliche Künstlertum fernab des Hoflebens. Nach den Erfolgen und dem Freiheitsrausch während seiner beiden Aufenthalte in London hatte er beschlossen, ein beschaulicheres Leben zu führen. Kurator Hanak-Lettner: „Obwohl er sich in London sehr wohl gefühlt hat, hat er sich beim Komponieren über den Lärm in der Metropole an der Themse beklagt. Es ist möglich, daß dieser Lärm Haydn dazu bewogen hat, auch in Wien in die Vorstadt zu ziehen. Haydn hat nur in seinen jungen Jahren in der Inneren Stadt in Wien gelebt. Jedenfalls bot ihm die Vorstadt Gumpendorf ein ideales Heim, es war ruhig und dennoch in der Nähe der Stadt.“

Nach fast 30 Jahren in fürstlichen Dien-



Blick in den Salon des Haydnhauses

sten als Kapellmeister der Esterházy's ermöglichten ihm die internationale Anerkennung, seine letzten Erfolge durch seine Oratorien und sein Verhandlungsgeschick mit Musikverlagen einen Lebensabend ohne Geldsorgen. In seiner unmittelbaren Umgebung in der Vorstadt erlebte er aber auch die politischen Spannungen und sozialen Mißstände



Hammerflügel, Wien, 1796, von Johann Jacob Kön(n)icke (um 1756-1811)

seiner Zeit. Die Ausstellung zieht einen Vergleich zwischen den Lebensbedingungen Haydns und denen der armen Wiener Bevölkerung um 1800, außerdem zeigt sie Haydn als engagierten Zeitgenossen, der dem Versorgungshaus St. Marx Geldspenden zukommen ließ.

Der Garten des Schöpfers

Ein Schmuckstück des Haydnhauses ist der kleine Garten, der im Haydnjahr erstmals für Besucher geöffnet wird. Er wird in Kooperation mit den Wiener Stadtgärten neu gestaltet – eine Annäherung an den bürgerlichen Garten um 1800. Der französische Katasterplan (um 1820), der nach Kaiser Franz I. benannte erste vollständige Liegenschaftskataster, zeigt einen symmetrischen Garten, Berichte von Gästen belegen, dass Haydn in seinem Garten Obstbäume besaß.

Ein großes Fest zum Todestag

Die Eröffnung des Gartens erfolgt Ende Mai anlässlich eines großen Festes zum Todestag (29./30./31. Mai). Geplant sind an diesem Wochenende – bei freiem Eintritt – Konzerte, Tanzaufführungen, Vorträge, Expertenführungen sowie Angebote für Kinder. Das detaillierte Programm ist in Kürze unter <http://www.wienmuseum.at> abrufbar.

Ein Haus des Gedenkens Schon bald nach Haydns Tod wurde das Gebäude zu einem Ort des Gedenkens. Bereits 1862 wurde die Gasse in „Haydngasse“ umbenannt. Der Orchester-Club „Haydn“ mietete einen Teil des Hauses und legte den Grundstein zu einem Haydn-Museum, das 1899 eröffnet wurde. Seit 1904 befindet sich die Erinnerungsstätte im Besitz der Stadt und ist damit die älteste städtische Musikerwohnung des Wien Museums. Johannes Brahms, ein glühender Bewunderer Haydns, war sorgsam um das Andenken seines großen Vorbilds bemüht. Ihm ist ein eigener Gedenkraum im Haydnhaus gewidmet, da das Haus hinter dem Karlsplatz, in dem sich seine Wohnung befand, nicht mehr existiert. ■

<http://www.wienmuseum.at>

Salzburger Filmszene ist erfolgreich in aller Welt

Jährlich rund 400.000 Euro als wichtiger Impuls für heimische Filmprojekte

Salzburger Filmschaffende feiern internationalen Erfolg: Fast jeder zweite geförderte Film kommt auf internationalen Festivals zu Ehren. Über diese jüngsten Erfolge der heimischen Filmszene zeigte sich Kulturreferent Landeshauptmann-Stellvertreter David Brenner positiv beeindruckt. „Das Land Salzburg setzt mit seiner Filmförderung wichtige Impulse und leistet einen wichtigen und wertvollen Beitrag zum Gelingen vieler Filmprojekte. Die Erfolge der Salzburger Filmschaffenden, sowohl auf nationaler als auch auf internationaler Ebene, geben uns Recht und sind eine hervorragende Werbung für unser Bundesland“, sagte Brenner bei einem Informationsgespräch über die jüngsten Erfolge und Entwicklungen in der Filmförderung des Landes gemeinsam mit Karin Helml, der Geschäftsführerin von Studio West, einem Salzburger Verein freier Film- und Videoschaffender, und dem jungen Regisseur Marko Doring, und dem jungen Regisseur Marko Doring.

Das Budget der freien Filmförderung versteht sich in erster Linie als Filmkunstförderung. Sie umfaßt die Mitfinanzierung von Drehbuch- und Projektentwicklung, von Kurz-, Avantgarde- und Dokumentarfilmen, Videoproduktionen sowie Spielfilmen. Sie beinhaltet neben der Projektförderung die Mitfinanzierung filmkultureller Einrichtungen wie Programmkinos, Produktionseinrichtungen und Filmklubs. Kriterien für eine Förderung sind einerseits ein klarer Salzburg-Bezug und die Qualität des Projekts sowie die Höhe der Fördergelder. „Jährlich unterstützt die Kulturabteilung die heimische Filmszene mit mehr als 400.000 Euro“, erklärte Kulturreferent Brenner. Die Förderungen der freien Filmförderung teilen sich dabei wie folgt auf: Etwa ein Drittel der Förderungen erhalten filmkulturelle Einrichtungen wie Das Kino (inklusive Bergfilmfestival), das Jugend- und Videofilmfestival „Klappe“, der Kulturverein m2, offscreen, Sixpackfilm und Studio West. Die restlichen zwei Drittel gehen an Projekte wie die Talenteschmiede der Aktion Film. Der überwiegende Teil der Förderungen geht jedoch direkt an die einzelnen Filmprojekte.



v.l.: Karin Helml (Studio West), LH-Stv. David Brenner, Marko Doring (Film- und Videoschaffender)
Foto: LPB/Franz Neumayr

Rund 50 Filmprojekte werden pro Jahr gefördert

Gefördert werden durchschnittlich rund 50 Filmprojekte pro Jahr. Der überwiegende Teil dieser geförderten Einzelprojekte sind Dokumentarfilme. „Der Salzburger Dokumentarfilm ist mittlerweile ein europaweiter Begriff, fast schon eine Marke für sich“, so Brenner. „Zahlreiche der vom Kulturreferat geförderten Filme konnten im Vorjahr auf nationalen und internationalen Filmfestivals und im TV reüssieren. Fast die Hälfte aller von uns im Vorjahr geförderten Filme war auf Filmfestivals im In- und Ausland vertreten. Die Image-Werbung für Salzburg als Kulturland ist enorm“, so Brenner weiter.

Harald Friedls Film „Aus der Zeit“ beispielsweise lief bei mehr als einem Dutzend Festivals weltweit, so etwa in Cleveland, Helsinki, Seattle, Göteborg, Leipzig oder Maribor. Der vom Land Salzburg geförderte Film erzählt von einer kleinen Gruppe alter Geschäftsleute, die bei aller Verschiedenheit eines gemeinsam haben: Ihre Läden gehen immer schlechter. Trotz aller Schwierigkeiten setzen sich die Knopfkönigin, der Drogist, das Fleischerpaar und die Lederleute

entschlossen mit ihrem Dasein auseinander. Der Film wurde neben der Förderung des Landes auch von der Stadt Salzburg, den Ländern Ober- und Niederösterreich sowie dem Bundeskanzleramt gefördert. „Aus der Zeit“ erhielt unter anderem den „Prix des Jeunes“ beim Festival „Cinema du Reel“ in Paris, den „Grand Jury Prize“ beim „Seattle International Film Festival“ sowie den Preis als „Best International Documentary“ beim Calgary International Film Festival. Aktuelles Erfolgsprojekt von Harald Friedl ist eine Dokumentation über Willi Resetarits, die vor Kurzem mit Erfolg im ORF gezeigt wurde und für die das Land eine Förderung in Höhe von 6800 Euro leistete.

Auch »Hafners Paradies« von Günter Schwaiger erfolgreich

Auch Günter Schwaigers bereits 2007 fertiggestellte und beim Filmfestival von Locarno uraufgeführte Dokumentation „Hafners Paradies“ sorgte im Vorjahr für einige Furore: Neben erfolgreichen und vom Publikum wie auch der internationalen Presse hoch gelobten Einsätzen auf Filmfestivals wie der Berlinale, der Diagonale in Graz, der

Österreichischer Film

Semana de la Memoria in Buenos Aires oder dem Los Angeles Film Festival feierte der Film im März 2008 seine österreichische TV-Premiere. Eine anschließende Fernseh-Diskussion im „Club 2“, an der auch der Regisseur teilnahm, widmete sich ebenfalls dem brisanten Thema der Vergangenheitsbewältigung. Auch beim Jerusalem Jewish Film Festival wurde der Film begeistert aufgenommen. Schon 2007 erhielt der Film den „Tiempo de Historia“, den Preis für den besten Dokumentarfilm beim Internationalen Film Festival in Valladolid. Zum Inhalt von „Hafners Paradies“: Umgeben von seinen Nazifreunden lebt der frühere Schweinezüchter, ruinierte Erfinder, Playboy und ehemalige Waffen-SS-Offizier Hafner in Spanien und träumt vom kommenden 4. Reich. Im Laufe des Filmes führt er in seine dunkle und groteske Welt, die er sich nach seinem Gutdünken zurechtgelegt hat und die er mit Stolz regiert. Schließlich jedoch wird er von der Realität eingeholt.

„Die ersten Kinder Israels“ hieß ein vom Land Salzburg mit 10.000 Euro geförderter Dokumentarfilm von Matthias Gugler und Johannes Honsell. Anlässlich des 60. Jahrestages des Staates Israel zeigte der Doku-Kanal des ZDF diese Dokumentation über vier Israelis und einen Araber, die allesamt am 14. Mai 1948, dem Gründungstag des Staates Israel, geboren wurden.

Daneben erhielten unter anderem Festival-Einladungen und/oder Preise: Christian Genzel („Schlaflos“), Martin Hasenöhl („Freier als Paul Preuß“), Annette Mäser („Ein großer Eimer Wasser“), Andreas Horvath („Nachtportier“), Angela Huemer („Tod auf hoher See – warum Flüchtlinge sterben“, gezeigt unter anderem auch im Südwest-deutschen Rundfunk).

„Dies sind nur einige wenige Beispiele aus der Liste ausgezeichneten Filme, die wir im vergangenen Jahr unterstützen konnten. Es zeigt sich aber eines sehr deutlich: Die Bedeutung des Mediums Film auch für Salzburgs internationale Bedeutung als Kulturland steigt unaufhörlich. Der Film spielt auch in Salzburg eine immer größer werdende Rolle, und wir werden uns auch unter schwieriger werdenden budgetären Rahmenbedingungen etwas überlegen müssen, wie wir mittelfristig die Szene weiter stärken können“, erklärte Mag. Brenner.

„Seit einigen Jahren vergeben wir auch ein mit 10.000 Euro dotiertes Jahresstipendium für Film. Damit wird insbesondere jungen Nachwuchstalenten speziell unter die Arme gegriffen“, schilderte Brenner. Zuletzt



»Die Garage reißen wir ab und stocken auf - dann kann der Martin mit Familie einziehen.« (O-Ton Martins Mutter) im Film »Mein halbes Leben« von Marko Doring



Günter Schwaigers bereits 2007 fertiggestellte und beim Filmfestival von Locarno uraufgeführte Dokumentation »Hafners Paradies« sorgte im Vorjahr für Furore

wurde das Jahresstipendium für Film an den 1978 geborenen Salzburger David Gross vergeben. Gross hat bereits erste Erfolge feiern können, so beispielsweise mit seinem 2006 in Zusammenarbeit mit Bernhard Braunstein entstandenen Film „Reisen im eigenen Zimmer“, einem einfühlsamen Porträt des Salzburger Schriftstellers Gerhard Amanshauser, der im September 2006 verstorben ist und mehr als ein Jahrzehnt an Parkinson litt. 2009 wird das Stipendium zum vierten Mal ausgeschrieben.

Neuaufgabe »Tag des Salzburger Films« im Mai 2009

Ein großer Erfolg war der im vergangenen Jahr erstmals durchgeführte „Tag des Salzburger Films“. 55 Filme wurden dabei

innerhalb von 15 Stunden im „Das Kino“ gezeigt. Mehr als 1000 Besucher nutzen die Gelegenheit, sich bei dieser kostenlosen Werkschau einen Überblick über Salzburgs aktuelle Filmszene zu verschaffen. Eine Podiumsdiskussion zum Salzburger Film und die Präsentation der kompakten Dokumentation „Salzburger Filmjahrbuch“ sorgten für weiteren Zulauf, und so wird es heuer am 7. und 8. Mai eine Neuaufgabe des „Tages des Salzburger Films“ geben. Im Fokus stehen wieder aktuelle Arbeiten, die in Salzburg oder von Salzburger Filmemachern produziert wurden. Ein attraktives Begleitprogramm und die nächste Ausgabe des „Salzburger Filmjahrbuches“ ergänzen das cineastische Angebot. ■

<http://www.studio-west.net/>

Serie »Österreicher in Hollywood«

Der Wiener Autor Rudolf Ulrich dokumentiert in seinem Buch »Österreicher in Hollywood« 400 Einzelbiografien mit beigeschlossenen Filmografien und über 12.000 Film- und Fernsehproduktionen aus Hollywood mit österreichischer Beteiligung. In dieser Folge portraitiert er

Fred Schiller

Autor



Foto: Archiv Ulrich

Zwei Wiener in Hollywood: Schauspieler und Oscar-Preisträger Josef Schildkraut (l.) und Fred Schiller in den 40er-Jahren

Fred Schiller (Alfred Schüller), geboren am 6. Jänner 1904 in Wien, kam als 17-jähriger 1921 für drei Monate zu einem Verwandtenbesuch nach New York. Amerika gefiel ihm, der Sohn eines Wiener Advokaten setzte sein Journalismusstudium an der Columbia University fort und trat 1927 als Reporter bei der United Press Agency ein. Seine „human interest stories“ und Berichte wurden jahrelang in über 15 Zeitungen und Magazinen veröffentlicht. Er war Chefkorrespondent für europäische Blätter, arbeitete beim Rundfunk und erhielt eines Tages eine Einladung von Metro-Goldwyn-Mayer nach Hollywood.

Dies führte ihn nach einem elfjährigen Aufenthalt in New York an die Pazifikküste. Als nächste Karrierestation folgte RKO Radio Studios. Der alerte Newcomer arbeitete 1935 bis 1937 im Bereich Exploitation (Auswertung) und fertigte 1939 auf Wunsch des Produzenten Boris Morros zusammen mit Ralph Spence (sowie zwei Gagschreibern) die Story und das Drehbuch zur Komödie „The Flying Deuces“, in der das Komikerduo Laurel & Hardy nach dreijähriger Trennung erstmals wieder gemeinsam vor die Kamera trat. Dies bedeutete seinen Durchbruch und den Beginn einer herausragenden Laufbahn.

Ein Script, das er ursprünglich Darryl F. Zanuck vorlegen wollte, wurde von dem Alt-Österreicher Harry (Henry) R. Sokal erworben, der daraus 1940 in den vögesischen Alpen „Le Grand élan“ (in den USA mit Untertitel „They Met on Skis“) schuf. Der französische Streifen, dessen Highlights herausragende Skiabfahrten waren, geriet nach mehrwöchigen Laufzeiten in New York, Paris und Südamerika unerwartet zum finanziellen Hit. Sam Spiegel, Produzent und Lands-

mann, bat ihn 1942 um einen Beitrag für den Episodenfilm „Tales of Manhattan“ der 20th Century-Fox, wofür Schiller die im Hotel Waldorf-Astoria spielende Sequenz mit Edward G. Robinson schuf. Die Arbeit brachte ihm ein beachtliches Honorar ein, wie das gesamte Kompendium der fast 14 mitwirkenden Autoren blieb er jedoch im Film-Vorspann unerwähnt. 1943 war für den inzwischen gefragten Scripter ein prosperierendes Jahr. Im Anschluss an eine kurze Phase bei Herbert Yates' Republic, für die er mit Edward Dein das Drehbuch für das Musical „Pistol Packin' Mama“ verfasste, wirkte er bei Columbia Pictures am Buch des Mae West-Kassenschlagers „The Heat's On“ (in GB „Tropicana“) mit und lieferte die Original-Story für die im Bereich des Show Business spielende, mit den Stars Don Ameche, Janet Blair und Jack Oakie exzellent besetzte und mit Cole Porter-Melodien gespickte Komödie „Something to Shout About“. 1945 folgte die Story zu einem Sequel der Boston-Blackie-Serie, „Boston Blackie's Rendezvous“. Nach seiner Idee produzierte der inzwischen in die USA emigrierte Sokal 1947 die vergnügliche Romanze „Winter Wonderland“.



Foto: Archiv Ulrich

Fred Schiller mit seinem Freund Billy Wilder, 1993

Darüber hinaus bot das aufkommende Fernsehen genügend neue Arbeitsmöglichkeiten. Fred Schiller schrieb in den 50er- und 60er-Jahren für alle großen Networks über 50 Scripts für Shows, Specials, Pilotfilme und Episoden bekannter Serien, darunter „Four Star Playhouse“, „The Loretta Young Show“, „The Millionaire“, „The Veil“ und „The Third Man“. 1955 erlaubten ihm die Mitglieder des George Bernard Shaw Estate in London, Shaws Theaterstück „The Inca of Perusalem“ für die NBC Television Show „Cameo Theatre“ zu adap-

Serie »Österreicher in Hollywood«



Fred Schiller (r.) mit dem Wiener Starregisseur Josef von Sternberg bei einem Empfang

tieren. Die filmische Umsetzung des zweieinhalbstündigen Specials erfolgte in den Columbia-Studios, den Credit teilte Schiller gleichrangig mit dem irischen Autor.

Mit der von May West zum Erfolg geführten Komödie „Come On Up“ (1946) machte sich Schiller zusätzlich als Bühnenautor einen Namen. Stücke wie „Anything Can Happen Tonight“ (1950), „Demandez Vicky“, „Finder Please Return“ (in Wien „Finder bitte melden“ mit Karin Hübner, in Berlin mit Johanna Matz), „Tonight's the Night“ (1955), „The Love Trap“ (1989) oder zuletzt „A Welcome Seduction“ (1992) bewiesen auch in London, Paris und anderen europäischen Städten Zugkraft. Wände voller Fotos in seinem Haus am South Wetherly

Drive in Los Angeles kündeten von früheren Freundschaften mit dem „My Fair Lady“-Komponisten Frederick Loewe (dem er den Karrierebeginn in Hollywood ermöglichte), mit Irving Berlin, Cole Porter, Jerome Kern, Rudolf Friml, Walter Jurmann und Bronislaw Kaper. Plakate erinnerten an Ehrungen und Meilensteine auf dem Theatersektor.

Bis zum Ableben seines besten Freundes Billy Wilder gehörte Schiller zusammen mit dem Cutter Peter Zinner zum letzten großen Dreigestirn von Filmschaffenden österreichischer Herkunft aus der Zeit der „goldenen Ära“ Hollywoods. Es bereitete ihm Genugtuung, gerade in dieser unwiederholbaren Glanzzeit in der Filmmetropole tätig gewesen zu sein. Wann immer es sein schriftstel-

lerisches Werk erlaubte, widmete sich der Urwiener seinem liebsten Hobby, der Malerei, in der er es zu Ausstellungsehren brachte. Fred Schiller wurde 1989 mit dem Silbernen Ehrenzeichen der Republik Österreich für seine Verdienste um Brücken der Freundschaft zwischen der alten und der neuen Heimat ausgezeichnet. Er machte noch einmal Schlagzeilen mit der im Alter von 95 Jahren verfassten Story „Semi-Precious Lady“, die 2001/02 vom austro-amerikanischen Produzenten George Linder und dem Salzburger Regisseur Reinhard Schwabenitzky als internationale Ko-Produktion unter den Titeln „She, Me and Her“ / „Meine Schwester das Biest“ in Hollywood und Europa verfilmt wurde.

Schiller war mit Betty Scott aus der Modebranche verheiratet. Der gefragte Hollywood-Autor, der im Zweiten Weltkrieg in der US-Army diente, langjähriges Mitglied der Dramatist's Guild und der Writers Guild of America, starb im 100. Lebensjahr am 8. Februar 2003 in Los Angeles. ■

Mit dem Buch „Österreicher in Hollywood“ legte der Zeithistoriker Rudolf Ulrich die lang erwartete Neufassung seines 1993 erstmals veröffentlichten Standardwerkes vor. Nach über 12jährigen Recherchen konnten 2004 die Ergebnisse in Form einer revidierten, wesentlich erweiterten Buchausgabe vorgelegt werden. „Diese Hommage ist nicht nur ein Tribut an die Stars, sondern auch an die in der Heimat vielfach Unbekannten oder Vergessenen und den darüber hinaus immensen Kulturleistungen österreichischer Filmkünstler im Zentrum der Weltkinematographie gewidmet: „Alles, was an etwas erinnert, ist Denkmal“, schließt der Autor.

Rudolf Ulrich und der Verlag Filmarchiv Austria bieten Ihnen, sehr geehrte Leserinnen und Leser, die Möglichkeit, in den kommenden Monaten im „Österreich Journal“ einige Persönlichkeiten aus dem Buch „Österreicher in Hollywood“ kennenzulernen.



Rudolf Ulrich
„Österreicher in Hollywood“; 622 Seiten, zahlreiche Abb., 2. überarbeitete und erweiterte Auflage, 2004; ISBN 3-901932-29-1;
<http://www.filmarchiv.at>



Rudolf Ulrich (l.) und Fred Schiller auf einer Party in der Residenz des Österreichischen Generalkonsuls in Los Angeles, 1994

Kärnten: Die sanfte Art des Winters

Kärnten zeigt sich im Winter nicht nur von seiner rasanten Seite als cooles Ziel für Pistenhasen und Trendsportler – es kann auch ganz sanft und zahm sein.



Foto: Kärnten Werbung GmbH

Denn die herrliche Landschaft der südlichen Alpen ist auch eine große Bühne für winterliches Vergnügen, bei dem es abseits der Pisten gemächlich und gemütlich zugeht. Das Angebot reicht von ausgedehnten Langlauftouren und spannenden Schneeschuhwanderungen über romantische Pferdeschlittenfahrten bis hin zu zünftigen Rodelfahrten. Nicht zu vergessen sind die wohligen Thermalbäder und die stimmungsvollen Feste und Bräuche.

Ganz lang laufen

Langläufer kommen in Kärnten auf über 1000 Kilometer Loipen aller Schwierigkeitsstufen in die richtige Spur. Sie führen durch Täler und Höhenlagen und bieten Anfängern und Fortgeschrittenen ideale Voraussetzungen. Darüber hinaus gibt es Langlaufschulen, die Kurse für alle Altersstufen im klassischen Langlauf und auch im Skating

anbieten. Zu den beliebtesten Langlaufrevieren gehört die Region Naßfeld-Hermagor in den Karnischen Alpen mit dem größten Loipennetz des Landes. Über 300 Kilometer bestens präparierte Loipen durchziehen die malerische Landschaft. Ein besonderes Erlebnis sind die grenzüberschreitenden Höhenloipen am Naßfeld und am Plöckenpaß sowie die Langlaufloipen auf der Eisfläche des Weissensees.

Rasant über die Rodelbahn

Mit dem Schlitten vom Berg ins Tal düsen – das macht nicht nur den kleinen Schneehasen Spaß. Auch die großen mögen das rasante Erlebnis auf zwei Kufen. Gegenwärtig hat Kärnten rund 80 Rodelbahnen. Das längste Vergnügen bietet die 8,4 Kilometer lange Bahn in Arnoldstein in den Villacher Skibergen. Dort geht es auf Talfahrt von 1600 hinunter auf 680 Meter. Eine

Riesen-Gaudi versprechen auch die sechs Kilometer lange Naturbahn Gmünd/Sonnalm Stubeck im Lieser-/Maltatal oder die jeweils vier Kilometer langen Bahnen auf der Jamnigalm in Mallnitz und auf der Naggler Alm am Weissensee in der Region Naßfeld-Hermagor. In den Nockbergen erwartet die Rodler an der 4,5 Kilometer langen Rodelbahn „Thurnerhof“ eine imposante Schneeburg mitten im Wald, die zu einem Boxenstopp einlädt. Und am Millstätter See schlittert man nach einem gemütlichen Hüttenabend bei Glühmost und Jause gern auf zwei Kufen wieder ins Tal.

Schneeschuh-Wandern und Pferdeschlitten-Fahrten

Wer den Winter gemächlicher und vielleicht einmal auf die romantische Art erleben möchte, schnallt sich die Schneeschuhe an und geht durch die stille, weiße Winter-

Foto: Kärnten Werbung GmbH / Kärntner Berg- und Skiführer



Skiführer kennen die geheimsten und schönsten Plätze in der Kärntner Bergwelt.

wunderwelt. Am besten ist es, sich von Berg- und Skiführern begleiten zu lassen. Sie kennen die geheimsten und schönsten Plätze in der Kärntner Bergwelt. Schöne Touren führen zum Beispiel durch die verschneiten Hochtäler des Nationalparks Hohe Tauern, durch die Nockberge, die Villacher Skiberge und rund um den Millstätter See. Das Spektrum reicht von Rundwanderungen, Tagestouren bis hin zu Schnupperkursen, Mondscheintouren und Wanderungen auf den Fährten von Hirsch, Hase und Co.

Die wohl romantischste Art, den Kärntner Winter zu erleben, ist eine Fahrt mit dem Pferdeschlitten. Die Gäste der Pritzhütte im Naturschutzgebiet Gontal am Katschberg werden nach einer sportlichen Tiefschneeabfahrt mit dem Pferdeschlitten wieder zurück ins Skigebiet gebracht.

Dick eingemummt kann die Fahrt auch am Abend gebucht werden. Natürlich mit einer zünftigen Jause in der Pritzhütte. Die Fahrt durch die tief verschneiten Wälder ist ein traumhaftes Erlebnis und ein Höhepunkt für jeden Winterurlaub.

Wohlig warmes Thermenwasser

Erst Pistenflitzen, Langlaufen, Schneeschuhwandern oder Rodeln – und dann entspannen im wohlig warmen Thermenwasser. Kärnten ist mit seinen traditionsreichen Thermalbädern und exklusiven Wellness-Angeboten ein wahres Schlaraffenland.

Direkt von der Piste in die Therme heißt das Motto zum Beispiel in Bad Kleinkirch-

heim. Jüngste Wellness-Oase ist dort die Therme Römerbad, die 2007 renoviert wurde. Nach dem Vorbild römischer Thermalanlagen und im römischen Baustil setzt sie in Kärnten völlig neue Wohlfühlakzente. Auf 4000 Quadratmetern gibt es verteilt auf drei Etagen Romanum, Noricum und Maximum, Sauna, Massage- und Beautyabteilungen. Damit verfügt Bad Kleinkirchheim mit der Therme St. Kathrein über zwei attraktive Wellness-Tempel. „Von der Piste direkt in

die Therme“ – aufgrund dieses einmaligen Angebotes erhielt Bad Kleinkirchheim als bisher einziger Ort Österreichs das begehrte Prädikat „Alpine Wellness“.

Zu den erstklassigen Kärntner Wohlfühl-Adressen gehört das Thermenresort Warmbad-Villach. Dort sprudelt heilsames Thermalwasser aus sechs Quellen und versorgt Körper und Geist mit neuer Kraft und Energie für den nächsten Wintertag. Wer sich auf den Pisten noch nicht genug ausgetobt hat, dem bietet die Erlebnistherme noch jede Menge Abwechslung: ob auf der Riesen-Breitwasser-Rutsche, in der Nebelgrotte oder in einem der drei Sprudelbecken.

Dem Slogan „Gesund werden und gesund bleiben“ fühlt man sich auch in Bad Bleiberg verpflichtet. Dort begannen die Thermen vor etlichen Jahrzehnten zu sprudeln, als Knapen des ehemaligen Bergbauortes die Quellen versehentlich anbohrten. Das renovierte und neu eröffnete Hotel, Therme & Spa „Bleibbergerhof“ bietet eine einzigartige Thermal-, Sauna- und Wohlfühl-Landschaft, eingebettet in eine einmalige Naturlandschaft.

Topskipaß Kärnten-Osttirol

Der Topskipaß Kärnten-Osttirol ist der Türöffner für alle Kärntner und Osttiroler Skigebiete. Der Topskipaß Kärnten-Osttirol ist von eineinhalb bis zu 14 Tagen erhältlich und ist in allen Skigebieten gültig. Sechs Tage kosten für Erwachsene 184 Euro und für Kinder 93 Euro. ■

<http://www.karnten.at>

Foto: Kärnten Werbung GmbH / Franz Gerdl



Bad Kleinkirchheim erhielt das begehrte Prädikat »Alpine Wellness«

Festival des Weins

Vom 14. Mai bis 13. Juni 2009 feiert die Südtiroler Weinstraße mit kulturellen und kulinarischen Veranstaltungen die dritten WeinstrassenWochen



Foto: Südtiroler Weinstraße

Südtiroler Weinstraße: Das 1652 erbaute Castel Ringberg liegt inmitten von Weinbergen mit Blick auf den Kalterersee

Vier Wochen lang veranstalten die 15 Gemeinden der Südtiroler Weinstraße die 3. Südtiroler WeinstraßenWochen – vino in festa. Die Kellereien und Winzer der Weinstraße von Nals über das Überetsch und Unterland bis nach Salurn öffnen ihre Türen und gewähren bei festlichen und lehrreichen Veranstaltungen und Verkostungen exklusive Einblicke in die Wein- und Genusskultur entlang der Südtiroler Weinstraße. Wein, Kultur und Kulinarik finden hier an außergewöhnlichen Orten zusammen. Die Veranstaltungsliste ist abwechslungsreich: Gefeierte einen Monat lang bei Events dem Kulinarikfestival mit Sterne-Koch Roland Trettl, einem Weinevent mit Modenschau oder einem exklusiven Sekstfrühstück hoch über der Etsch. Den krönenden Abschluß der WeinstraßenWochen bilden auch diesmal wieder die Feierlichkeiten im Rahmen der Nacht der Keller, bei der Besucher Gelegenheit haben, 31 Weingüter in einer Nacht

zu besuchen, hinter die Kulissen zu blicken und die besten Tropfen zu degustieren.

Erlebbarer Südtiroler Weinstraße

Einen Monat lang steht Südtirols Süden ganz im Zeichen des Weins. Bei den zahlreichen Events der WeinstraßenWochen wird Genuß- und Lehrreiches in Kombination mit historischen oder architektonisch besonderen Locations geboten. So kann man unter anderem bei der traditionsreichen 87. Bozner Weinkost auf dem malerischen Schloß Maretsch 350 Qualitätsweine aus dem Jahr 2008 verkosten, eine Weinwanderung von Schloß zu Schloß machen oder bei der 1. BIONale biologisch angebauten Wein testen. Auf dem Veranstaltungskalender stehen außerdem verschiedene Ausstellungen, Weinberg- und Kellerführungen sowie Weinmenüs. Aber die Gäste erwarten noch viel mehr: Das abwechslungsreiche Rahmenprogramm aus Weinseminaren, Verkostungen

und Weintreffs rund um die typischen und untypischen Südtiroler Rebsorten garantiert ein intensives Kennenlernen.

Krönender Abschluß: Nacht der Keller

Zum Abschluß das Beste: Am 13. Juni öffnen 31 Kellereien, Weingüter und private Produzenten der Südtiroler Weinstraße ihre Türen und bieten einen Blick hinter ihre Mauern. Die Nacht der Keller ist die Schlußveranstaltung und zugleich das Highlight der vierwöchigen WeinstraßenWochen. An diesem Abend haben die Besucher die Gelegenheit alle teilnehmenden Betriebe zu besuchen, dort hinter die Kulissen zu blicken und nach Herzenslust deren beste Weine zu probieren. Damit sich keiner zurückhalten und auf die guten Tropfen verzichten muß, steht zwischen 16 und 24 Uhr ein speziell eingerichteter Shuttleservice zur Verfügung, der die Gäste von Keller zu Keller bringt. ■

<http://www.suedtiroler-weinstrasse.it>